Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

29. Mai 1978
Jg. 6 Nr. 22

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21903 C

Zypern: Regierung Schmidt gegen UNO-Beschlüsse

Der Staatspräsident Zyperns Kyprianou hat der Regierung Schmidt in einem „scharfen Protest" die „Mißachtung der Resolutionen der Vereinten Nationen" vorgeworfen. Der BRD-Botschafter Pagenstert wurde zur Entgegennahme des Protests zunächst ins Außenministerium, dann zum Staatspräsidenten Kyprianou persönlich bestellt. Mit den neuen Krediten an die Türkei und verstärkten Waffenlieferungen will die BRD-Regierung auch die Anstrengungen Griechenlands, der Türkei und Zyperns, die Zypernfrage ohne imperialistische Einmischung zu lösen, torpedieren. Ganz im Gegensatz dazu die UNO-Resolutionen, die „alle Staaten" aufrufen, „die Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Integrität und Blockfreiheit der Republik Zypern zu respektieren" und „äußerste Zurückhaltung zu üben, alle einseitigen oder sonstigen Handlungen zu unterlassen, die die Erfolgsaussichten der Verhandlungen nachteilig beeinflussen können."

Boykottaktionen der US-Imperialisten gegen Uganda

Ein Ausschuß des US-Repräsentantenhauses fordert einen Wirtschaftsboykott gegen Uganda „wegen grober Verletzung der Menschenrechte". Verschiedene US-imperialistische Nahrungsmittelmonopole haben den Boykott ugandischen Kaffees begonnen. Die US-Imperialisten beziehen fast 30% der ugandischen Kaffee-Exporte. Fast 90% der Exporte Ugandas bestehen aus Kaffee. 1977 hat Uganda gemeinsam mit anderen Staaten der Dritten Welt Kaffeepreiserhöhungen durchgesetzt. Seit Ende 1977 ist Uganda frei von Auslandsschulden. Die Beziehungen zum Nachbarstaat Kenia sind gegen die Spaltungsversuche der Imperialisten normalisiert, und Uganda wikkelt seine Exporte wieder über den Hafen von Mombasa ab. Mit einem Wirtschaftsplan in Höhe von 1,4 Milliarden Dollar, der mit Hilfe von Ländern der Dritten Welt finanziert werden soll, will Uganda die Landwirtschaft entwickeln und die Abhängigkeit von der Monokultur Kaffee abschaffen.

Rumänien unterstützt Ägypten bei Elektrifizierung

Rumänien wird Ägypten mit Hilfen im Wert von 30 Mio Dollar bei der Elektrifi-

Rumänien unterstützt Ägypten bei Elektrifizierung

Rumänien wird Ägypten mit Hilfen im Wert von 30 Mio Dollar bei der Elektrifi-zierung unterstützen. Das hat der ägyptische Energieminister und stellvertretende Ministerpräsident Ahmed mit der Regierung dieses Landes der Dritten Welt in Bukarest vereinbart. Gut die Hälfte der Unterstützung soll für die Elektrifizierung von 200 Dörfern und für die Erneuerung des Netzes in zwei unterägyptischen Städten verwandt werden, der Rest für den elektrischen Antrieb von Wasserrädern und anderen Kleinbewässerungsanlagen. Rumänien wird auch die benötigten Materialien liefern. Ägypten ist äußerst niederschlagsarm, die Landwirtschaft hängt vollständig von der Nutzung des Nilwassers zur Bewässerung der Felder ab. Mit ihrem Elektrifizierungsprogramm will die ägyptische Regierung die in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelte Kraftwerkskapazität zur Entwicklung der Landwirtschaft nutzen.

Die DDR-Revisionisten – gehorsame Diener der neuen Zaren

In der Sowjetunion haben die neuen Zaren jetzt „probeweise" die gleitende Arbeitszeit eingeführt. In wachsendem Umfang sollen der sowjetischen Arbeiterklasse Überstunden und Sonderschichten abgepreßt werden. Als Lockmittel sollen die „Bestarbeiter" 15% der Vergütung für die im gesamten Betrieb geleisteten Überstunden einstreichen. Die Sozialimperialisten haben ein großes Interesse, daß die RGW-Staaten ihre „vorbildlichen Methoden" schnell übernehmen, um die Profite, die sie aus diesen Ländern ziehen, zu vergrößern. Schon jetzt können in der DDR angeordnete Überstunden nicht verweigert werden. Ein Arbeiter in der DDR darf 21 Tage im Jahr krank sein. Jeder Tag darüberhinaus kostet 1 Mark Prämie. Die bitter notwendige Jahresprämie kann er bei Krankheit nur bekommen, wenn er durch Überstunden und Sonderschichten seine Jahresplanleistung, alleinige Bemessungsgrundlage dieser Prämie, erreicht.

Stiefel gegen die Völker, Ellenbogen gegen die imperialistische Konkurrenz

Westdeutsche Kapitalanlagen in der Dritten Welt / Mit „Investitionsschutzabkommen" werden Interventionen vorbereitet

Anfang Mai hat das Wirtschaftsministerium die Zahlen über den Kapitalexport 1977 veröffentlicht. Ende vorigen Jahres beliefen sich die gesamten Direktinvestitionen der westdeutschen Imperialisten im Ausland auf über 52 Mrd. DM, allein im letzten Jahr sind mehr als 5 Mrd. dazugekommen. Seit 1975 haben die westdeutschen Kapitalanlagen im Ausland die ausländischen in Westdeutschland überflügelt.

In der letzten Woche konnte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" den Finanzherren, von denen sie ausgehalten wird, mit verhaltenem Stolz vermelden, daß sie mit Warenexporten im Wert von 118,1 Mrd. Dollar 1977 bis auf 2,1 Mrd. an ihren Hauptkonkurrenten, die USA, herangerückt sind. Erstmals übertrafen im letzten Jahr auch die Kapitalexporte der BRD-Imperialisten in diese Supermacht deren neue Kapitalanlagen in Westdeutschland. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) Broicher hat bereits im April vor voreiliger Freude gewarnt: „Aber im internationalen Vergleich nehme die Bundesrepublik Deutschland mit weitem Abstand erst den vierten Rang unter den Auslandsinvestoren (nach den USA, Großbritannien und der Schweiz) ein." (Nachrichten für Außenhandel (NfA), 13.4.78) Noch hinter den Briten, und gar „mit weitem Abstand", eine schmerzliche Sache für diese Weltmeister in der Ausbeuterei. Noch immer übertreffen die britischen Kapitalanlagen in der BRD die westdeutschen in Großbritannien um 2,6 Mrd. DM, zu schweigen von den USA, wo der Saldo mehr als 12 Mrd. DM zuungunsten der westdeutschen Imperialisten beträgt. Mit Stiefeln gegen die Völker und mit kräftigen Ellbogenstößen gegen ihre Konkurrenten versuchen sich die westdeutschen Imperialisten in der Dritten Welt eine Basis zu schaffen, um dem US- und dem britischen Imperialismus auch in ihren „Heimatlän-

Konkurrenten versuchen sich die westdeutschen Imperialisten in der Dritten Welt eine Basis zu schaffen, um dem US- und dem britischen Imperialismus auch in ihren „Heimatlän-dern" auf den Pelz zu rücken.

31% aller westdeutschen Kapitalanlagen im Ausland, mehr als 16,3 Mrd. DM, sind in Ländern der Dritten Welt angelegt, die Siedlerkolonien Südafrika, Rhodesien und Israel mitgerechnet. Dreiviertel davon sind auf zehn Länder konzentriert, die „bevorzugten" Objekte der Ausplünderung durch den westdeutschen Imperialismus sind: Brasilien, Mexiko, Argentinien und die „Niederländischen Antillen", die als „Steueroase" für Kapitalexport in dritte Länder gelten; Spanien und Portugal auf der iberischen Halbinsel; Südafrika und die Kanarischen Inseln in Afrika; Israel und Iran in Asien. Auf Brasilien allein entfallen 4 Mrd. DM, auf Spanien und die Kanarischen Inseln 2,8 Mrd. DM. In Riesenumfang legen die westdeutschen Imperialisten in diesen Ländern Kapital an, das sie aus der Arbeiterklasse in Westdeutschland herausgepreßt haben; in Riesenumfang transportieren sie die geplünderten Reichtümer dieser Länder nach Westdeutschland ab. Und doch ist für sie eins betrüblich an der Liste. Fast alle diese Länder sind der direkten Hegemonie des US-Imperialismus ausgesetzt, und kaum können die westdeutschen Imperialisten daran denken, in Ländern wie Mexiko oder Brasilien, die diese Supermacht als ihren angestammten Hinterhof betrachtet, das Monopol zu erlangen. In Spanien und Portugal hat der US-Imperialismus jahrzehntelang mit faschistischen Regimen seine uneingeschränkte Vorherrschaft gegen die Völker verteidigt, entsprechend verhaßt ist er dort. Unter der Flagge des „Zusammenschlusses des demokratischen Europa" in der EG versuchen

(Fortsetzung auf Seite 2)

US-Farmer gegen Carters Landwirtschaftsgesetz



Farmer demonstrieren in Washington gegen das von der Carter-Regierung geplante neue Landwirtschaftsgesetz. Ausgegeben als „Hilfs-

Farmer demonstrieren in Washington gegen das von der Carter-Regierung geplante neue Landwirtschaftsgesetz. Ausgegeben als „Hilfsprogramm" sieht das Gesetz den gezielten Angriff auf die kleinen und ärmsten Farmer vor, vor allem die schwarzen Bauern, die im Süden der USA, im Gebiet des „Schwarzen Gürtels", konzentriert sind. Die Vergabe von Krediten wird an Bedingungen geknüpft, die die kapitalistischen Großfarmen subventionieren, die kleinen Farmer in die Fänge des Wucherkapitals treiben.

Gescheidles bessere Versorgung der ländlichen Bevölkerung – Streckenstillegungen

Das Neueste aus dem Verkehrsministerium unter Gescheidle ist der Ruf nach Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in den ländlichen Gebieten. Etwas eigenartig, denn die Bundesregierung sieht in ihrem Sanierungskonzept für die Deutsche Bundesbahn die Einschränkung des Personentransportes und Streckenstillegungen vor. Erklärtes Ziel der Bourgeoisie, von Gescheidle 1969 herausposaunt, ist, das Streckennetz der Deutschen Bundesbahn von damals 29753 km auf 14000 km auszudünnen. Ende 1977 ist die Deutsche Bundesbahn bei einer Betriebslänge von 28527 km angelangt. Das zeigt aber nicht das tatsächliche Ausmaß der Streckenstillegungen; von 1950 bis 1976 sind 6001 Bahnkilometer stillgelegt worden, allein 1976 510 km. Vor allem der Personenverkehr auf der Schiene wurde eingeschränkt, von den 6001 km sind 4739 km Strecken, die nur den Personenverkehr betreffen.

Hat sich die Bundesregierung eines Besseren besonnen nach Lektüre eines „Spiegel"-Artikels, der unter dem Titel „Mehr Straßen, weniger Wohlfahrt" fragt, ob denn auch noch der Rest der Bundesrepublik asphaltiert werden müsse statt beschient werden solle? Das soll man glauben. Die beabsichtigte Verbesserung und Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs ist Ergebnis einer Anhörung mehrerer Verbände zum Thema Zusammenarbeit im öffentlichen Personennahverkehr. Die Verkehrsbetriebe haben dabei verlangt, daß das Vorrecht der Bundesbahn und der Bundespost auf Beförderung der Massen „relativiert" werden muß, was nichts anderes heißt, als das Monopol der Bundesbahn und Bundespost auf Transport von Personen aufzuheben. Die Verkehrsbetriebe fordern damit ihren Anteil an der Ausplünderung der Massen über die Fahrpreise.

Die Beschlußvorlage des Ausschusses für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen will nicht nur diese Bestrebungen der privaten Verkehrsbetriebe subventionieren, sondern ist zugleich Voraussetzung dafür, weiter den Personentransport einzuschränken. Noch ist es so geregelt, daß bei Streckenstillegungen der Bundesbahn ein Ersatz geschaffen werden muß über Buslinien. Hat man diese Buslinien, kann auch ordentlich weiter stillgelegt werden, ob die Buslinien, wenn sie nicht einträglich genug sind, auch stillgelegt werden, ist eine ganz andere Sache.

Für das Land Niedersachsen ist vorgesehen, 6000 km Bahnstrecke stillzulegen und stattdessen umzustellen auf Bustransport. Der Güterverkehr wird bis 1980 wie bisher erfolgen, ab dann sollen 3000 km Strecke stillgelegt werden. Ausgebaut und durch Elektrifizierung schneller gemacht werden sollen nur Verbindungen, die sich für die Bourgeoisie lohnen, auf denen sie den Transport von Rohstoffen wie Erze, Kohle usw. und von Fertigwaren wie Autos von VW abwickelt. Das sind die beiden Strecken an die Nordseehäfen Emden und Nordenham.

Im Weser-Emsland sind bisher 265 km Bahnlinie stillgelegt worden. Vor allem kurze Strecken von Ort zu Ort waren davon betroffen. Geplant ist, weitere 298 km stillzulegen, diesmal auch größere Strecken z.B. von Delmenhorst über Vechta nach Hesepe und Oldenburg über Cloppenburg nach Osnabrück. Erhalten bleiben nur noch 379 km, nämlich die Verbindungen Bremen-Oldenburg, Oldenburg-Wilhelmshaven, Hude-Brake-Nordenham, Oldenburg-Leer und Norddeich-Emden-Leer-Rheine.

Die Schüler und Arbeiter, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Schule oder im Betrieb sein müssen, sind jetzt auf Busse angewiesen. Busse fahren z.B. auf der Strecke Husum-Tönnung-St. Peter Ording nur zwei mal morgens und abends. Müssen die Schüler erst zur zweiten Stunde in der Schule sein, müssen sie dennoch den ersten Bus nehmen, weil sie sonst zu spät kommen. In der Schule müssen sie sich dann in miefigen Zimmern aufhalten oder werden erst gar nicht in die Schule gelassen und müssen draußen warten. Ist der Bus voll, werden sie überhaupt nicht mitgenommen. Nach der Stillegung der Harzbahn von Goslar-Langelsheim nach Altenau wurde die Monatskarte gleich erhöht. Kostete vorher die Bahnfahrkarte 35 DM so nach der Stillegung 38 DM. Geplant ist die Stillegung er Strecke Drütte-Lebenstedt-Derneburg-Seesen seit 1977. Bisher konnte sie nicht durchgesetzt werden. 500 Schüler hatten sich in Seesen in einer Demonstration gegen die Schließung der Strecke zusammengeschlossen und haben kurzfristig die Bahngleise am Seesener Bahnhof besetzt. Bereits jetzt ist der Verkehr von Seesen nach Derneburg ausgedünnt. So fährt der letzte Zug nach Derneburg um 19 Uhr. Bis Ende 1977 noch um 21 Uhr. Zwischen 23 und 5 Uhr hält in Seesen seit Anfang 1978 kein Zug mehr, 1977 waren es noch drei bis fünf Züge in dieser Zeit. Viele Arbeiter aus dem Harz, die z.B. in Bockenem arbeiten, kommen von dort nach der Nachtschicht nicht mehr weg.

Die Deutsche Bundesbahn schafft Tatsachen. All die Strecken, die stillgelegt werden sollen, läßt sie systematisch verkommen. Immer mehr Langsam-Fahrstrecken werden eingerichtet und der Oberbau wird seit langem nicht mehr in Stand gesetzt. Unfälle sind damit einkalkuliert. Nach der Stillegung wird sogleich die Demontage der Schienen und Zertrümmerung der Anlagen durchgeführt.

Verstaatlichung – was Gutes und für die Arbeiter Erkämpfenswertes, so wie es die Sozialdemokraten auf dem DGB-Kongreß mit dem Hin und Her über die „zu weit reichende Forderung" glauben machen wollen? Das Beispiel Bundesbahn zeigt, daß es für die Arbeiter und Volksmassen so oder so auf verschärfte Ausplünderung hinausgeht, und sie sich *dagegen* zusammenschließen müssen.

(Fortsetzung von Seite 1)

Stiefel gegen die Völker, Ellenbogen gegen die imperialistische Konkurrenz

die BRD-Imperialisten jetzt, den Konkurrenten zu verdrängen und selbst „Mittelmeeranrainer“ zu werden.

Iran, Mexiko und Brasilien haben verschiedene Maßnahmen zur Stärkung der Unabhängigkeit ihrer Länder und ihrer Wirtschaft ergriffen. Nach Argentinien wollte die Bundesregierung die GSG 9 schicken, um „unserer Nationalmannschaft“ beim Kampf um den Weltmeistertitel beizustehen. Die argentinische Regierung hat sich derlei bewaffnete „Gäste“ verbeten. Die „Helden von Mogadischu“ mußten im Trainingsanzug nach Argentinien reisen. Der bewaffnete Befreiungskampf der Völker Zimbabwes und Namibias erinnert den BRD-Imperialismus daran, was ihm in Südafrika blüht. Der Zionistenstaat Israel steht unter Beschuß, und die ganze Dritte Welt unterstützt die PLO in ihrem gerechten Kampf für Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes.

Von zwei Seiten also sehen die westdeutschen Imperialisten das „Investitionsklima“ bedroht, und zwei Konsequenzen ergeben sich daraus für sie: Kapitalanlagesphären, in denen ausschließlich sie die Ausbeuterei betreiben können, und Vorbereitungen für Intervention, um den nationalen Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt niederzuschlagen. Vor allem haben sie es auf die Länder des Nahen Ostens und Afrika abgesehen, und hier vor allem auf die ölproduzierenden Länder. Um 19,3% sind die Kapitalanlagen im letzten Jahr in den arabischen Ländern und im Nahen Osten gestiegen, um 23,6% im Iran, um 26% in Algerien und um 14,6% im OPEC-Land Nigeria. Mehr als 1,4 Mrd. DM sind jetzt allein in der Dritten Welt für „Erdölgewinnung und -verarbeitung“ angelegt.

Zugleich soll dem Hauptrivalen USA auch weiterhin in Lateinamerika Paroli geboten werden, gegen dessen Absicht, die Ausbeutung und Plünderung Lateinamerikas wieder zu seinem Monopol zu machen. Um 44,7% stiegen die Investitionen in Mexiko, um 17% die in Brasilien.

Für zusätzlichen Profit und für die nötige „Investitionssicherheit“ soll der Würgegriff des Kredits sorgen. In Afrika sind Ägypten mit 917,9 Mio., Liberia mit 428,8 Mio., Nigeria mit 687,9 Mio. und Zaire mit 300,6 Mio. Dollar an die BRD-Imperialisten verschuldet. Im letzten Jahr haben diese 12,5 Mrd. DM Zinsen aus aller Welt eingetrieben. Am höchsten an das westdeutsche Finanzkapital verschuldet sind Brasilien (4,9 Mrd. Dollar), Iran, Indien und Saudi-Arabien mit je über 2 Mrd. Dollar. Wenn es nach den BRD-Imperialisten geht, folgt dem Kredit das „Investitionsschutzabkommen“ auf dem Fuß. 37 sind bis 1977 abgepreßt worden, verhandelt wird mit Jugoslawien, Portugal, Rumänien – schon länger, wie die Bundesregierung verärgert feststellt – und drei weiteren Ländern. In diesen Abkommen müssen die Länder, denen sie aufgezwungen werden, ausdrücklich zusichern, bei Enteignungen „unverzüglich“ in „frei konvertierbarer Währung“, also in Devisen, „Entschädigungen“ zu zahlen und den Abtransport der Profite aus den westdeutschen Kapitalanlagen zu gestatten. Eine Reihe von Ländern, z.B. Mexiko, weigert sich zur Entrüstung der westdeutschen Imperialisten, ihnen diese Vorwände dafür zu unterschreiben, mit weihevollen Reden über „Vertragsbruch“ ihre Fregatten auslaufen zu lassen.

Was aber ist selbst das gegen ein vertraglich abgepreßtes offizielles „Eingreifrecht“. Neidisch blicken die westdeutschen Imperialisten nach der Intervention in Zaire auf den französischen Konkurrenten: „Zudem bedurfte es für Paris keiner diffizilen Verhandlungen wie für Bonn vor dem Befreiungsunternehmen in Mogadischu. In 15 francophonen afrikanischen Staatsgebilden hat Frankreich schon seit langem eine mit Eingreifrechten verbundene Schutzpflicht – als sechzehntes kam 1974 Zaire hinzu.“ (Süddeutsche Zeitung (SZ), 23.5.) Zwar liegen die französischen Kapitalanlagen in der Dritten Welt nicht einmal halb so hoch wie die westdeutschen, und „der Rückstand Frankreichs gegenüber den Industriestaaten (nimmt) ständig zu“ (NfA, 23.5.). Aber noch hat sich der französische Imperialismus Anlagesphären in seinen ehemaligen afrikanischen Kolonien sichern können, die er gegen den Befreiungskampf der Völker ebenso „mit Brachialgewalt“ (SZ) verteidigt wie gegen die Supermächte und gegen die europäischen Konkurrenten um die Vorherrschaft in der EG.

Im Kampf um Afrika bereiten die Supermächte den Krieg um Europa vor. Indem sie sich selbst in Afrika festsetzen, hoffen die westdeutschen Imperialisten im Kampf um die Weltherrschaft mitmischen zu können. „Den Wettlauf um Afrika kann Frankreich mit Fallschirmjägern allein nicht gewinnen“, verwarnt die „Süddeutsche Zeitung“ die Konkurrenz und pocht auf die ökonomische Überlegenheit der BRD-Imperialisten: „Die Zeit geht zu Ende, da Frankreich allein Kunde und Partner war. Das einst französische Afrika ist zu einem offenen Markt für andere europäische Nationen, für Amerikaner, Russen und Japaner geworden.“ (SZ, 24./25.5.) Die „Welt“ faßt schon die dauerhafte Stationierung von Kolonialtruppen ins Auge: „Wenn der Staatschef von Zaire offen erklärt, daß seine Streitkräfte seine Bürger allein gegen den sowjetischen Kolonialismus nicht schützen können – ist es nicht berechtigt, wenn ein ausländischer Schutz ... im Lande bleibt?“ (23.5.)

Zu solchem „Schutz“ müßte die Bundeswehr natürlich dabei sein. Kein Wunder, daß der Ruf nach Ausdehnung des NATO-„Schutzbereichs“ bis über den Äquator hinaus nicht mehr verstummt. Und wenn über einen „Bündnisfall“ bisher nichts zu machen ist: Bei jeder Gelegenheit „erbieten“ sich die BRD-Imperialisten als „UNO-Friedenstruppe“. Vor allem im südlichen Afrika, wo sie nicht müde werden, ihre „traditionellen Verpflichtungen“ für Namibia zu betonen. Tradition ist das richtige Wort: die Tradition des Kolonialismus.

Die Rechte der britischen Besatzer auf westdeutschem Boden

Rund 66000 Mann stark ist die britische Besatzerarmee in Westdeutschland und Westberlin. 58000 Mann gehören zum Heer der Rheinarmee – allein 3000 britische Besatzer sind in Westberlin stationiert. 13 einsatzfähige Flugstaffeln unterhält die Royal Air Force westlich des Rheins in Laarbruch, Wegberg, Brüggen, Wildenrath und dem Flugplatz Gütersloh. Unter „besonderer nationaler britischer Verantwortlichkeit“ liegt die „Identifizierung aller Flugzeuge, die sich dem Luftraum der Bundesrepublik nähern und die Offenhaltung der Luftstraßen nach Berlin.“ Voller Genugtuung erinnerte die Queen bei ihrem Besuch Westberlins in der vergangenen Woche an die besondere Verantwortung der britischen Luftwaffe zur Sicherung dieses imperialistischen Brückenkopfes.

Nach der Niederlage der deutschen Imperialisten „verpflichteten“ sich die Briten im Vertrag von Brüssel 1948, „mindestens 55000 Mann auf dem Kontinent zu halten“, um den Frieden in Europa zu sichern und die „Freie Welt“ zu verteidigen. Am 26.5.52 wurden die Beziehungen zwischen der gerade erst aus der Taufe gehobenen Bundesrepublik und den drei Mächten Großbritannien, Frankreich und USA im Deutschlandvertrag geregelt. Festgelegt wurde, daß die Rechte der Besatzertruppen der drei Mächte nach der „Aufhebung des Besatzerregimes“ und der Auflösung der „Alliierten Hohen Kommission“ gewahrt und ihre Truppen in der BRD stationiert bleiben und jederzeit erhöht werden können.

Um rund 25 Prozent haben seither die britischen Imperialisten ihre Besatzertruppen auf westdeutschem Boden verstärkt und ihre Kampfkraft erhöht. Gesichert wurde im „Deutschlandvertrag“, daß die Bundesrepublik „im Rahmen ihres Grundgesetzes“ mitwirkt, um den Besatzungsstreitkräften „ihre Aufgabe zu erleichtern“ und daß „im Falle eines Angriffs“ die drei Mächte ohne Einwilligung der BRD ihre Truppen in die BRD verlegen können.

Entsprechend diesem Auftrag und im Rahmen des NATO-Truppenstatuts sicherte die Adenauerregierung den Besatzungstruppen durch das „Schutzbereichsgesetz“ vom 7.12.56 die „Beschränkung von Grundeigentum“ der westdeutschen Bauern und Volksmassen für die „militärische Verteidigung“. Im „Landbeschaffungsgesetz“ vom 23.3.57 garantierte sie den Besatzungstruppen den Raub des Landes der westdeutschen Bauern. Im „Zusatzabkommen zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik stationierten ausländischen Truppen“ vom 3.8.59 wird die Zusammenarbeit der westdeutschen Behörden mit den Besatzungsmächten festgelegt.

Alle erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen für den Besatzungsstatus wurden von den westdeutschen Bourgeois vorgenommen. Sie befreiten die Besatzer von der Ausweispflicht, der Meldepflicht, dem Waffengesetz und der westdeutschen Gerichtsbarkeit. Sie sicherten den britischen, französischen und US-amerikanischen Militärbehörden zu, „eine Person, die nicht ihrer Gerichtsbarkeit unterworfen ist, auch ohne Haftbefehl vorläufig festnehmen (zu können) ... wenn dringender Verdacht besteht, daß diese Person innerhalb einer Anlage des Entsendestaates oder gegen eine solche eine strafbare Handlung begonnen hat oder zu begehen versucht.“ Sie hat Gesetze erlassen, die den Schutz der Besatzer vor den Kämpfen der westdeutschen Volksmassen gegen die Besatzungsregimes sichert. Sie sichert den Besatzungstruppen das Recht, auf den Acker- und Weideflächen der westdeutschen Bauern uneingeschränkt ihre Manöver durchführen zu können. – (Z-Red.)

Dein Leben in der Armee – die Profis

Werbemethoden der britischen Armee

„Dein Leben in der Armee. Die Profis.“ – eine Werbeschrift des Rekrutierungsamtes der Königlichen Britischen Armee – schreibt:

„Die Britische Rheinarmee ist eine vollständig selbstversorgte mobile Streitkraft mit einer Stärke von über 50000 Mann. Sie spielt eine wichtige Rolle in der Verteidigung Europas ... Ihr Hauptoperationsfeld ist Westdeutschland, obwohl die Einheiten bei Übungen und bei Sonderaufgaben fast überallhin in Europa und sogar in einige Teile des Mittelmeeres geschickt werden können. Eine Brigade ist im britischen Sektor Berlins stationiert. Die Britische Rheinarmee ist aus mehreren Divisionen zusammengesetzt, aus denen die Männer und Ausrüstungen für die Kampforganisationen kommen, die Gefechtsgruppen genannt werden und die von britischen Militärexperten eigens für die Verteidigung Europas entwickelt wurden.“

Die 57000 Mann stellen über 30% des britischen Heeres, ihre bestausgerüsteten Kampftruppen. Ihre Zahl kann innerhalb kurzer Zeit mit Reserven aus Großbritannien verdoppelt werden.

Die britische Armee ist ein *„Freiwilligenheer“*, eine Söldnerarmee. Bis heute halten britische Söldner Hongkong als Teil von China, Belize, Gibraltar, Teile von Zypern, Nordirland und andere Länder direkt militärisch besetzt. Die Stationierung der militärischen Hauptkraft der britischen Söldnerarmee in Westdeutschland beruht auf dem Besatzungsstatut der westlichen Imperialisten über Westdeutschland. In Westberlin übt die britische Militärverwaltung zusammen mit den Armeen der US-Imperialisten und der französischen Imperialisten die politische Macht aus.

Die Stationierung ihrer militärischen Hauptkraft in Westdeutschland und Westberlin verschafft den britischen Imperialisten gute Voraussetzungen für den Kampf um Europa, sie garantiert ihnen einen Anteil an der Plünderung und Ausbeutung der westdeutschen und Westberliner Arbeiterklasse und stärkt sie gegenüber den westdeutschen Imperialisten im Kampf um die Vorherrschaft in der EG.

„Mechanisierte Infanteriebataillone sind hochmobile, hart zuschlagende Kampfkräfte, die schnell von der Verteidigung in den Angriff übergehen können. Sie dienen in der Britischen Rheinarmee. In der modernen Kriegsführung ist Geschwindigkeit entscheidend, und das mechanisierte Bataillon weiß sich zu bewegen.“ („Es ist viel los für dich in der Infanterie“)

Diese Truppen sollen nicht nur *„hochmobil“* sein, wenn sie von der Verteidigung zum Angriff auf die Länder Osteuropas übergehen, sondern ebenso in der Unterdrückung der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung in Europa und den Ländern der Dritten Welt:

„Vor einigen Jahren gab es Unruhen in Aden. In jüngerer Zeit war das Problem Nordirland, wo die Armee großes Können und großen Takt zeigen mußte, um die Gewalt zu kontrollieren.“ („Dein Leben in der Armee“)

Was für Soldaten braucht die britische Söldnerarmee an Rhein und Spree, um diese Aufgaben zu erfüllen? Die Prospekte ihrer Rekrutierungsbüros zeichnen das Bild des hochbezahlten Killers, der sein modernes Mordgerät in den Reisfeldern Malaysias ebenso sicher handhabt wie in den Schneebergen Nordnorwegens und in der Lüneburger Heide. Weil sie für ihr Geschäft aber Arbeiter anheuern muß, muß sie mit anderen Vorteilen locken.

„Es wird dir gefallen, wenn du siehst, wie sehr wir uns darum kümmern, daß du den Job kriegst, den du willst. Einen, den du wirklich gerne tust. Der Grund ist einfach. Wir glauben, zufriedene Soldaten sind bessere, wirkungsvollere Soldaten ... Der stärkste Beweis, daß die Soldaten zufrieden sind, ist, daß sie besser und härter arbeiten als je. Auf der ganzen Welt, in jeder Lage, verdient sich die Armee Lobpreisungen für ihre Arbeit. Im Gegensatz zu den Wehrpflichtigenarmeen anderer Nationen hat Britannien den Wert freiwilliger Soldaten bewiesen, die glücklich und auch stolz sind, Profis zu sein.“

Ausführlich werden die Schönheiten des Söldnerlebens beschrieben – die Möglichkeiten des Bordellbesuchs in Ostasien, angedeutet durch Abbildung chinesischer Frauen, das bürgerliche Eigenheim und die kräftige Ernährung:

„Das Essen in der Armee hat nichts mit dem Dosenfleisch-Image aus den Tagen der Wehrpflicht zu tun ... Die Armee legt großen Wert auf gutes Essen ... eine wohl ausgewogene Ernährung ist entscheidend für das Wohlergehen des Soldaten und damit für die Wirksamkeit der Armee.“

„Die Armee führt Kurse auf der ganzen Welt durch. Vom Kampftraining in Belize zum Winterüberleben in Skandinavien ... Ein Mann, der zwei Jahre in Deutschland dient, kann, wenn er Glück hat, die beiden Amerikas und Norwegen in dieser Zeit besuchen.“

Tatsächlich haben sich die britischen Söldner überall auf der Welt im Kampf gegen die von den britischen Imperialisten unterdrückten Völker blutige Köpfe geholt. Fast 60000 Offiziere und Mannschaften haben in den letzten Monaten gekündigt. Und trotz heftiger Werbung sind die Neurekrutierungen für die britischen Streitkräfte im vergangenen Jahr um 6% gesunken. Die britischen Imperialisten sind heftig beunruhigt über die Lohnforderungen der Soldaten. Sie versuchen, sie durch Prämien zu *„besserer Arbeit“* bei der Unterdrückung der Volksmassen in Nordirland anzuhalten. Auch ihre Söldner kann die Bourgeoisie nur mit Gewalt und Kadavergehorsam zum Einsatz für ihre Interessen zwingen.

Die Königin hat ihren Geburtstag in Westberlin im Kreise ihrer Söldner begangen. Die britischen Imperialisten haben damit ihre Herrschaft über diese Stadt bekräftigt, wie auch ihre Entschlossenheit, sich aktiv in die Niederhaltung jeder revolutionären Bewegung in Westdeutschland einzuschalten. Die britischen Truppen müssen aus Westdeutschland und Westberlin abgezogen werden. – (Korrespondentenbericht London)

ZANU-Sammlungsverbot in Hamburg zurückgenommen

Die Arbeits- und Sozialbehörde des Hamburger Senats hatte es eilig gehabt, die Sammlung für die ZANLA-Kompanie und die Verbreitung des Aufrufs der ZANU zu verbieten. Gegen das Verbot wurde die Sammlung durchgeführt. Trotz großen Polizeiaufgebots fand z.B. in der Hamburger Innenstadt ein ZANU-Basar statt, wo über 6000 DM aufgebracht wurden.

Gegen das Verbot der Sammlung wurde auch auf dem Rechtswege vorgegangen. Jetzt hat das Verwaltungsgericht von Hamburg dem Antrag auf aufschiebende Wirkung bezüglich des Verbots der Verbreitung des Aufrufs der ZANU stattgeben müssen. „Gegen die Rechtmäßigkeit der beiden genannten Entscheidungen der Antragsgegnerin (die Arbeits- und Sozialbehörde, Red.) bestehen zumindest auf der Grundlage der von der Antragsgegnerin zur Begründung angegebenen Erwägungen (Beeinträchtigung der Außenpolitik der Bundesregierung, Red.) so erhebliche Bedenken, daß ihre sofortige Vollziehung nicht im ... erforderlichen überwiegenden öffentlichen Interesse liegt.“ Dieses „öffentliche Interesse“, auf das sich die sogenannten unabhängigen Gerichte beziehen, gibt es sowieso nicht. Es gibt das Interesse der Kapitalistenklasse und dies verlangt die Unterdrückung der Völker der Dritten Welt, um sie zu berauben. Dies wird durch die Begründung „auswärtige Belange“ zu offensichtlich.

Die Arbeits- und Sozialbehörde mußte daher einen Rückzieher machen. Aber das Verwaltungsgericht gibt bereits im Urteil Hinweise für einen neuen Anlauf zur Unterdrükkung der Solidaritätsbewegung mit dem bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe. Die Bestätigung der aufschiebenden Wirkung „bedeutet jedoch nicht, daß keinerlei rechtliche Möglichkeit besteht, eine solche Sammlung zu untersagen“. Nur die bisherige Begründung reichte nicht aus: „Die von der Antragsgegnerin allein herangezogenen Beeinträchtigung der Außenpolitik der Bundesregierung durch die Verwendung des Sammlungsertrages zugunsten auch der Bewaffnung der ZANLA und die damit verbundene Förderung des bewaffneten Kampfes im südlichen Afrika, stellt entgegen der Auffassung der Antragsgegnerin als solche noch keine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dar ...“.

Das Grundgesetz bietet aber auch mehr Möglichkeiten, „Ob aus anderen Gründen, etwa wegen einer Beeinträchtigung des Artikels 26 des Grundgesetzes (Verbot eines Angriffskrieges), sonstiger grundsetzlicher geschützter Rechtsgüter oder konkreter aus der Beeinträchtigung der außenpolitischen Belange zu erwartender Nachteile für die Bundesrepublik Deutschland die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch die Aufrufsammlung gestört oder gefährdet wird ...“, muß die Arbeits- und Sozialbehörde jetzt erforschen. Die Angelegenheit soll zu einer rein innerstaatlichen gemacht werden, gestützt auf das allgemeine Polizeirecht zum Schutz von Sicherheit und Ordnung und auf das Grundgesetz. Die Verbindung der revolutionären Kampforganisationen, die sich die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker aufgebaut haben, wird aber gefestigt und diese neuen Manöver der Gerichte werden zurückgeschlagen.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord –Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon: 0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/V.– Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 22/78: 32000

Zaire soll wieder „Freistaat Kongo“ werden

Im Juni Konferenz des „Klubs von Paris“ zur Neuaufteilung Zaires / Shaba unter Militärbesatzung

„Jetzt erst recht!“ ist der Tenor, in dem die US-amerikanischen, französischen, belgischen, britischen und westdeutschen Bourgeoisschreiberlinge auf das für Juni angesetzte „abschließende Treffen“ des „Pariser Clubs“ vorbereiten, mit dem Zaire endgültig in eine Halbkolonie zurückverwandelt werden soll.

Vor 14 Tagen haben die Sozialimperialisten zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres die FNLC, die sich nationale Befreiungsbewegung des Kongo nennt und in ihrem Kern aus früheren Katanga-Gendarmen besteht, von Angola aus in die zairische Provinz Shaba einfallen lassen. Sie lecken sich lange schon die Finger nach dem Reichtümern Zaires, das der weltgrößte Produzent von Kobalt und Industriediamanten ist und der sechstgrößte Produzent von Kupfer, das über große Vorkommen an Blei, Zink und Kadmium verfügt sowie über bedeutende Vorkommen an Schmuckdiamanten, Gold, Mangan, Tungsten, Tantal, Silber, Uran, Zinn und vermutlich auch über Erdgas und Erdöl.

Die westlichen Imperialisten haben die sozialimperialistische Aggression zu einer blutigen Intervention französischer und belgischer Fallschirmjäger genutzt, die von den USA geleitet, von Großbritannien mit flankierenden Maßnahmen von Sambia aus begleitet und von der BRD und den anderen EG-Staaten ausdrücklich unterstützt wurde. Angesichts der nach wie vor akuten Bedrohung Zaires durch den Sozialimperialismus sehen sie die Gelegenheit für günstig, die Schraube noch fester anzuziehen und sich in dem Land, das nicht nur reich, sondern strategisch auch günstig gelegen ist, fest einzunisten.

Die gemeinsame Aktion hat jedoch die schon länger zwischen ihnen, d.h. vor allem zwischen Frankreich und Belgien, schwelenden Widersprüche zeitweilig offen aufbrechen lassen. Verbittert haben die belgischen Imperialisten die Frage aufgeworfen, „wer in Zaire auf wirtschaftlichem Gebiet das entscheidende Wort sprechen wird: Brüssel oder Paris“? (De Standaard, 22.5.) Inzwischen ist die Tonart ihrer Kommentare noch eine Spur bitterer, denn ihre Befürchtungen, gegenüber den französischen Konkurrenten politisch und wirtschaftlich in Zaire ins Hintertreffen zu geraten, sind gewachsen, seit diese auf militärischem
renten politisch und wirtschaftlich in Zaire ins Hintertreffen zu geraten, sind gewachsen, seit diese auf militärischem
Gebiet das Sagen übernommen haben. Noch bekommen die belgischen Bergwerksgesellschaften den größten Teil des zairischen Kupfers, bemerkte, während die Intervention anrollte, der Vorsitzende der Union Minière. Aber: „Die Franzosen wollen das ändern. Sie würden stattdessen gerne einige ihrer Gesellschaften, z.B. die Pennaroya (eine Rothschild-Tochter, Red.) ins Spiel bringen.“ Hatten die belgischen Imperialisten in ihrer ursprünglichen Absicht nicht ausgeschlossen, durch Verhandlungen mit den Katangagendarmen einen „Ausgleich“ über die weitere Ausplünderung der Bergwerke in Shaba und den weiteren Verbleib ihrer Kader zu finden, so hat der ihnen zuvorkommende Einfall der französischen Fremdenlegionäre einen dicken Strich durch diese Rechnung gemacht. Die französischen Imperialisten nämlich, weit weniger von Sorgen belastet über den *Schutz* als vielmehr erpicht auf die *Schaffung* von „Privilegien“ bei der Ausbeutung des Landes, sahen die Gelegenheit dazu gekommen, indem sie sich schnell und tatkräftig zum „Beschützer“ des Landes aufspielten, eine Aufgabe, der sie gründlich und ganz in der Art erfahrener Kolonialisten mit Schrecken und Terror nachkamen.

Bei aller Rivalität untereinander jedoch vergessen die westlichen Imperialisten keinen Augenblick, daß sie den Bären erst einmal ganz sicher in ihren Netzen haben müssen, um dessen Fell sie sich streiten. Dazu bedarf es auch kaum solcher Mahnungen, „die kleinlichen Konkurrenzkämpfe zu be-



Die imperialistische Propaganda gegen die „disziplinlose“, „feige“, „unfähige“ Armee Zaires soll den Vorwand für die dauernde Besetzung Shabas (Katangas) durch ausländische Truppen abgeben. Die Wahrheit ist: die zwei zairischen Kompanien in Kolwezi haben sich mehrere Tage lang gegen die sozialimperialistischen Katanga-Söldner gehalten, bis Ersatz kam – zairische Fallschirmjäger.

enden, die es den afrikanischen Ländern erlauben, bestimmten ihrer Ver-

enden, die es den afrikanischen Ländern erlauben, bestimmten ihrer Verpflichtungen zu entkommen“. (Libre Belgique, 23.5.) Noch während der letztjährigen Aggression der Sozialimperialisten gegen Zaire hatten sie sich im „Club von Paris“ zusammengerottet, um unter Ausnutzung der schwierigen Lage die „Verpflichtungen“ Zaires festzulegen und fortan dafür zu sorgen, daß dieses ihnen nicht entkam. Danach soll Zaire, das trotz seiner großen Reichtümer infolge der jahrzehntelangen ungezügelten Ausplünderung mit inzwischen 4,2 Mrd. Dollar bei den Imperialisten verschuldet ist, einen IWF-Kredit in Höhe von 250 Mio. Dollar und einen weiteren Kredit eines internationalen Bankenkonsortiums unter Führung von Rockefellers Citibank in Höhe von 220 Mio. Dollar nur unter Bedingungen erhalten, die es in einen paradiesischen Tummelplatz für das imperialistische Kapital verwandeln.

Die Löhne der afrikanischen Bergwerksarbeiter, die heute bereits nur einen Bruchteil des Gehalts eines der europäischen „Spezialisten“ betragen, sollen gesenkt, die Steuerausplünderung der zairischen Volksmassen weiter erhöht werden. Der zairische Staat wird verpflichtet, seine Investitionsausgaben zu senken, um den imperialistischen Konzernen größeren Spielraum zu verschaffen. Vor allem aber soll die „Zairisierung“ vollständig rückgängig gemacht werden.

1973 hatte die Regierung Zaires einen Großteil der imperialistischen Konzerne enteignet und, teilweise ohne Entschädigungen, verstaatlicht oder in den Besitz zairischer Kapitali-

sten überführt. Schritt für Schritt ha-

sten überführt. Schritt für Schritt haben sich die Imperialisten seit 1974 die bis zu 60prozentige Übernahme der Betriebe zurückerpreßt. Die belgische Société Générale sitzt heute wieder im Bergbau, in der Landwirtschaft, im Bankwesen und in der Zementindustrie. Vor wenigen Tagen meldete sie als jüngsten Erfolg die „Rückkehr in die zairische Diamantenproduktion“ durch Übernahme eines 20prozentigen Anteils an der staatlichen Gesellschaft Miba. Insgesamt haben die belgischen Kapitalanlagen in Zaire wieder eine Höhe von 800 Mio. bis 1 Mrd. Dollar (USA: 200 Mio.) erreicht. In Erwartung des erfolgreichen Abschlusses der Juni-Konferenz hatten die westdeutschen Imperialisten den zairischen Außenminister im Mai zu sich bestellt, um ihm die Bedingungen einer gesonderten Kapital„hilfe“ der BRD mitzuteilen. Für einen Kredit von 100 Mio. DM zum Ausbau des Transportwesens wollen sie außer den Zinsen die Garantie für alle Investitionen in Zaire; ihre Höhe: 80 Mio. Dollar. Ihnen ist mit dem Vertrag zwischen der westdeutschen Otrag und dem zairischen Staat, durch den sie sich ein 100000 qkm großes Gelände mitten in Zaire für militärische Versuche und Installationen, aber auch für ökonomische Ausbeutung gesichert haben, der größte Eingriff in die staatliche Souveränität Zaires gelungen. Die französischen Imperialisten sind mit bisher 20 Mio. Dollar an der Ausbeutung der zairischen Arbeiter beteiligt. Ihre Beteiligung am Großprojekt der Tenke-Fugurume Minengesellschaft, die unter Führung eines britischen Konzerns hochwertiges Kupfer in Shaba ausbeuten soll, ist gegenwärtig ins Stocken geraten.

Mit dem gemeinsamen Rahmenprogramm trachten die Imperialisten ihre jeweiligen Programme zu koordinieren, zu ergänzen, auszubauen und Zaire vollständig untereinander aufzuteilen. Mit der Geschäftsführung des „Club von Paris“ haben sie die belgischen Finanzbourgeois betraut, die in so etwas Erfahrung haben und außerdem immer noch den nachhaltigsten wirtschaftlichen Druck bei etwaigen „Entkommens“versuchen ausüben können. Bis zum Juni wollen sie auch die Frage der militärischen Absicherung ihres neokolonialen Unterwerfungsprogrammes geklärt haben. Der Belgier Tindemans hat vor wenigen Tagen in Weiterentwicklung eines Giscard-Planes den Vorschlag gemacht, sich eine „afrikanische Streitmacht mit europäischer Logistik“ zu halten. Die anderen EG-Staaten hätten bereits zugestimmt. Mag sein, daß die EG-Imperialisten und im Hintergrund die US-Imperialisten glauben, den Haß der afrikanischen Völker auf die russischen Sozialimperialisten für ihre eigenen Zwecke einsetzen zu können und daher diesen Angriff auf die Orga-
schen Sozialimperialisten für ihre eigenen Zwecke einsetzen zu können und daher diesen Angriff auf die Orga-
nisation der Afrikanischen Einheit gewagt haben. Es sind aber die afrikanischen Arbeiter und Bauern keine Figuren, die sich auf dem imperialistischen Schachbrett hin- und herschieben lassen. Wenn sich die afrikanischen Völker im Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus gegenseitig unterstützen, ist das gut. Aus der „europäischen Logistik“ wird dabei nichts werden. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

„Freistaat Kongo“ – „Leopoldinisches System“

Unter den Finanzkapitalisten Europas, die sich frühzeitig und mit aller Energie auf die Schöpfung kolonialer Extraprofite warfen, sticht der belgische König Leopold II. hervor. Er hatte sich bei der Suez-Spekulation, dem ersten großen Aktienschwindel Mitte der 50er Jahre des 19. Jahrhunderts, ein Vermögen verdient. 1876 versammelte er in seinem Brüsseler Palast eine „Internationale Geographische Konferenz“. „*Mir scheint, daß Belgien, ein neutraler und zentraler Staat, ein gut gewähltes Terrain für eine solche Versammlung sei*“, waren seine bescheidenen Eröffnungsworte. Eine „Afrika-Gesellschaft“ wird gegründet, Vorsitzender Leopold. Alsbald konzentriert sich sein Interesse auf den Kongo. 1877 nimmt er als Führer eines Brüsseler Finanzkonsortiums den Amerikaner Stanley unter Vertrag, der den afrikanischen Kontinent als „Entdecker“ von Sansibar zur Kongo-Mündung durchquert hatte, und beauftragt ihn, mit den noch arglosen afrikanischen Fürsten Verträge über die Zulassung von Handelsposten, den Betrieb von Dampfschiffen und den Bau einer Eisenbahn auf bzw. entlang dem Kongo-Fluß zu schließen.

1884, unmittelbar vor dem Beginn der *Berliner Konferenz*, auf der über die Prinzipien der kolonialen Landnahme der kapitalistischen Mächte Europas und der Vereinigten Staaten in Afrika entschieden werden soll, erkennen die USA und das Deutsche Reich die Flagge von Leopolds „Internationaler Kongo-Gesellschaft“ als „die eines befreundeten Landes“ an. Es handelt sich um eine Koalition gegen Großbritannien, die größte imperialistische Macht der Zeit, die von Südafrika aus mit der Durchdringung des Kontinents „vom Kap bis Kairo“ begonnen hatte. Die Berliner Konferenz proklamiert schließlich den „Freistaat Kongo“, mit Leopold als Souverän, bei Garantierung der Handels- und Niederlassungsfreiheit für die anderen Kolonialmonopole.

Leopold, dem König der Belgier, gehört der Ruhm, neben dem Briten Cecil Rhodes der eigentliche Schöpfer des „modernen“ Kolonialsystems zu sein. Das nach ihm benannte „Leopoldinische System“ wird in der Geschichte der Menschheit niemals vergessen werden. Das ganze Land wird in Konzessionsgebiete aufgeteilt, in denen alle natürlichen Reichtümer ebenso wie alle Arbeitsprodukte den ausbeutenden Kolonialgesellschaften gehören, denen die afrikanischen Bauern und Handwerker, ihre Frauen, Kinder, Greise zu unbegrenzter Zwangsarbeit verpflichtet sind.

Bauern und Handwerker, ihre Frauen, Kinder, Greise zu unbegrenzter Zwangsarbeit verpflichtet sind.

Binnen 20 Jahren, im ersten stürmischen Drang der Kolonialausbeutung, hat sich die Bevölkerung des Kongo nach zeitgenössischen Schätzungen von 25 Millionen im Jahr 1885 auf etwa die *Hälfte* im Jahr 1905 vermindert. In Morels „Roter Gummi“ und anderen Zeugnissen ist der Vorgang beschrieben. Er ist von tödlicher Banalität. Es handelte sich in der Hauptsache um die Zwangsablieferung von Kautschuk, der – alle Kosten und menschlichen Verluste eingerechnet – auf einen Kostpreis von 10 Cts. das Pfund kam und für 250 Franc in Antwerpen gehandelt wurde. Ganze Dörfer mußten Tag um Tag und Woche um Woche im Wald mit dem Sammeln des Saftes zubringen. Ihre Felder und Dörfer verkamen, sie hungerten. Lieferten sie zuwenig, war eine Strafexpedition fällig. Exemplarische Erschießungen, um den anderen „Beine zu machen“, oder Geiselnahme, bis die verlangte Menge geliefert wurde. Wo Widerstand aufkam – und der Widerstand riß *niemals* ab! – wurde mit geplantem Terrorismus geantwortet. Die selbst zwangsrekrutierten afrikanischen Soldaten wurden nach der Zahl der abgehackten Hände oder Köpfe, die sie beibrachten, belohnt oder bestraft.

„*Yayamba, 6. Februar 1891. Das Land ist zerstört. Die Passagiere des Dampfers ‚Roi des Belges‘ konnten von Bontaya ... bis inklusive Boumba mit eigenen Augen sehen, daß kein einziges bewohntes Dorf übriggeblieben ist, das heißt also während einer vier Tage dauernden Fahrt durch ein früher so reiches Gebiet. Jetzt ist es völlig zerstört.*“

Auf dieser Grundlage erklimmt die Kolonialausbeutung 1906 mit der Gründung der Union Minière du Haut Katanga, der Forminière und der Eisenbahngesellschaft des Nieder-Kongo neue Höhen. Nach Verhandlungen Leopolds mit Morgan und Rockefeller sowie deutschen, britischen und französischen Finanziers werden ihre Kapitalien in diesen drei großen Monopolgesellschaften verschmolzen. In den zwanziger Jahren ist die Union Minière, die die Bodenschätze, vor allem das Kupfer Katangas ausbeutet, der größte Bergbaukonzern der Welt. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Belgien: Drehscheibe der Ausplünderung Afrikas

Wie ein Fieberthermometer, nur in umgekehrter Richtung – nach unten –, schlugen vor 14 Tagen die Aktienkurse an den Börsen des imperialistischen Westens aus, angesichts des jüngstens Versuches der Sozialimperialisten, sich den Zugriff auf die Reichtümer Zaires zu verschaffen. Erst die unter Leitung der US-Imperialisten mit britischer und westdeutscher Unterstützung durchgeführte Invasion belgischer und französischer Paras hat sie wieder zur Beruhigung gebraucht. Mit schmerzhafter Deutlichkeit war den europäischen Imperialisten ein weiteres Mal vor Augen geführt worden, was sie als ihre „Rohstoffabhängigkeit“ bezeichnen. Nämlich die Tatsache, daß sich eine Quelle ihres Reichtums, die Bodenschätze, zum größten Teil außerhalb ihres direkten Machtbereiches befindet, und nicht nur der Befreiungskampf der unterdrückten Völker, sondern ebenfalls die Umtriebe ihrer mächtigen Konkurrenten sie ständig um die Ausplünderung zittern lassen.

Eine belgische Zeitschrift veröffentlichte kürzlich eine interessante Statistik, nach der die „Abhängigkeit der EG-Mitgliedsländer“ von Rohstoffen außerhalb der EG betragen soll: bei Mangan 100%; natürlichen Phosphaten 99%; Zinn 83%; Eisen 80%; Aluminium 72%; Zink 68%; Kupfer 66%; Nickel 65% usw.usf. Verfolgen wir die Sache bei dem Rohstoff Kupfer einmal weiter (bei den anderen verhält es sich kaum anders): Demnach bezöge Belgien 80% seines Kupferbedarfes aus Ländern außerhalb der EG, die BRD 58%, Italien 55%, Großbritannien 51%, Frankreich 38%, die Niederlande 23%, Dänemark 11% und Irland 1%. Nun befindet sich aber in keinem dieser Länder eine für die einschlägigen bürgerlichen Statistiken auch nur erwähnenswerte Kupferproduktion. Dennoch stammen 34% des in der EG verbrauchten Kupfers aus der EG? Das „Rätsel“ klärt sich schnell auf.

Belgien hat 1976 zum eigenen Bedarf knapp über 60000 t Kupfer verarbeitet. Es hat im gleichen Jahr jedoch mehr als das Zehnfache, nämlich 659286 t Kupfer importiert, 1977 sogar fast 700000 t, davon ungefähr die Hälfte aus Zaire. Rund neun Zehntel dieser Importe wurden 1977 wieder exportiert, zum größten Teil in die EG, vor allem nach Frankreich und in die BRD – ohne eigene Kupferproduktion wurde es damit zu einem der größten Kupferexporteure der Welt. Und verdient nicht schlecht dabei: während die belgische Finanzbourgeoisie die zairischen Kupferbergwerke für etwa 2850 DM pro Tonne im Durchschnitt plündert, verkauft sie die Tonne Kupfer für durchschnittlich 3516 DM z.B. an die westdeutschen Imperialisten weiter. Zwar ist das immer noch wenig im Vergleich zu entsprechenden „Veredelungsgeschäften“, die die BRD-Imperialisten ihrerseits betreiben, aber nichtsdestoweniger ein nettes Geschäft auf Kosten Zaires.

Und schließlich tritt sie nicht nur in Sachen Kupfer als Zwischenhändler auf; denn vielfältig und von großem Umfang sind die Reichtümer Zaires, ihrer ehemaligen Kolonie Kongo, und werden nach wie vor zu mehr als der Hälfte durch die belgischen Imperialisten geplündert. Und diese sind innerhalb Schwarzafrikas zwar vor allem, aber längst nicht nur in Zaire tätig, sondern in größerem Umfang auch in Nigeria, der Elfenbeinküste, Sambia, und auch an der brutalen Ausbeutung der azanischen Arbeiter nehmen sie kräftig Anteil. So wird der belgische Kaufmann dank seines „heißen Drahtes“ zu den Reichtümern Zaires und anderer afrikanischer Länder für seine EG-Kumpane auch zu einem bedeutenden Zwischenhändler für Industrie- und andere Diamanten, für Zinn und Zink, Chrom- und Wolframerze, für Kadmium/Rhenium, Kobalt, Silber, Tantal, Vanadium, für Molybdän und teilweise für Aluminium und Öl.

Der größte Teil dieser Reichtümer geht via Belgien weiter in die BRD. Zwischen 1970 und 1974 hat Belgien die USA als größten Rohstofflieferanten der BRD abgelöst, für die BRD-Imperialisten eine bedeutende Umschichtung. Denn anders als die USA ist Belgien eine wirtschaftlich, politisch und militärisch vergleichsweise kleine imperialistische Macht, und die Erpressungen, die sich ein belgischer Konzern herausnehmen kann, sind *nichts* verglichen mit denen, die sich die US-Monopole herausnehmen. Wenn sie also schon Zwischenhändler in Kauf nehmen muß, zieht die westdeutsche Finanzbourgeoisie Belgien allen größeren Konkurrenten vor, zumal es benachbart ist und mit der BRD nicht nur durch eine warnungsvolle Geschichte, sondern durch tausend Fäden imperialistischer Unterdrükkung verbunden.

Schließlich aber bedeutet die Anfang der siebziger Jahre vorgenommene Umschichtung der Rohstofflieferanten der BRD-Imperialisten nur den Auftakt dazu, sich direkt an die Rohstoffquellen heranzurobben und die Rolle von Zwischenhändlern überhaupt soweit wie möglich zu verringern. So beziehen die BRD-Imperialisten heute zwar immer noch einen bedeutenden, aber relativ geringeren Anteil ihrer Kupferimporte aus Belgien. Ein wachsender Teil stammt – neben Chile – aus Polen. Fast die Hälfte der über 500000 t importierten Kupfererze beziehen sie inzwischen aus Papua-Neuginea. Warum aber, überlegen die BRD-Imperialisten laut, sollen sie die Ausplünderung der Reichtümer Zaires den belgischen Konkurrenten überlassen und den „Veredelungsaufschlag“ zahlen? Ende 1976 ließ sich der gerade zum neuen Vorsitzenden der Association Internationale d'Industrialisation du Nord-Est du Zaire ernannte Vorsitzende der Klöckner AG deutlich vernehmen: „Unser Wohlstand wird langfristig auch abhängig sein vom Zugang zu den Bodenschätzen in Zaire.“ – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Wie Friderichs und Stingl Arbeitsplätze sichern wollen

Ein altbekanntes sozialdemokratisches Konzept besagt, daß Arbeitszeitverkürzung not tut, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen. Letztere rühre daher, daß die Kapitalisten rationalisieren – entweder weil es an Aufträgen fehle oder weil sie neue Maschinerie einführen, was beides Arbeiter überflüssig mache. Ist weniger Arbeit da, muß sie „umverteilt" werden.

Eine durch die Erfahrung der Arbeiter bewiesene *Tatsache* ist, daß die Kapitalisten die Ausbeutung verschärfen, Überstunden durch Lohnsenkung erzwingen, aus weniger Arbeitern mehr herauspressen. Nicht *Arbeit* wird weniger, sondern *Arbeitskraft* überschüssig gemacht. Daß diese die Quelle des Profits ist, insofern ihre Kosten – der Lohn – möglichst weit gesenkt, ihre Anwendung möglichst intensiv und ausgedehnt organisiert wird, bestimmt das Konzept des Bourgeois: „Wenn die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich verkürzt wird, erhöht das unsere Arbeitskosten, die ohnehin die höchsten der Welt sind. Die Folge: unsere Wettbewerbsfähigkeit im In- und Ausland geht weiter zurück; Arbeitsplätze werden vernichtet." So der frisch gekürte Vorstandssprecher der Dresdner Bank AG, Hans Friderichs. Zur Forderung des DGB nach der 35-Stunden-Woche meint der in Sachen „Solidarität mit den Arbeitslosen" geübte Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Stingl: „Verkürzungen der Wochenarbeitszeit oder gar mehr Urlaub bringen den Beschäftigten nicht so viel, wie sich rein rechnerisch ergibt." Er setzt natürlich voraus, daß es für weniger Arbeit auch weniger Lohn gibt, was rein rechnerisch tatsächlich einiges bringt – den Kapitalisten. Wenn auch nicht genug.

Besser noch sei es, sagt Stingl, die Lebensarbeitszeit zu verkürzen – was bereits geschieht – oder ein weiteres Schuljahr, das „auf den Beruf vorbereitet", was noch zu tun wäre. Das bringt: Ausbeutung von frühester Jugend an zu Lohn à la BAFöG, Überstunden, um Leben zu können, frühen Verschleiß und die dazu passende Rente. Viele Fliegen mit einer Klappe. – (Z-Red.)

DGB-Kongreß beschließt 35-Stunden-Woche

Kanzler Schmidt handelte in seiner Ansprache von Deutschlands Größe und „den Pflichten, die alle und gerade die Gewerkschaften" hätten, um dieser Größe mehr zum Durchbruch in der Welt zu verhelfen. Durch „mehr Mobilität der Arbeitslosen" und „langsamer treten bei den Löhnen" und Fortsetzung der Konzertierten Aktion. Sonst bekäme man „schneller als mancher denkt das Schlußlicht in die Hand gedrückt", und er drohte mit weiteren Lohnsenkungen als Folge davon. Er forderte vor der versammelten SPD-Fraktion in den Gewerkschaften gar einen nationalen Feiertag auf das Privateigentum, und prompt setzte er abschließend Vetter seine neuzeitliche Pickelhaube auf den Schädel. Die bürgerliche Presse geriet ob dieses Coups ganz aus dem Häuschen. Teilen der Sozis auf dem Kongreß war nicht so. Über „Unmutsäußerungen" und „Aufhören-Rufe aus den hinteren Reihen" berichtete die „Frankfurter Rundschau". Das ist schon wahr.

Jenen muß gedämmert haben, daß sie den Gewerkschaftsmitgliedern nicht solche Prinz-Heinrich-Mützen verpassen können, als Uniform von Hilfstruppen des Expansions- und Aggressionskurses der Finanzbourgeoisie. Die großen Kämpfe der letzten Monate wirken nach, ihre entsprechenden Ergebnisse stehen noch aus. Dazu paßt die Mütze nicht. Das mußte auch Ehrenberg erleben, als er die Rentenkürzungen und Beitragserhöhungen rechtfertigte und eine Reform des Arbeitsförderungsgesetzes – die „verhindern soll, daß Arbeitslosengeld an die Falschen gezahlt wird" – ankündigte. Er wurde von einem Teil des Kongresses ausgebuht. „Überraschend", so das ZDF, wurde mehrheitlich und gegen das Votum der Antragskommission die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und das Verbot der Aussperrung erhoben, die Teilnahme an der Konzertierten Aktion bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Mitbestimmungsklage abgelehnt. Dies ist die radikal-reformistische Auffangstellung sozialdemokratischer Politik gegenüber der Bewegung der Arbeiter, um den Bruch mit der offen chauvinistischen Regierungslinie zu verhindern. Es schafft sowohl Spielraum als auch neue Fallstricke für die Organisierung des Kampfes gegen Kapitalisten und bürgerlichen Staat. Ausgehend von der Kritik der Ausbeutergesellschaft lassen sich der Spielraum nutzen, die Stricke zerschneiden und die anstehenden Klassenkämpfe organisieren. – (Z-Red.)

Die Kapitalisten organisieren die Arbeit rund um die Uhr

Verbot der Nacht- und Schichtarbeit setzt dem Schranken

Im Herbst dieses Jahres stehen in verschiedenen Tarifbereichen die Verhandlungen um die jeweiligen Manteltarifverträge an. So in der Druckindustrie und in verschiedenen Tarifbereichen in der Metallindustrie

Die Frage stellt sich, ob die Arbeiterklasse auf diese Auseinandersetzung vorbereitet ist und ob eine politische Einheit hergestellt ist, diese Auseinandersetzung bestehen zu können.

Man meint, daß der DGB-Bundeskongreß mit der Beschlußfassung der 35-Stundenwoche eine richtige Antwort und einen richtigen Zusammenschluß hergestellt hat. Dem ist aber nicht so, noch nicht einmal ist unter den Delegierten eine Einheit darüber erzielt worden, ob die 35-Stundenwoche bezahlt werden soll, also die Forderung nach vollem Lohnausgleich Grundlage der Forderung ist. Weder ist klar, ob diese Forderung wirklich Hauptbestandteil der Manteltarifverhandlungen im Herbst werden soll.

Sieht man sich den Delegiertenschlüssel dieses Bundeskongresses an, dann merkt man sofort, daß dieser Kongreß im wesentlichen aus ausgebufften Sozialdemokraten bestand, die schon wissen, was sie verhandeln, auch wenn ein Schein von Uneinigkeit entstand. Im Moment besteht zwischen diesen Sozialdemokraten Einheit.

Was haben die Kapitalisten vor, und wie wollen die Sozialdemokraten den Kampf desorganisieren? Die Kapitalisten haben durch die Verlängerung und Verdichtung der Arbeitszeit versucht, die Ausbeutung der Arbeiterklasse erheblich zu steigern. Dies ist ihnen durch den Kampf der Arbeiterklasse in dem Maße, wie sie es beabsichtigten, nicht gelungen. Deshalb haben die Kapitalisten neue Rationalisierungsmaßnahmen durchführen müssen. Dabei mußten sie das konstante Kapital erheblich erhöhen, um neue Ausbeutungsbedingungen herstellen zu können. Sie haben versucht, den Lohn erheblich zu senken. Diese Taktik ist ihnen *nicht* vollständig gelungen. Die Weiterbeschäftigung nach dem Facharbeiterlohn in der Druckindustrie kennzeichnet dies.

Bei Neueinstellungen können jetzt die Druckkapitalisten den Lohn unter den der Facharbeiter *aber* senken. Das heißt, hier haben die Kapitalisten bereits einen Erfolg in der Lohnrückstufung der Arbeiter in der Druckindustrie erreicht. Diese Tendenz ist in allen Tarifbereichen so eingetreten.

Was der nächste Schritt der Kapitalisten sein muß, ist klar. Die Verlängerung der Arbeitszeit als Regel. Die Beschäftigung und damit Ausbeutung der Arbeiter rund um die Uhr, um den hohen konstanten Kosten durch volle Auslastung der Maschinerie entgegenzuwirken.

In verschiedenen Betrieben muß man bei der Einstellung sich prinzipiell bereit erklären, auch Schicht zu arbeiten, oft sogar Nachtarbeit als sofort einsetzbares Mittel gegen die Arbeiter akzeptieren. Die Forderung nach 35-Stundenwoche setzt dieser Entwicklung keinen Einhalt. Dieses verwischen die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften. So sagte ein Vertreter des DGB-Bundesausschusses auf dem DGB-Bundeskongreß: „Das in einer Zeit, in der immer mehr Gewerkschaften die Auffassung vertreten, daß wir uns unsere Gesundheit nicht durch Geld abkaufen lassen sollen, sondern daß es darum geht, die Erschwernisse und die gesundheitsgefährdenden Auswirkungen der Nachtarbeit durch mehr Freizeit statt durch mehr Geld aufzuwiegen." (Protokoll, S. 233)

Die Nachtarbeit wird also als einsetzbares Mittel für die Kapitalisten akzeptiert, nur die Freizeit soll vergrößert werden, pro Tag eine Stunde. Das löste aber an der besonderen Ausbeutung der Arbeiter des Nachts nicht viel, weil die Arbeiter weiterhin des *Nachts ausgebeutet* werden. Außerdem ist die 35-Stunden-Forderung auch eine Forderung, die für alle Arbeiter gilt und der gesteigerten Ausbeutung der ganzen Arbeiterklasse entgegentreten soll.

Die Sozialdemokratie will sich um Gotteswillen nicht mit den Kapitalisten über diese Frage anlegen, das ist absehbar. Das Problem der Nachtarbeit ist ihnen bekannt. Auf dem Gewerkschaftstag der IGM im Jahre 1974 fand ein Initiativantrag noch eine Mehrheit, in dem gefordert wird, daß sofort Untersuchungen über die Nacht- und Schichtarbeit eingeleitet werden müssen. Da heißt es in der Begründung: „Von den 21,8 Mio. abhängigen Erwerbstätigen im Januar 1972 waren bereits 3,8 Mio. in Nacht- und/oder Sonntags- bzw. Feiertagsarbeit tätig. Davon arbeiten etwa eine Million Erwerbstätige ausschließlich nachts zwischen montags und samstags."

Die Sozialdemokraten haben bereits untereinander ausgemacht, daß die Forderung nach Abschaffung der Nacht- und Schichtarbeit in diesen Manteltarifauseinandersetzungen nicht zur Sprache kommen darf. Tritt dies ein, wird es also den Sozialdemokraten gelingen, die Kampffront der Arbeiterklasse zu spalten und den Kapitalisten entgegenzukommen? Das abzuwenden wäre ein Erfolg. – (N-Red.)

Lohnsklaven in Westdeutschland auf Zeit? Ausländer fordern gleiche politische Rechte

Am 11. bis 27.5. fand in Hannover die „Woche der Begegnung", veranstaltet von ausländischen Konsulaten, der Stadt Hannover und der Arbeiterwohlfahrt statt. Unter dem Motto: „Unser Nachbar, der Ausländer kommt den Mitbürgern entgegen". Es gab Theateraufführungen, Prominentenfußball, Feier der Nationen in der Niedersachsenhalle und nichtssagende Versprechungen der bürgerlichen Politiker unter Obhut des Oberbürgermeisters Schmalstieg.

Am 30.9.1976 waren in Hannover 44200 Ausländer aus 115 Nationen gemeldet, ohne die Personen, die doppelte oder mehrfache Staatsangehörigkeit hatten. 19680 waren Männer, 13100 Frauen und 11400 Kinder (unter 16 Jahren), 473 Ausländer waren selbständig tätig, die Zahl der Unselbständigen betrug 26300. Der Rest sind Kinder, Studenten, Praktikanten usw. Die Ausländerstelle in Hannover hat im Jahr 1976 16520 Aufenthaltserlaubnisse erteilt. Dagegen wurden 294 Anträge abgelehnt. Begründung: Illegale Einreise, illegale Arbeitsaufnahme, sowie Nichtzulassung zum Studium. Abgeschoben wurden 85 Personen. In vielen Fällen wurde dabei das Ordnungsamt im Wege der „Amtshilfe" für andere Ausländerbehörden tätig.

Instrumente, um die gesamte Arbeiterklasse auszubeuten und niederzuhalten, sind die Ausländergesetze aus dem Jahr 1965, zu einem Zeitpunkt gefaßt, als die Seifenblase des „Wunders" zu platzen begann und der Staatsapparat gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen geschärft wurde. Ergänzt wird dies durch das 1969 neu gefaßte Arbeitsförderungsgesetz. Während im Ausländergesetz Regelungen über Aufentshaltsgenehmigung, Verbot der politischen Betätigung „geregelt" sind, dient das Arbeitsförderungsgesetz dem „Wachstum der Wirtschaft" (§ 1 AfG). Es ergänzt das Ausländergesetz, indem es die Fragen Arbeitserlaubnis für Ausländer regelt: „Die Erlaubnis wird nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes unter Berücksichtigung der Verhältnisse des einzelnen Falles erteilt. Sie ist zu befristen und kann auf bestimmte Betriebe, Berufsgruppen, Wirtschaftszweige oder Bezirke beschränkt werden." (§ 19)

Ein türkischer Arbeiter aus Hannover berichtet: „Seitdem ich hier bin, seit fünf Jahren, war ich einmal arbeitslos. Vom Arbeitsamt haben sie mir gesagt, Du kriegst 6 Monate Arbeitslosengeld, dann muß Du in die Türkei zurück. Ich habe mit Unterstützung von Freunden wieder Arbeit gefunden. Ich kenne aber viele, die zurückgehen mußten. Ich selbst weiß auch nicht, wie lange ich noch hierbleiben kann. Meine Verlobte ist hierher gekommen. Sie bekommt keine Arbeitserlaubnis. Bei Telefunken haben sie mir gesagt, bring Deine Verlobte mit, sie kann hier arbeiten – aber das Ordnungsamt gibt ihr keine Arbeitserlaubnis."

Wenn eine Familie durch Arbeitslosigkeit auf Sozialhilfe angewiesen ist, wird sie nach dem Ausländergesetz ausgewiesen (§ 10. 10). Familienzusammenführungen werden nur gestattet, „wenn die Angehörigen hier sich
– in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis (befinden)
– wenn eine angemessene Familienwohnung vorhanden ist – wobei der Nachweis in jedem Fall zu erbringen ist. Im Zweifelsfall muß eine Kontrolle an Ort und Stelle stattfinden." (Bericht der Bund-Länder-Kommission vom 17.12.1976)

Die Wohnungen, in denen die ausländischen Arbeiter wohnen, sind oft in „Sanierungsgebieten", weil dort die Wuchermieten noch am geringsten sind. So in Linden in Hannover. Jetzt gerade hat die Stadt Hannover 50% der Wohnhäuser in Linden-Süd aufgekauft und dabei eine Sperre für ausländische Arbeiter in diese Häuser verfügt.

Anläßlich der „Woche der Begegnung" haben Vertreter der ausländischen Arbeiter in der Nordschau des Regionalen Fernsehens am 16. Mai deutlich gemacht, daß sie die Ausländergesetze verurteilen. Sie halten nichts von den Versprechungen der Politiker, sich um die Interessen der Ausländer zu „kümmern", um diese oder jene Änderung der Gesetze. Die Forderung nach vollständiger Abschaffung der Ausländersondergesetze, nach gleichen Rechten für deutsche und ausländische Arbeiter, ist vollkommen gerecht. – (N-Red.)

In den Krankenhäusern Aktionen gegen die Entlassung koreanischer Krankenschwestern

Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre sind über 16000 Koreanerinnen nach Westdeutschland als Krankenschwestern geholt worden. Heute sind es noch 10000, die ihre Arbeitskraft in der Bundesrepublik verkaufen. Sie sollen jetzt abgeschoben werden. Das Ausländerrecht gibt der westdeutschen Bourgeoisie dazu die Handhabe: „Die Aufenthaltserlaubnis darf erteilt werden, wenn die Anwesenheit des Ausländers Belange der Bundesrepublik nicht beeinträchtigt."

Die „Hannoversche Allgemeine" schreibt dazu: „Drei Schwestern in weißen Kitteln, ganz so, wie man sie sich vorstellt: adrett, blitzsauber, sachlich, fürsorglich, fraulich und fast immer freundlich. Alle drei kommen aus dem Fernen Osten, aus Korea. Als man sie vor zwölf Jahren rief, füllten die stets lächelnden, einsatzfreudigen jungen Frauen und Mädchen aus Asien eine damals bedrohliche Lücke in der Krankenversorgung." (19.5.1978) Kein Wort davon, daß die rechtlose Lage der Ausländerinnen von den Dienstherren zur Spaltung der Beschäftigten in den Krankenhäusern genutzt wurde, daß die Koreanerinnen auf den Stationen hin- und hergeschoben wurden und mit der Drohung der Kündigung versetzt wurden. In Hamburg im AK St. Georg, wo 50 Koreanerinnen arbeiten, wurde die Forderung nach zwei Planstellen mehr auf einer Station von der Pflegedienstleitung beantwortet mit der Versetzung einer Koreanerin und Jamaikanerin auf diese Station, dafür hatten zwei andere Stationen je eine Krankenschwester zu wenig. Die Jamaikanerin ist inzwischen mindestens fünfmal versetzt worden.

Die Bourgeoispresse jubelt darüber, daß inzwischen 5000 westdeutsche Krankenschwestern arbeitslos sind und auf die Beschäftigten als Druck wirken, damit sich bei ihnen auch „Einsatzfreudigkeit", wie sie die maßlose Vernutzung der Arbeitskraft nennen, einstellt. Im Hamburger Krankenhaus AK Barmbeck, wo jetzt die Zeitverträge der Koreanerinnen auslaufen, werden überall im Krankenhaus gemeinsam Unterschriften dagegen gesammelt. (N-Red.)

Umrüstung der Handelsflotte für Kriegstransporte

Der aggressive Expansionskurs des westdeutschen Finanzkapitals ist ohne starke Handelsflotte undenkbar. Gegenüber 1939 hat sich die Tonnage von 4482622 BRT auf 9592314 BRT 1977 mehr als verdoppelt. Die Handelsflotten tragen in den imperialistischen Raubkriegen die Hauptlast der notwendigen Transporte militärischer und ziviler Güter. Zur Sicherstellung dieser „lebenswichtigen Verkehrsleistungen" hat die Bundesregierung eine „Verordnung zur Sicherstellung des Seeverkehrs" erlassen, die Reeder und Ausrüster von See- und Binnenschiffen zwingt, „die Schiffsausrüstungen so zu ergänzen, daß den erhöhten Gefahren, die den beförderten Gütern drohen, begegnet werden kann". Dazu sollen die Schiffe entmagnetisiert werden, sie sollen den „Personen und Gütern ABC-Schutz bieten", beim Fahren in Geleitzügen in der Lage sein, „auch ohne Funkverkehr bei jedem Wetter Verbindung zu anderen Schiffen zu halten".

„BAFöG für Schüler" – Zwangsarbeit für Hungerlohn

Die niedersächsische Landesregierung will nach einem Kabinettsbeschluß einen Initiativgesetzentwurf im Bundesrat einbringen, wonach auch Schüler im Berufsgrundbildungsjahr nach „BAFöG gefördert" werden sollen. Um deren „finanzielle Benachteiligung abzubauen", wie es heißt. Was wirklich dahintersteckt, hat Kultusminister Remmers bereits im Januar herausgelassen, als er den „jungen Schulabgängern ohne Lehrvertrag" ein „Landes-BAFöG" versprach, „wenn sie ein Zusatzjahr machen". Begründung: Von 724 ostfriesischen Schulabgängern im Jahre 1977 hätte sich „die Hälfte überhaupt nicht um einen Arbeitsplatz bemüht". (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 12.1.78) Remmers will dem mit einer „bildungspolitischen Offensive begegnen", wobei er sich „als besondere Attraktion das monatliche Taschengeld von 100 bis 150 DM ausgedacht hat". Jeder weiß, daß Ostfriesland die höchste Arbeitslosigkeit überhaupt hat. Schamlos wollen Albrecht und seine Unterdrückerriege die elende Lage der Jugendlichen nutzen, um sie in das Berufsgrundbildungsjahr als Vorbereitung auf die Zwangsarbeit zu pressen.

Zusatzversorgung für Landarbeiter

Auf der nächsten Sitzung des Bundestages wird der „Erfahrungsbericht" der Bundesregierung zur Ausführung des Gesetzes über die Errichtung einer Zusatzversorgungskasse für die Landarbeiter gebilligt werden. Nach diesem Gesetz erhalten Landarbeiter, die ihr Leben lang sich an die Grundherren verdingt haben und kaum Rente bekommen, einen erbärmlichen „Zuschuß" zur Rente von *maximal* 50 DM für Verheiratete und 30 DM für Unverheiratete. Errichtet ist die Zusatzversorgungskasse nicht aus den Geldern der Agrarkapitalisten, sondern aus Steuergeldern. Sie soll einen „Ausgleich" dafür schaffen, daß „die Löhne der Landarbeiter seit Jahrzehnten um etwa 30% unter den Löhnen der Arbeiter in der Industrie liegen" (Bundestagsdrucksache 8/172) und so der „Erhaltung qualifizierter Arbeitskräfte für die Landwirtschaft" dienen. An eine Angleichung der Zusatzversorgung an die Löhne „denkt die Bundesregierung nicht". Ein Brocken Sterbehilfe, um an den elend niedrigen Löhnen für die Landarbeiter festzuhalten, ist das „Zusatzversorgungswerk".

Bundesmeldegesetz

In Hotels, Jugendherbergen, auf Campingplätzen und in Häfen soll künftig Meldepflicht herrschen – so haben der Rechts- und Innenausschuß des Bundestages bei der Beratung von CDU-Gesetzesvorlagen „gegen den Terrorismus" beschlossen. Dies ist – wie die Nebenmeldepflicht des Vermieters, der Ein- und Auszug seiner Mieter melden muß – schon heute in einigen Bundesländern Gesetz. „Das Nähere über Form, Inhalt und Aufbewahrung der Meldevordrucke, die in den Beherbergungsstätten auszufüllen sind, soll durch Landesrecht festgelegt werden." Jeder weiß, „Terroristen" kriegt man so nicht. Es ist die Bewegung der Massen, die die Kapitalisten interessiert. Die Wirte sollen sich daran gewöhnen, Hilfspolizisten zu spielen.

Sichtvermerke in Personalausweisen geplant

Einstimmig gebilligt wurde auf der Sitzung des Rechtsausschusses am 26.4. ein Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion, wonach ein Vermerk in den Personalausweis aufgenommen werden soll, wenn Gründe für die Versagung eines Passes vorliegen. Solche Gründe sind u.a. die „Gefährdung der inneren oder äußeren Sicherheit oder sonstiger erheblicher Belange der BRD durch den Paßinhaber". Damit soll „dem Personalausweis seine Legitimationsfunktion für Ausreisen ins Ausland" genommen werden (Bundestags-Drucksache 8/996). Die Verhinderung der Ausreise ist nicht der Kern der Sache. Vielmehr geht es der Bourgeoisie um die planmäßige Erfassung und Unterdrückung von revolutionären Massenbewegungen. Wer sich an den Kämpfen der Massen beteiligt, wird für den Staatsapparat so kenntlich gemacht, und bei

Der 5%-Abschluß hat die Arbeiter nicht in die Knie gezwungen – Kampf um 50 Pfennig mehr Lohn

Osnabrück. Bei Rawie – Betrieb für „Eisenbahnbedarf" – arbeiten 130 Arbeiter und Angestellte. Die Bedingungen, unter denen hier gearbeitet wird, ruinieren die Arbeitskraft der Arbeiter systematisch. Nur in einer Halle Heizung, kaum Absauganlagen für Staub und Schweißdämpfe. Mit dem Lohn, der bei Rawie gezahlt wird, ist es für viele nur schwerlich möglich, sich Monat für Monat über Wasser zu halten. Durchschnittlich liegt der Lohn zwischen 1200 und 1100 netto. In einigen Abteilungen, z.B. der Gießerei, noch niedriger.

Schon im diesjährigen Tarifkampf wurde die IGM-Ortsverwaltung in einem Brief von 28 Arbeitern aufgefordert, keinem Abschluß unter 8% zuzustimmen. Während der Streikkämpfe in Nordwürttemberg-Nordbaden unterstützten viele Arbeiter und Angestellte dies durch ein Solidaritätstelegramm an die streikenden Arbeiter.

Bereits vor dem Tarifkampf wurde von vielen Rawie-Kollegen die Forderung nach 50 Pfg. mehr für alle als Ausgleich für den Tarifabschluß 77 aufgestellt. Die Auseinandersetzung um diese Forderung spielte eine wichtige Rolle bei den Betriebsratswahlen.

Von mehreren Arbeitern wurde ein Betriebsratsprogramm aufgestellt, in dem unter anderem Heizung, Absauganlage, Weg mit dem Akkordsystem!, Streichung der unteren Lohngruppen, 50 Pfg. mehr für alle gleich gefordert wurden. Auf dieser Grundlage wurden drei von fünf Betriebsräten gewählt.

Nach dem 5%-Abschluß, der weitere Lohnsenkung bedeutet – bei 26% Akkord sind das netto gerade 53,47 DM auf den Ecklohn mehr im Monat – wurde von vielen Kollegen die Forderung nach 50 Pfg. weiter aufgestellt als Nachschlag auf die 5%. Seitdem sind die Kämpfe um den Lohn nicht abgerissen. So forderten 30 Arbeiter eine Höherstufung in den Lohngruppen, in der Gießerei wurde vom Betriebsrat eine Versammlung organisiert, wo sich die Kollegen für eine einheitliche Erhöhung der Gießereizulage aussprachen. Die Nieter, die ebenfalls Höhergruppierung forderten, haben das damit verbunden, daß sie sich weigerten, an der Nietmaschine weiterzuarbeiten, weil sie das Rückgrat ruiniert, einige von ihnen schon Spritzen bekommen, damit der Schmerz gelindert wird.

In der Putzerei wurde dann einige Zeit später von zwei Arbeitern (in der Abteilung arbeiten drei Kollegen) eineinhalb Tage lang die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter waren davon ausgegangen, daß sie die Kapitalisten damit zwingen könnten, da die Arbeitsbedingungen so saumiserabel sind, daß hier kein anderer arbeiten will. Die Rawie-Kapitalisten haben die beiden Arbeiter entlassen. Sie konnten das, weil diese kleine Abteilung relativ wenig Unterstützung bekam, obwohl die Aufmerksamkeit der übrigen Abteilungen auf diese Vorgänge groß war. Den Kapitalisten ging es darum, die Bewegung unter den Arbeitern, den Abschluß nicht hinzunehmen und weiter an Lohnerhöhungen festzuhalten, zu brechen. Sie setzen darauf, daß der Kampf um einen Nachschlag noch nicht einheitlich von der ganzen Belegschaft geführt wird unter der Forderung nach 50 Pfg. mehr für alle, Abschaffung der unteren Lohngruppen.

Die Forderung nach Rücknahme der Entlassungen muß Bestandteil des weiteren Kampfes sein. Eine Belegschaftsversammlung zur Beratung und Organisierung des Kampfes wäre das beste. – (Zelle Schinkel-Zentral)

Demonstration der Postbeamten in Frankfurt



Am 23.5.1978 führten ca. 150 bis 200 Arbeiter, Angestellte und Beamte eine Kundgebung mit anschließendem Demonstrationszug in der Innenstadt Frankfurts, am Hauptpostamt durch. Die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) Ortsverwaltungsvorstand Frankfurt hatte in einem Flugblatt aufgerufen, in dem es u.a. heißt: „Nach den Gehaltskürzungen durch das Haushaltsstrukturgesetz sind wir nicht bereit, weitere Verschlechterungen hinzunehmen." Die Delegierten der Frankfurter Post- und Fernmeldeämter hatten dazu in der Jahreshauptversammlung der Ortsverwaltung am 22. April 1978 folgende Entschließung verabschiedet: „Die Delegierten der Jahreshauptversammlung der Ortsverwaltung Frankfurt der Deutschen Postgewerkschaft wenden sich entschieden gegen die Absicht des Bundesinnenministers, bei der diesjährigen Besoldungsrunde den Ortszuschlag für Beamte in unterschiedlicher Höhe zu gewähren. Der Erhöhung der Grundbesoldung um 4,5% soll nur eine Erhöhung des Ortszuschlages um 3,5% gegenüberstehen. In der Vergangenheit orientierte sich die Erhöhung der Beamtenbezüge an den Tarifabschlüssen für Angestellte und Arbeiter, d.h. die ausgehandelten Ergebnisse wurden voll auch für die Beamten übernommen. Sollten seitens des Kabinetts bzw. des Bundesinnenministers andere Absichten im Rahmen des nach § 94 BBG zu führenden Spitzengespräches verfolgt werden, so ist dem seitens des DGB und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes härtester Widerstand entgegenzusetzen. Gegebenenfalls sind geeignete Kampfmaßnahmen einzusetzen."

Die hauptsächlich vom Postamt 1 und dem Postscheckamt Frankfurt zur Kundgebung gekommenen Kollegen führten die Kundgebung vor den Ein- und Ausfahrten des Postamts 1 und des Postscheckamts durch und verhinderten, daß ein Lastwagen mit Ortspost passieren konnte. Der DPG-Bezirkssekretär Eberhard Bacher erklärte in seiner Rede: „Noch streiken wir in der Mittagspause, morgen vielleicht am Arbeitsplatz, auf jeden Fall am 29.5., wenn das nächste Besoldungsgespräch ist." Nach Angaben der Gewerkschaft sieht der Plan der Bundesregierung vor: Einsparung von insgesamt 170 Millionen DM bei Beamtenfamilien mit weniger als drei Kindern. Betroffen seien rund zwei Millionen Beamte, davon etwa 252000 bei der Post.

Continental Gummiwerke machen dicken Schnitt

4,1 Millionen Fahrzeuge wurden 1977 in Westdeutschland produziert. 20,5 Mio. Reifen gehören dazu. Die westdeutschen Kautschuk-Kapitalisten lassen zu einem Drittel im Durchschnitt für die Automobilindustrie produzieren, vor allem Reifen, aber auch anderes Zubehör wie Keilriemen usw. Die Continental-Kapitalisten haben angesichts dieser Entwicklung ihren Profit 1977 gesteigert. Der Umsatz insgesamt ist von 1439,0 Mio. DM 1976 um 5,6% auf 1518,9 Mio. DM gestiegen. Auf die Reifenproduktion entfielen 900 Mio. DM (plus 7,8%). 30% der Reifen wurden exportiert, (plus 10%) erstmals über eigene Betriebe in der Schweiz, Österreich und den USA. Continental hat trotz des Profits von 15 Mio. DM (1976: 6 Mio. DM) keine Dividende ausgeschüttet. Vielmehr wurde das Kapital erhöht, um u.a. bis 1980 mit 300 Mio. DM Rationalisierungsinvestitionen durchzuführen, die die Konkurrenzlage gegenüber den großen Reifenkapitalisten Goodyear, Firestone und Uniroyal verbessern sollen. Der Anteil der Lohnkosten für die Arbeiter soll weiter gedrückt werden, damit dem Export von Reifen der Kapitalexport folgen kann, um die Konkurrenz auf den ausländischen Märkten zu schlagen.

Werke und Arbeiterzahlen der Kautschukindustrie

Die Gummi- und Asbestwarenindustrie ist in Westdeutschland hochmonopolisiert. Der Umsatz dieses Industriezweiges betrug 1976 10649 Mio. DM; 21 Konzerne haben daran einen Anteil von 66,62%, allein der Anteil der acht größten Kautschukbetriebe am gesamten Umsatz der Gummi- und Asbestwarenindustrie liegt bei 50%. Ende 1977 gab es in der westdeutschen Kautschukindustrie 93000 Beschäftigte. Die größten Kautschukbetriebe sind: Continental-Gummiwerke, Hauptwerke in Hannover. Die Continental ist mehrheitlich im Aktienbesitz der Corona Beteiligungsgesellschaft mbH, die gebildet wird zu gleichen Teilen aus dem Chemiekonzern Bayer AG Leverkusen, der Deutschen Bank AG und der Münchener Rückversicherungsgesellschaft. Bei Continental arbeiteten Ende 1977 18127 Beschäftigte, davon 13559 Arbeiter. Halb so groß sind die Kautschukbetriebe Metzeler München (zu 100% im Besitz von Bayer Leverkusen), Michelin (50%ige Tochtergesellschaft der schweizerischen Compagnie Financiere Michelin), mit den Hauptwerken in Karlsruhe und Bad Kreuznach, und die Phoenix Gummiwerke AG Hamburg-Harburg (zu 50% im Besitz der Corona Beteiligungsgesellschaft mbH). Sie beuten zwischen 7000 und 7800 Arbeiter aus. Es folgt Dunlop, Hauptwerk in Hanau. Die Dunlop AG ist zu 75% im Besitz der Dunlop Limited London, der Reifenkonzern Pirelli aus Italien ist mit 8,16% beteiligt. Bei Dunlop wurden 1977 5180 Arbeiter ausgepreßt, 900 weniger als 1972. Veith-Pirelli, mit dem Hauptwerk in Breuberg, 50,48%ige Tochter des Mailänder Werks und zu 48,5% im Besitz der Dunlop Limited London, hat 3300 Beschäftigte. Die kleineren Betriebe Uniroyal Aachen, Gummiwerke Fulda und Deutsche Goodyear in Philippsburg sowie Kleber Colombes in St. Ingbert mit zwischen 600 bis 1700 Beschäftigten sind direkte Ableger der großen US-amerikanischen bzw. französischen Konzerne.

Preise auf den Einkaufsmärkten der Kautschukindustrie

Naturkautschuk wird in den Ländern der Dritten Welt, vor allem in Malaysia, Indonesien, Thailand, Ceylon, Vietnam, Kampuchea, in den afrikanischen Ländern Liberia, Nigeria und Zaire und in Südamerika, insbesondere in Brasilien, produziert. Verbraucht wird es in den imperialistischen Staaten. Die Kapitalisten sind bei der Reifenproduktion auf Naturkautschuk angewiesen. Sie haben zwar durch die Verwendung von Synthesekautschuk den Anteil des Naturkautschuks auf ca. 7% des für die Reifenproduktion notwendigen Materials verringern können, bei den jetzt überwiegend produzierten Radialreifen ist jedoch ein höherer Anteil Naturkautschuk erforderlich. Anfang der siebziger Jahre haben sich die sechs wichtigsten Kautschukerzeugerländer auf Initiative von Malaysia zur Association of Nature Rubber Producing Countries (ANRPC) zusammengeschlossen. 1976 haben sie ein Abkommen über Ausgleichslager und Preisziele geschlossen. Dementsprechend hat sich der Preis für Naturkautschuk entwickelt. Für ein Kilo haben die Erzeugerländer bekommen 1970: 124,78 Malayische Dollar, 1971: 102.07, 1972: 93,70, 1973: 165,56, 1974: 181,11, 1975: 136,90, 1976: 199,12, 1977: 202,87. Die Kautschuk produzierenden Länder fordern strenge Preisabsprachen mit den Synthesekautschuk-Produzenten und Einschränkung der Produktion von Synthesekautschuk.

Vier Monate Streik bei Garner's Steak House in London

Interview mit Habib Rahman und Zahir Haq, dem Vorsitzenden und dem Schatzmeister des Streikkomitees

Was sind die Gründe für euren Streik?

Seit 16 Wochen streiken wir bei Garner's Steak House für die Anerkennung unserer Gewerkschaft. Wir streiken im Gaststättengewerbe für unser elementares Recht. Es ist das Recht eines jeden Arbeiters, in einer Gewerkschaft zu sein, und daß diese Gewerkschaft als seine Vertretung anerkannt wird. Das Gastgewerbe ist sehr rückständig, was die gewerkschaftliche Organisierung angeht. Es ist ein sehr zersplittertes Gewerbe, und es sind vor allem ausländische Arbeiter. Wir wollen diese ausländischen Arbeiter gewerkschaftlich organisieren. Und wir wollen erreichen, daß sie nicht mehr zu Sklavenbedingungen ausgebeutet werden. Im Gastgewerbe – und Garner's ist nur ein Beispiel, wenn auch vielleicht eines von den schlimmsten – herrschen Sklavenbedingungen. Zum Beispiel nimmt ein Kellner 28,49 Pfund pro Woche mit nach Hause (etwa 110 DM). Dafür muß er 55 bis 70 Stunden arbeiten. Es gibt keinen Lohn bei Krankheit, keinen Kündigungsschutz. Die Leute wechseln dauernd. Die Ausländer, viele ohne Ausbildung, kriegen keine Arbeit, und der Unternehmer findet immer wieder neue. Und die Leute, die Essen zubereiten und ausgeben sollen, kriegen selbst nur verdorbenes Essen, die Abfälle der Lieferanten. Zum Beispiel haben wir die Spitzen vom Hühnerflügel, wo kein Fleisch dran ist, und die der Metzger in die Mülleimer schmeißt, vorgesetzt gekriegt mit einem Blatt Salat und einer Tomate. Man darf sich nicht eine Tasse Tee nehmen.

Wie hat der Streik angefangen?

Margolis, der Unternehmer, will jede gewerkschaftliche Organisierung unterdrücken. Er weigert sich, mit unserer Gewerkschaft, der Transport- und Allgemeinen Arbeitergewerkschaft (TgWU), zu verhandeln. Nachdem er im Oktober einen Kellner ohne Grund rausgeschmissen hat, sind bis Januar 150 der 200 Beschäftigten in die Gewerkschaft eingetreten. Am 12. Januar haben wir nach Arbeitsschluß, um ein Uhr nachts, eine Versammlung mit 100 Leuten gemacht. Da haben wir beschlossen, daß gestreikt wird, wenn die Gewerkschaft nicht binnen einer Woche anerkannt wird. Am 26.1. haben wir mit dem Streik angefangen. Von den 22 Lokalen konnte Margolis nur sechs offenhalten, und das nur mit drei bis fünf Leuten, wo sonst 15 bis 20 arbeiten. Inzwischen hält er mit Streikbrechern zehn offen. Vor sieben führen wir täglich Streikposten durch. Die Einnahmen von Margolis sind auf ein Zehntel geschrumpft. Er kann sich nur halten, weil ihn die großen Hotelketten und die Banken unterstützen. Die wollen auf jeden Fall einen Sieg unseres Streiks und eine Stärkung der Gewerkschaftsbewegung verhindern.

Wie habt ihr es geschafft, den Streik so lange so erfolgreich zu führen?

Unsere Streikposten sind sehr wirksam. Wir fordern die Kunden auf, nicht bei Garner's zu essen und haben damit großen Erfolg. Arbeiter aus allen Gewerken nehmen regelmäßig in einem rollierenden System an unseren Streikposten teil. An einer Solidaritätsdemonstration am 20.5. haben 1000 Arbeiter teilgenommen. Zweitens haben wir die Zulieferungen für Garner's unterbrochen. Bei den großen Lieferanten, den Brauereien z.B., weigern sich unsere Gewerkschaftskollegen, Lieferungen für Garner's zu machen. Schwieriger ist das mit den kleineren Lieferanten, wo die gewerkschaftliche Organisierung schwach ist. Wo sie nicht die Lieferungen einstellen, unterbrechen wir ihre eigene Belieferung. Das dritte ist die materielle Unterstützung, die es für uns und unsere Familien möglich macht, zu überleben. Die Gewerkschaft zahlt nur sechs Pfund pro Woche Streikgeld. Wir erhalten aber eine enorme Unterstützung aus allen Gewerkschaften und aus dem ganzen Land. Täglich treffen Spenden von 100 bis 150 Pfund ein.

Seit wir mit dem Streik angefangen haben, hat sich die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im Gastgewerbe in London fast verdoppelt. Die Leute treten ein, weil sie sehen, daß sie die Gewerkschaft brauchen und daß sie mit der Gewerkschaft was erreichen können. – (Korrespondentenbericht London)

jeder Ausweiskontrolle – für die durch Einrichtung von Kontrollstellen erweiterte Möglichkeiten geschaffen wurden –, bei jeder Um- oder Abmeldung erfaßt. Bei Razzien sollen so rasch Massenverhaftungen zwecks Unterdrückung von Massenaktionen durchgeführt werden können.

Bundesgrenzschutz als Asylbehörde

Nach dem Gesetzentwurf der CDU/CSU sollen künftig Asylanträge „unverzüglich" an der Grenze beim Bundesgrenzschutz gestellt werden. Der Antrag, bei dem auch gleich „die Gründe für die Verfolgung darzulegen" sind, wird an das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge nur weitergeleitet, „sofern Anerkennungsgründe ... geltend gemacht werden". Ob solche vorliegen, entscheidet bisher das Bundesamt, gegen dessen Entscheidung Widerspruch und Klage beim Verwaltungsgericht erhoben werden kann. Entscheidet der Bundesgrenzschutz, daß keine Anerkennungsgründe vorliegen, erfolgt nach dem Plan der CDU/CSU sofortige Zurückweisung an der Grenze. Aber auch, wenn er nicht zurückweist, sind Ausschluß des Widerspruchsverfahrens, Ausschluß der Berufung gegen das verwaltungsgerichtliche Urteil, Beschränkung des Aufenthaltsrechts auf einen Ort nach Wahl der Behörde vorgesehen.

Rationalisierung bei der Bahn

Von 1970 bis 1975 hat sich das Verkehrsaufkommen im öffentlichen Personennahverkehr von 5707 Millionen Personen auf 6174 Millionen erhöht. Die Zahl derer, die immer häufiger ihren Arbeitsplatz wechseln müssen, wächst beständig, und immer längere Strecken müssen bis zu dem jeweiligen Ausbeuter zurückgelegt werden. 1970 waren das noch 36937 Millionen Personen-Kilometer, 1975 sind es schon 40052 Millionen. Die Bourgeoisie will aus dieser für den Arbeiter unerträglichen Entwicklung jetzt noch reichlicher Kapital schlagen. Ende April beschloß der Verkehrsausschuß des Bundestages ein neues Eilzug-System, das eine „Beschränkung der anzufahrenden Stationen auf Standorte mit größerem Verkehrsaufkommen" vorsieht. Gleichzeitig hat er dabei im Auge, „mögliche Rationalisierungsgewinne" der Bundesbahn zu realisieren.

Till Meyer verläßt die Untersuchungshaftanstalt Berlin-Moabit

Till Meyer, seit fast drei Jahren in der Westberliner Untersuchungshaftanstalt Moabit festgehalten, hauptsächlich, weil er im Winter 1975 einige gemeinsame Tage mit dem CDU-Mann Peter Lorenz verbracht haben soll, hat vergangenen Samstag die Haft zum zweiten Mal verlassen. Nach seinem ersten Weggang wurde Till Meyer vor der Festnahme von bewaffneter Polizei ins Knie geschossen. Verbissen hält sich das Gerücht, Peter Lorenz, der inzwischen eine bedeutende Position im Rahmen des Westberliner Abgeordnetenhauses bekleidet, habe Till Meyer zur Flucht verholfen, damit dieser nicht öffentlich erzähle, wovon Lorenz damals unter vier bis acht Augen gesungen habe. Aus Kreisen der Staatsanwaltschaft heißt es, dies sei Unsinn, Lorenz wisse ganz genau, daß das Material der Staatsanwaltschaft zwar ausreiche, Till Meyer von einem Gericht bis Ultimo verknacken zu lassen, aber ansonsten ginge daraus hervor, daß Meyer mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun habe. So erkläre sich auch sein Ausbruch; denn er habe eben nichts in der Hand. Kirchenmänner, mit der Befürchtung konfrontiert, daß die Fahndungskommandos angesichts all dessen 1,20 m über das Knie zielen würden, antworten: Till Meyer könne infolge seiner übergroßen Verbrechen gegen Peter Lorenz, dessen Familie und dessen Partei auf die Gnade der Menschen vielleicht nicht rechnen, würde aber gewiß ‚in den Himmel kommen'. – Alle gewöhnlichen Leute wünschen Till Meyer ein gesundes Knie und den scheinheiligen Politikern, Richtern, Staatsanwälten, Pfaffen und Fahndungskommandos die Pest an den Hals.

Mieterhöhung durch „Energiesparen"

Nachdem sich der soziale Wohnungsbau als Mittel der Ausplünderung der Volksmassen bewährt hat, gedenkt die Bundesregierung nun auch der Kapitalisten des „frei finanzierten" Wohnungsbaus. Mit dem am 12. Mai vom Bundestag beschlossenen Gesetz zur „Förderung energiesparender Baumaßnahmen in bestehenden Gebäuden" sollen ihnen über 2,5 Milliarden DM zugeschoben werden. Der Mieter hat die „Modernisierung zu dulden"; ebenso die auf dem Fuße folgende Mieterhöhung. Zahlt er nicht freiwillig, darf er noch kündigen. Für einen neuen Mietvertrag gilt ohnehin die erhöhte Miete. Die anfangs bewilligten Bundes- und Landeszuschüsse werden später nach dem Prinzip des sozialen Wohnungsbaus in Bankkredite „umgeschuldet" zu Wucherzinsen und geringer Tilgung. Die Kapitalisten können ihre „Investitionen" steuerlich absetzen, die Kreditzinsen auf die Miete abwälzen. Zweck der Maßnahme, so in der Begründung des Gesetzes, ist die „Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit guten und *preiswürdigen* Wohnungen zu verbessern".

„Urbi et orbi" – der Stadt und dem Erdkreis

„Auf den Knien" hatte Papst Paul Nr. 6 Ende April die „Roten Brigaden" zur Freilassung Moros aufgefordert. Dem Moro hat es nichts genützt, wohl aber dem Papst. Kaum war der „Freund und Bruder" unter der Erde, ist Paul Montini, dieser Spitzenmann im Showgeschäft, wieder auf die Beine gekommen. Der italienischen Regierung diente er sich für die Staats-Trauermesse in der Lateranbasilika an. Seit bei der Gründung des einheitlichen italienischen Staates der alte Kirchenstaat unter den Schlägen von Garibaldis Volksarmee liquidiert wurde, hatte sich so was kein Papst mehr geleistet. Unter 1800 geladenen Gästen: die revisioni-



stischen KPI-Führer Berlinguer und Ingrao. Dem auserwählten Publikum kündigte der Papst an, daß er in Zukunft stärker noch sich in die Angelegenheiten Roms, Italiens und anderer Länder zu mischen gedenkt: „Wir beten für die, die die Völker regieren, besonders beten wir für die, die für das öffentliche Wohl in unserem Land verantwortlich sind, und für die Behörden dieser unserer Stadt Rom." Im Vatikan wird schon von einer „zweiten Versöhnung" mit dem italienischen Staat gesprochen. Bei der „ersten Versöhnung" 1929 hatte sich der elfte Pius mit den Faschisten über das bis heute gültige Konkordat geeinigt und dafür den Vatikanstaat geschenkt bekommen.

Konfessionslos – arbeitslos

Fast zwei Jahre – nach vier Jahren Berufsunterbrechung – suche ich nach einer Stelle als Erzieherin. Beim Arbeitsamt: nicht vermittelbar, zu lange raus; bei der Arbeiterwohlfahrt: nur ABM-Angestellte; bei der Stadt: lediglich Angebote für halbtags.

Nur etwa 14 Kindertagesstätten unterhält die Stadt Hannover, 58 hingegen allein der Stadtkirchenverband der evangelisch-lutherischen Kirche. 1974 sah es für Niedersachsen so aus: Es gab 2580 Einrichtungen, die hauptamtliche Kräfte beschäftigten, davon sind 1939 Kindertagesstätten. 23574 sind in der Jugendhilfe

Konfessionslos – arbeitslos

Fast zwei Jahre – nach vier Jahren Berufsunterbrechung – suche ich nach einer Stelle als Erzieherin. Beim Arbeitsamt: nicht vermittelbar, zu lange raus; bei der Arbeiterwohlfahrt: nur ABM-Angestellte; bei der Stadt: lediglich Angebote für halbtags.

Nur etwa 14 Kindertagesstätten unterhält die Stadt Hannover, 58 hingegen allein der Stadtkirchenverband der evangelisch-lutherischen Kirche. 1974 sah es für Niedersachsen so aus: Es gab 2580 Einrichtungen, die hauptamtliche Kräfte beschäftigten, davon sind 1939 Kindertagesstätten. 23574 sind in der Jugendhilfe

beschäftigt, 28602 ehrenamtlich tätig in der außerschulischen Jugendarbeit. In den Behörden sind davon 1806 Personen, in den Geschäftsstellen öffentlicher, freier und privatrechtlicher Träger 21306 beschäftigt, allein in den Kindertagesstätten 12294 und hiervon 6147 bei den Kirchen als Träger freier Einrichtungen. Zählt man das Diakonische Werk und Caritas hinzu, sind 44,8% aller in diesem Bereich in Niedersachsen Tätigen der Kirche unterworfen.

Zu den Personalunterlagen für die Einstellung fordert der Stadtkirchenverband Hannover u.a. „Konfirmationsbescheinigung" und „pfarramtliches Zeugnis (versiegelt)" vom Pfaffen der Gemeinde, in der der betreffende Bewerber wohnt, zur Beurteilung der aktiven Teilnahme am Gemeindeleben. Wiedereintritt oder, wer nie in der Kirche war, Taufe wird verlangt. Wer diese Hürden genommen hat, soll sich dann mit Haut und Haaren verschreiben: Am krassesten wird das bei den Verträgen, die für die Küchen- und Putzfrauen gelten, dort heißt es in § 8: „Die fristlose Kündigung ist außer nach den allgemeinen Bestimmungen (§ 7) zulässig wegen des Austritts aus der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover oder wegen groben Verstoßes gegen die besonderen Pflichten und die Lebensführung eines kirchlichen Mitarbeiters."

Boykott der Zahlung der Schulspeisung – Schulverweis

Westberlin. Rund 20 Jungen und Mädchen sind im Wedding von der Möwensee-Grundschule geschmissen worden, weil ihre Eltern seit 9 Monaten das Geld für die Schulspeisung nicht zahlten. Der Befreiungssatz lag für einige Eltern zu hoch, einige waren nicht einverstanden damit, daß der Schulbesuch die Schulspeisung obligatorisch machte.

Zwei Werksärzte für 12000 Conti-Arbeiter – Stand wie 1911

Staublunge, Krebs, Kreislaufkollaps, Sehnenscheidentzündungen sind häufige Krankheiten auf der Conti

Hannover. Auf der Conti werden im Monat rund 16000 Liter Milch getrunken. Milch wird deshalb so viel getrunken, weil sie wichtige Aufbaustoffe für den Körper enthält, der auf der Conti zerschlissen wird. Früher hat es die Milch kostenlos gegeben. Ende der sechziger Jahre wurde sie von den Conti-Kapitalisten gestrichen. Nicht, daß die Milch nicht mehr nötig sei, im Gegenteil: Durch die verschärfte Auspressung der Arbeitskraft seit Ende der sechziger Jahre haben die Conti-Kapitalisten die Gesundheit der Arbeiter immer mehr ruiniert.

In allen Bereichen der Produktion hat die verschärfte Akkordhetze ihre Spur hinterlassen. Bei den Gummimischern und im „Rußsaal" hat fast jeder Arbeiter eine Staublunge. In den Heizungen ist die Luft zum Ersticken, in der Keilriemenheizung beträgt die relative Luftfeuchtigkeit zwischen 80 und 95%. Das führt unweigerlich zu Herzbeschwerden. Wenn dann im Sommer noch Hitzeperioden dazukommen, vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein Arbeiter umkippt. Im Keilriemenlager, wo Arbeiterinnen jetzt 10000 Keilriemen statt wie noch vor zwei Jahren 8000 pro Schicht zählen müssen, haben fast alle außer dem Meister Sehnenscheidenentzündungen. Oft dauert es bis zu einem Vierteljahr, bis die Arbeiterinnen wieder Keilriemen zählen können.

In der Reifenputzerei im Werk Vahrenwald mit ca. 50 Arbeitern sind im letzten Jahr mehrere Arbeiter am Arbeitsplatz ohnmächtig geworden, ein anderer mußte aus seinem Urlaub in die nächste Klinik geflogen werden. Ein 58-jähriger Arbeiter, der frühverrentet wurde, ist ein halbes Jahr nach der Frühverrentung gestorben, er hatte Kehlkopfkrebs. An einem Arbeitsplatz, wo ein Arbeiter umgekippt und nicht wiedergekommen ist, klagte der nächste, der an diesen Arbeitsplatz gestellt wurde, schon bald über Kopfschmerzen und Übelkeit. An diesem Arbeitsplatz werden die Reifen mit einem chemischen Mittel ausgeklebt. Der Arbeiter hat durchgesetzt, daß Proben des Lösungsmittels genommen wurden und die Luft durch die Werksärztin getestet werden mußte. Festgestellt wurde, daß das Lösungsmittel Trichloräthylen enthält. Trichloräthylen greift, wenn man es einatmet, das zentrale Nervensystem an (z.B. wird es zur Vollnarkose eingesetzt), es führt zu Sehstörungen und Veränderungen der Psyche, wie zu Depressionen und Interessenlosigkeit. Es greift die Leber, die Niere und das Herz an, und zwar bereits nach kurzer Zeit. Weiter soll Trichloräthylen Krebs erregen.

Arbeitsplatz werden die Reifen mit einem chemischen Mittel ausgeklebt. Der Arbeiter hat durchgesetzt, daß Proben des Lösungsmittels genommen wurden und die Luft durch die Werksärztin getestet werden mußte. Festgestellt wurde, daß das Lösungsmittel Trichloräthylen enthält. Trichloräthylen greift, wenn man es einatmet, das zentrale Nervensystem an (z.B. wird es zur Vollnarkose eingesetzt), es führt zu Sehstörungen und Veränderungen der Psyche, wie zu Depressionen und Interessenlosigkeit. Es greift die Leber, die Niere und das Herz an, und zwar bereits nach kurzer Zeit. Weiter soll Trichloräthylen Krebs erregen.

Die Reifenputzerei ist nur ein Beispiel; in anderen Abteilungen sieht es ähnlich aus. Wie die Gesundheit der Conti-Arbeiter immer mehr ruiniert wird, zeigen auch die Krankenstandsstatistiken der letzten Jahre (wenn sie uns auch nur unvollständig vorliegen): 1967 bis 1969: 5,8%; 1974: 7,0%; 1975: 7,0%; 1977: 7,6%. Zu berücksichtigen ist hierbei noch, daß sich diese Zahlen auf den Jahresdurchschnitt der gesamten Belegschaft beziehen. Die 7,6% von 1977 setzen sich z.B. zusammen aus dem Krankenstand von 9% Arbeitern und 3,9% Angestellten.

Im Gegensatz zum Krankenstand scheinen die Betriebsunfälle zurückgegangen zu sein, jedenfalls wenn man den Statistiken der „Arbeitssicherheitszentrale" Glauben schenken will.

Hiernach haben sich die Unfälle in den letzten Jahren folgendermaßen entwickelt (einschließlich der Wegeunfälle): 1975: 1949; 1976: 2141; 1977: 1789. Während die „Arbeitssicherheitszentrale" für 1977 posaunt: „Ergebnis so gut wie noch nie: Unfälle sanken um 16%", muß man feststellen, daß in den letzten drei Jahren sich nichts zum Guten gewendet hat, setzt man die Unfälle in Beziehung zu der Entwicklung der Belegschaftszahlen:

Sie betrugen 1975: 19262; 1976: 18635; 1977 18208 (Stand jeweils 30.9.) Das heißt, daß sowohl 1975 als auch 1977 jeder hundertste Conti-Beschäftigte einen Unfall hatte. Bei den tagtäglichen Unfällen auf der Conti muß man skeptisch über die „Erfolgsmeldungen" der Arbeitssicherheitszentrale sein. Nehmen wir die Zehenverletzungen. Die Arbeitssicherheitszentrale stellt in ihrem Bericht für 1977 fest, daß es erfreulich ist, daß die Zehenverletzungen weiter rückläufig sind (1973 z.B. verzeichnete die Conti ca. 200). Vor kurzem mußte ein Arbeiter bei seinem neuen Meister antanzen und sich Vorhaltungen über zu häufiges „Krankmachen" sagen lassen. Jeder Meister hat ein Blatt über die Arbeiter, wo Fehlzeiten nach krank, Unfall, unentschuldigt und Urlaub aufgeführt sind. Dort waren drei Wochen als krank eingetragen, wo es sich jedoch gerade um eine Zehenverletzung handelte. Man kann also ruhig davon ausgehen, daß es in der Unfallstatistik der Arbeitssicherheitszentrale eine Art „Dunkelziffer" gibt.

Die gesundheitliche Versorgung der 12000 Conti-Beschäftigten in Hannover wird bestritten von zwei Werksärzten. Im letzten Jahr haben die Conti-Kapitalisten den dritten Werksarzt eingespart. Damit ist der Stand von 1911 wieder erreicht, wo die Betriebskrankenkasse zwei festangestellte Ärzte aufgewiesen hat und das bei einem Mitgliederbestand von 6200. Leitender Werksarzt ist Dr. König, einer „der bekantesten deutschen Spezialisten auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin" (Bild). Dementsprechend sind

Arbeitssicherheitszentrale eine Art „Dunkelziffer" gibt.

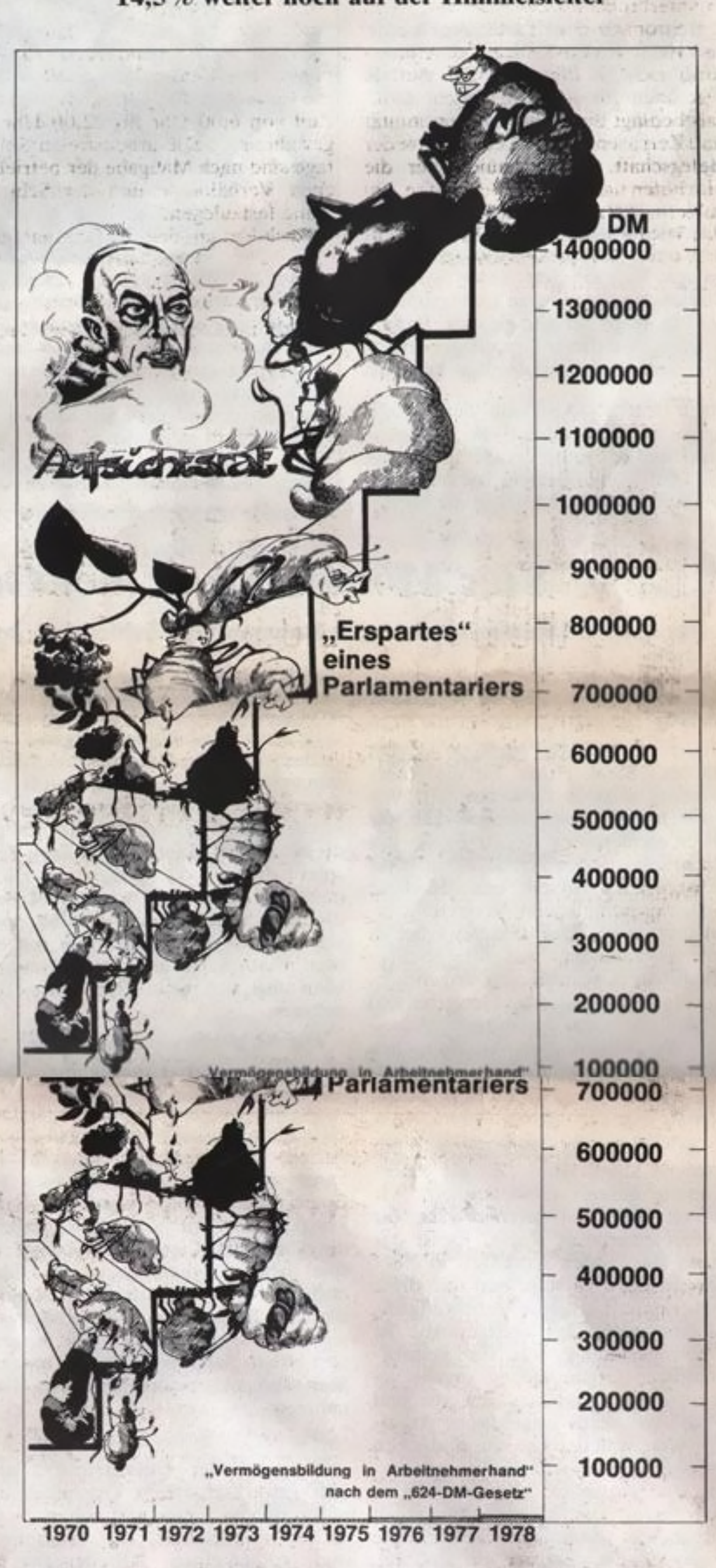
Die gesundheitliche Versorgung der 12000 Conti-Beschäftigten in Hannover wird bestritten von zwei Werksärzten. Im letzten Jahr haben die Conti-Kapitalisten den dritten Werksarzt eingespart. Damit ist der Stand von 1911 wieder erreicht, wo die Betriebskrankenkasse zwei festangestellte Ärzte aufgewiesen hat und das bei einem Mitgliederbestand von 6200. Leitender Werksarzt ist Dr. König, einer „der bekantesten deutschen Spezialisten auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin" (Bild). Dementsprechend sind

auch seine Diagnosen: „Aus irgendeinem Grund ist eine Maschine – ein Fließband zum Beispiel – zu schnell eingestellt. Die Arbeiter kommen mit dem Tempo nicht mit. Sie ärgern sich über den Meister, den Chef, und schon haben sie ein Magengeschwür", oder „sie werden an einen Computer gestellt, obwohl sie sich nur dazu eignen, eine Halle auszufegen. Dann sind sie überfordert und werden auch krank."

Solche Diagnosen passen gut ins Konzept der Bourgeoisie, weshalb Dr. König auch mit dem „Bundesverdienstkreuz am Bande" ausgezeichnet worden ist. Er ist ehrenamtlicher Verwaltungsrichter, CDU-Ratsherr der Stadt Hannover, Mitglied im Niedersächsischen Landesgesundheitsrat und Leiter des Landesverbandes Niedersachsen im Verband Deutscher Betriebs- und Werksärzte.

Kein Wunder, daß, obwohl Dr. König bei diesen vielen „Verpflichtungen" sowieso kaum auf der Conti ist, die Sprechstunde von ihm nicht überlaufen ist. Haß hat er sich zum Beispiel von den Arbeitern im Kesselhaus zugezogen, denn „die Arbeitsplätze in den Kesselhäusern sind doch eigentlich alles ASA-Plätze" (ASA: Arbeitsplatzsicherungsabkommen, nach dem ältere Arbeiter an Arbeitsplätze umgesetzt werden, wo die Schinderei nicht mehr so groß ist, bei gleichzeitiger Verdienstsicherung). Im Kesselhaus wird in Drei-Schicht gearbeitet. In der Nachtschichtwoche müssen die Arbeiter zusätzlich acht Stunden sonntags arbeiten. Der Altersdurchschnitt mit 40 bis 45 Jahren liegt dort weit über dem Durchschnitt der Conti. Die alten Arbeiter können sich zumeist nur noch mit Medikamenten über Wasser halten. Daß es nicht der Ärger über irgendwelche Meister ist, der sie krank gemacht hat, sondern die Schicht-, Nacht- und Akkordarbeit, das kann kein Werksarzt, noch sonst ein Bourgeois ihnen weismachen. – (Zelle Conti, Hannover)

14,5% weiter hoch auf der Himmelsleiter



Die Abgeordneten der Länder wollen sich ihre Diäten jetzt wieder erhöhen, um auf der Himmelsleiter weiter hoch zu kommen – in Nordrhein-Westfalen z.B. um 14,5%. Zieht man einen Lohn ab, wie ihn Millionen von Arbeitern zum Leben haben, so hat ein Abgeordneter des Bundestages seit 1970 immerhin 1377255 DM aufgeschatzt. Wie sich die „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" dazu verhält, zeigt das Bild auch. 5304 DM sind es 1978. Man sieht es kaum.

Haushaltsgeräte sind teuer oder gefährlich

Die Messesonderangebote auf der Hausfrauen- und Familien-Messe „hafa"

Bremen. Wie bereits seit Jahren findet auch in diesem Jahr die „hafa" in Bremen statt, eine Ausstellung für Haushalt und Familie. Bereits nach drei Tagen jubilierte die Presse, daß der diesjährige Ansturm von fast 50000 Besuchern einen Rekord erahnen ließe.

Bei einem Rundgang wird der Zweck dieser Ausstellung schnell klar: Sie ist eine Verkaufsmesse, bei der vor allem große Firmen sind, Standplätze gibt es nur gegen eine Miete, die Firmen, die am meisten zahlen, bekommen die besten Plätze. Daneben tummeln sich altbekannte Betrugsfirmen mit Pfannen und Kochtöpfen, die nicht kleben und sich selbst reinigen, Firmen, die von einer Messe zur anderen reisen; die bürgerlichen Parteien, die „Bürgernähe" suchen, sowie Senat, Polizei und Grenzschutz zum gleichen Zweck.

Das Ganze ist ein großer Rummel, bei dem meist zu überhöhten Preisen oder anscheinend billig verkauft wird. So bietet die Firma Mielke Gewürze an auf der Messe: Ingwer 100 g 2,90 DM, Zimtstangen 25 g 1,60 DM. In einer Bestelliste werden zum Versand die gleichen Gewürze angeboten: Ingwer 100 g 1,30 DM, Zimt 50 g 1,50 DM.

Ähnlich ist es bei Haushaltsgeräten, wo der Preis niedriger erscheint als beim Handel sonst. So findet man bei „real-kauf" Geräte, die nicht mehr dem neuesten Stand entsprechen. Auch das sind dann Messeangebote.

Bei Küchen wird die Tendenz deutlich, die man bei nahezu allen Haushaltsgeräten findet: Entweder gibt es Angebote, die billig sind – dann hat man schlechte Qualität und geringe Sicherheitsvorkehrungen. Zum Beispiel Sie-matic-Küchen mit gehefteten Rückwänden und Schranktüren, die ihre Leichtigkeit durch darin eingearbeitete Wellpappe erhalten. Dann gibt es noch die teuren Küchen, die auch tatsächlich so verarbeitet sind, daß durch Rück- und Seitenwände kein Wasser und Staub geht, die sich nicht verziehen. Sie kosten dann auch entsprechend viel.

Um geeignete Wege zu finden, sich den Haushalt einfacher, zweckmäßiger und billiger zu gestalten, gehen so viele Menschen auf die „hafa". Grundlage dafür ist, daß die Kapitalisten zum Zwecke der Ausbeutung immer mehr Frauen in die Produktion ziehen und nach Bedarf wieder zurückstoßen. Die materielle Existenzgrundlage der Arbeiterklasse hat sich verengt. Das ist einzig und allein der Grund, der die Frauen in die kapitalistische Ausbeutung zwingt, nicht etwa das Ziel, sich mehr und immer neue Haushalts- und „Luxus"geräte anzuschaffen. Auf diese Haushaltsgeräte, die ihr am Feierabend die Arbeit erleichtern sollen, ist die Arbeiterfrau angewiesen. So braucht sich niemand damit zu brüsten, daß z.B. der Waschmaschinenmarkt zu 100% gesättigt ist!

Durch diesen Zwang, sich dem kapitalistischen Ausbeutungsprozeß zu unterwerfen, muß sich die Familie die geeigneten Hilfsmittel anschaffen, auf deren Qualität sie allerdings keinen Einfluß hat. Ihr letztes Auswahlkriterium bleibt der Geldbeutel.

So erfüllen viele der billigen Geräte der Messe nicht einmal die Anforderungen, die sich die Kapitalisten selbst gesetzt haben (z.B. das vde-Zeichen fehlt, also keine Sicherheitsprüfung entsprechend den Bestimmungen des Verbands deutscher Elektriker). Der Kauf solcher Geräte trägt bei zu der hohen Zahl der häuslichen Unfälle: allein 11700 tödliche Unfälle im Jahr 1974 mit steigender Tendenz (nach Senator für Gesundheit und Umweltschutz Bremen). 75% davon sind Frauen, 10% Kinder. Kleinere Unfälle werden gar nicht erst gemeldet.

Das kostet die Krankenkassen zu viel. Daher fängt nun auch Ehrenberg, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, an, „schützend" einzugreifen: „Geprüfte Sicherheit" verspricht er über ein neues Maschinenschutzgesetz und erhofft, das eingesparte Geld einstreichen zu können. Bezahlen soll die Arbeiterklasse.

Nur wenn die Arbeiterklasse die Produktion selbst bestimmt, können solche Erscheinungen beseitigt werden. – (GUV Bremen-Unterweser)

Das Verbot der Nacht- und Feiertagsarbeit ist die wichtigste Aufgabe im Kampf um den Stahl-Manteltarifvertrag

Der Manteltarifvertrag in der Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens ist fristgerecht zum 30. Juni 1978 gekündigt. Die Stahlarbeiter haben allen Grund, für einen neuen Vertrag zu kämpfen. Statt den Kapitalisten Schranken in ihrer Gier nach grenzenloser Ausbeutung der Arbeitskraft zu setzen, erlaubt der gekündigte Tarifvertrag ausdrücklich die Contischicht und damit die völlige Verwandlung der Lebenszeit der Stahlarbeiter in Arbeitszeit für die Kapitalisten. Wie ein Moloch verschlingt die kapitalistische Fabrik die Lebenszeit der Arbeiter. Während ein Teil der Belegschaft völlig übermüdet und ausgepresst abgestoßen wird, um ein, zwei Tage zu ruhen, wird ein anderer, entsprechender Teil nach kurzer Erholzeit in die Fabrik gezogen, um ihn erneut auszupressen. Die freien Tage bei Schichtwechsel sind nur Unterbrechung für den Zweck: die Arbeiter mit wechselnden Schichten an den Maschinen ununterbrochen arbeiten zu lassen und den Strom des Profits, den der Kapitalist aus der Vernutzung der Arbeitskraft zieht, kontinuierlich zu halten. Der ununterbrochene Fluß des Kapitals bedingt die völlige Diskontinuität und Zerrissenheit der Lebensweise der Belegschaft. Je kontinuierlicher die Hochöfen und Walzstraßen laufen, um so zerhackter ist der Lebensrhythmus der Stahlarbeiter. 7 Tage Frühschicht, 1 Tag frei, 7 Tage Spätschicht, 2 Tage frei, 7 Tage Nachtschicht, 4 Tage frei usw. Kontinuierlich ist bloß die Profitproduktion.

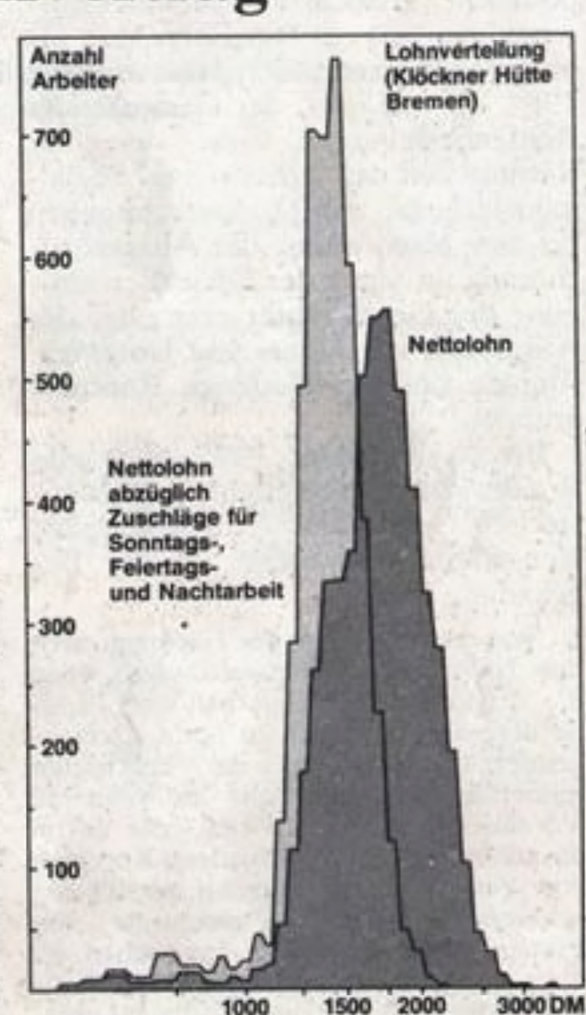
Gesetzliche Grundlage für die Contischicht ist die sogenannte Stahlnovelle, die „Verordnung über Ausnahmen vom Verbot für Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen in der Eisen- und Stahlindustrie vom 7.7.1961“, einer Ausführungsverordnung der Gewerbeordnung. § 1 Absatz 1 legt fest: „In der Eisen- und Stahlindustrie dürfen Arbeitnehmer an Sonn- und Feiertagen beschäftigt werden.“

Diese gesetzliche Regelung der schrankenlosen Freigabe der Arbeitskraft der Stahlarbeiter im Rücken haben die Kapitalisten im Manteltarif für die Eisen- und Stahlindustrie die einzelnen Bedingungen der kontinuierlichen Ausbeutung festgeschrieben: § 4: „Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 40 Stunden im Durchschnitt des Kalenderjahres. Diese Arbeitszeit wird durch Freistellung von 13 Schichten pro Jahr erreicht ... Den Arbeitnehmern ist an 17 Sonntagen eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 40 Stunden und an weiteren 9 Sonntagen von 16 Stunden in der Zeit von 6.00 Uhr bis 22.00 Uhr zu gewähren ... Die arbeitsfreien Sonntage sind nach Maßgabe der betrieblichen Verhältnisse und der Schichtpläne festzulegen.“

Nachdem in den Anfangsparagraphen des Manteltarifvertrages als Grundlegendes die Schranken des Normalarbeitstages beseitigt sind, werden mit der Regelung der stahltypischen Zuschläge die „ökonomischen Anreize“ festgeschrieben, um die permanente Durchbrechung eines regelmäßigen Arbeits- und Lebensrythmus durchzusetzen. Grundlage ist ein Tarif auf den Normalarbeitstag, der zum Leben nicht reicht. Für die Spätarbeit werden 12,5%, für Nachtarbeit 20%, für Samstags früh 70% und Feiertags 100% des Eck- bzw. Effektivlohns gezahlt. Die Zuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit sind steuerfrei. Diese Zuschläge sind unverzichtbarer Teil der Reproduktionskosten der Stahlarbeiter. Mit der Durchsetzung der Contischicht ausgehend vom Hochofenbereich in fast allen Teilen des Stahlwerkes, dehnten die Kapitalisten, indem sie den Lohn auf den Normalarbeitstag drückten, den Anteil dieser stahltypischen Zuschläge am Gesamtlohn der Belegschaft immer mehr aus. Je größer dabei dieser Anteil ist, um so größer ist der ökonomische Zwang zur Nacht- und Schichtarbeit. Heute steht der Lohn der Stahlarbeiter längst nicht mehr an der Spitze der Lohnskala. Die Einführung der Contischicht war das entscheidende Mittel, um ihn zu drücken.

Für die Klöckner Werke Bremen haben wir sowohl die Nettolohnverteilung aufgezeichnet wie die Verteilung der Nettolöhne abzüglich der Zuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit. Im Durchschnitt machen diese Zuschläge einen Anteil von 26% am Gesamtlohn. Man sieht, was der Kapitalist an Nacht- und Schichtarbeit aus den Stahlarbeitern herausholen kann, damit der Arbeiter auf seinen jetzigen Nettolohn kommt, der sowieso elend niedrig ist und durch den 4%-Abschluß weiter gedrückt worden ist. Im Kampf gegen die Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit in der Stahlindustrie liegt in diesem Zulagensystem natürlich die Gefahr der Spaltung. Auf jeden Fall muß der Kampf gegen das Contischichtsystem verbunden werden mit dem Kampf für einen Lohnausgleich, der netto der Summe der jetzigen stahltypischen Zuschläge entspricht. Diese Summe muß für alle gleich in Mark und Pfennig eingefordert werden, wenn der Zwang zur Nacht- und Schichtarbeit gebrochen werden soll. Reichen wird es nicht. Wollen sich die Stahlarbeiter hinter der Forderung nach Verbot der Contischicht einigen, müssen sie sich auch bereits über die Lohnforderung für den Tarifkampf einigen. Sie muß hoch sein und wenigstens einen Mindestbetrag umfassen. – (Z-Red.)

umfassen. – (Z-Red.)



Contischicht – Moloch zur Verwandlung der Lebenszeit in Arbeitszeit für den Kapitalisten

Anzahl Arbeiter

Früh-/Normalschicht, Spätschicht, Nachtschicht

Sa So Mo Di Mi Do Fr Sa So Mo Di Mi Do Fr Sa So Mo Di Mi Do Fr Sa So Mo Di Mi Do Fr

Dargestellt ist die Verteilung der 5 159 Arbeiter der Klöckner-Hütte Bremen auf die Schichten über vier Wochen. Schwarz: Anzahl der Arbeiter in Normalarbeitszeit (682). Gerastert: Verteilung der 2 434 Contischichtarbeiter (Schichtbezeichnung 56/32 und 56/26). Ungerastert: übrige Schichtsysteme.

Das „zweite Fertigungsbein“ der VW-Kapitalisten

Aufgeschatztes Kapital will profitbringend angelegt sein, ob in Rinderfarmen oder Industrieroboterproduktion

Wolfsburg. „Nach Sanierung und Konsolidierung sei VW jetzt in die Phase der Expansion eingeschwenkt. (...) Das macht einen Ausbau des Konzerns erforderlich. (....) Außerhalb der Automobilbranche suchen wir nach einem zweiten Flügel, um etwas unabhängiger von der Entwicklung am Automobilmarkt zu werden“, erklärte der Finanzchef der VW-Kapitalisten Prof. Thomee. Das drückt nichts anderes aus als die grenzenlose Gier der Kapitalisten, auf der Jagd nach dem Höchstprofit möglichst in vielen Bereichen der industriellen Produktion sich den von der Arbeiterklasse geschaffenen Mehrwert anzueignen. Dabei ist es dem Kapital egal, was produziert wird, Hauptsache, es wirft genug Profit ab. Mit dem Aufreißen neuer Anlagesphären kommen die Kapitalisten nicht nur ihrem Drang nach, sondern vielmehr den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Warenproduktion.

Bezeichnend für den Drang ist, daß die VW-Kapitalisten schon früh darangingen, sich in anderen „Geschäftsbereichen“ umzutun.

Allein acht Gesellschaften mit 100% des Gesellschafterkapitals haben die VW-Kapitalisten ins Leben gerufen. Von der VW Leasing GmbH über die VW Kreditbank GmbH bis hin zum VW Wohnungsbau reicht die Palette.

Jetzt soll also ein „zweiter Flügel“ gesucht werden, was gar nicht so neu ist, zumindest in der BRD. So betreibt VW in Brasilien unter dem Tarnmantel der Entwicklungshilfe eine riesige Rinderfarm mit 10000 Rindern 1977, welche in mehreren Jahren sich auf 120000 vermehren sollen (Wolfsburger Nachrichten, 17.11.77). Weiter geplant sind Schlachthöfe, Industrieanlagen und Holzverarbeitungsbetriebe. Ebenfalls soll VW auch Mopeds in Brasilien bauen. Der „zweite Flügel“ in Westdeutschland soll anscheinend die Serienproduktion von Industrierobotern, sogenannten Handhabungsautomaten sein. Schmücker: „Die Entwicklung von Robotern läuft seit zwei Jahren mit gutem Erfolg.“ Ca. 100 solcher Roboter haben die VW-Kapitalisten in der VW AG eingesetzt. Zwei Lieferverträge mit deutschen Vertriebsfirmen sind abgeschlossen. Schmücker: „Selbstverständlich liefern wir die Geräte für jeden.“ Die VW-Kapitalisten gedenken gerade über den Bau solcher Handhabungsautomaten in eine Marktlücke zu stoßen und dick ins Geschäft zu kommen. Sie setzen dabei auf den Drang der anderen Kapitalisten, die Produktion zu automatisieren, um darüber den Lohn der Arbeiter senken zu können. Sie wissen aber auch, daß die anderen Automobilkapitalisten nachziehen müssen in der Automatisierung der Produktion, denn VW ist ihnen dabei einen Schritt voraus und streicht allein den Extraprofit gegenüber anderen Automobilkonzernen ein. In all ihren Bemühungen auf der Jagd nach dem Höchstprofit stoßen die Kapitalisten jedesmal auf das Problem, daß sie immer mehr Kapital in die sachlichen Bestandteile, Maschinen und Baulichkeiten, stecken müssen, d.h. immer höhere Summen müssen aufgewendet werden, um den Arbeiter ausbeuten zu können. Die Rate des Profits, das Verhältnis zwischen eingesetztem Kapital und Profit sinkt, obwohl die absolute Masse des Profits steigt oder steigen kann. Mit der Steigerung der Schweißauspressung und Senkung der Löhne versuchen die Kapitalisten, dieser gesetzmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Warenproduktion entgegenzutreten, um immer wieder vor dem gleichen Dilemma zu stehen. So sind die VW-Kapitalisten zielstrebig darangegangen, die Akkordarbeit auszubauen und den Anteil der Arbeiter in den unteren Lohngruppen aufzustokken. Waren von den 42500 Arbeitern 1972 im Werk Wolfsburg 21000 im Akkord und 21500 im Zeitlohnbereich, so sind es 1977 28000 im Akkord und 14000 im Zeitlohn. Waren von den 1972 42591 Arbeitern 6637 in den unteren Akkordgruppen bis Lohngruppe 3B (2105,10 DM brutto) und 8331 im Zeitlohn bis Lohngruppe 6H (2173,18 DM brutto), insgesamt also 35% der Lohnbelegschaft, so waren es 1977 insgesamt schon 9,79% der Lohnbelegschaft mehr in den unteren Lohngruppen (Lohnberechnung Stand 1978).

Die VW-Kapitalisten mußten zwei von fünf Entlassungen zurückziehen

Wolfsburg. Zwei fristgerechte Kündigungen hat jetzt die VW AG zurückgenommen. Hatten sie noch allen fünf Arbeitern nach dem Streik in Briefen einheitlich mitgeteilt, Entlassung: „Gründe, die in ihrer Person liegen“, so mußten sie jetzt zwei Entlassungen zurücknehmen, unter anderem gegen den Genossen Rose, Landtagskandidat des KBW im Wahlkreis Wolfsburg I. Vor einer Woche haben sie bereits die erste Kündigung zurückgenommen, in den letzten Tagen die zweite. Der Kampf gegen die anderen Entlassungen wird weitergeführt.

Die zweite Möglichkeit, die sich für die Kapitalisten, vor allem solchen Monopolen wie dem VW-Konzern, ergibt, dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzutreten, ist es, das aufgeschatzte Kapital abzuziehen und in solchen Bereichen unterzubringen, in denen die Profitrate höher ist als der gesellschaftliche Durchschnitt. Allem Anschein nach ist solch ein Zweig die Produktion von Industrierobotern. Dieser Zweig ist in der Tat neu und sehr vielversprechend für die Profitaussichten, vor allem für den, der das Monopol und die Patente für die Produktion hat. Und die VW-Kapitalisten haben die Patente für ihre Roboter. An Kapital wird es den VW-Kapitalisten auch nicht fehlen. Der Nettojahresüberschuß von 1,125 Mrd. DM 1977 drängt geradezu, profitbringend angewandt zu werden. 41 Stück solcher Industrieroboter sind gegenwärtig im Wolfsburger Werk eingesetzt und 70 ist die augenblickliche Planung. Drei solcher Dinger sollen vorerst pro Woche hergestellt werden. Der Serienproduktion kann an sich auch nichts im Wege stehen. Die von VW bisher entwickelten Robotertypen für verschiedene Tätigkeiten sind ausnahmslos alle nach einem baukastenähnlichen Prinzip konstruiert, wobei der Korpus bei allen gleich ist, nur die verschiedenen Greifarme sowie Achsen für Bewegungsabläufe und Verfahrenseinheiten sind andersartig, aber austauschbar. Alles das läßt auf eine Serienproduktion schließen, wobei ähnlich der Motormontage eine Montage der Roboter unter Akkord und Fließband nicht auszuschließen und durchaus möglich ist.

Verschärfte Ausbeutung der Arbeiter in den VW-Automobilwerken, um für dieses Programm das nötige Kapital, was neben dem Aufgeschatzten nötig ist, herauszupressen. Dazu sollen schon einmal die Erkenntnisse der Roboterfertigung genutzt werden, was neuerlich die geplante Umstellung der Lackierstraßen in automatische belegt, wo von 20 Arbeitern 10 wegfallen sollen und deren Lohngruppe letztendlich gedrückt wird. Verschärfte Ausbeutung der Arbeiter in den Industriezweigen, wo solche Industrieroboter eingesetzt werden sollen.

Da hat es sich also nichts mehr mit der Ideologie, daß, wenn es den Kapitalisten gut geht, es den Arbeitern gut geht, weil die Kapitalisten dann wieder investieren. Investiert wird nur da, wo es Höchstprofit einbringt. Das liegt an den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Warenproduktion, wie es auch an der kapitalistischen Produktionsweise liegt, wenn jeglicher Fortschritt in der Produktion von den Kapitalisten genutzt wird, die Arbeitsqual und die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu erhöhen.

Zeit wird es, daß mit diesen faulen kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen Schluß gemacht wird, wobei den Kapitalisten Schranken gegen die Verschärfung der Ausbeutung gesetzt werden können. Die Grundlage ist immer der ausreichende Lohn auf den Normalarbeitstag, mit dem auch Schmücker und den VW-Kapitalisten die „Flügel“ gestutzt werden können. – (Betriebszelle VW Wolfsburg)

Gemeinsamer Streik in fünf Branchen

Am 18. Mai traten in der zweitgrößten spanischen Stadt Barcelona insgesamt 750000 Arbeiter von fünf Branchen in einen eintägigen Streik. An der gemeinsamen Aktion zur Durchsetzung neuer Tarifverträge beteiligten sich die Arbeiter der Metall-, Bau- und Textilindustrie sowie die Lohnabhängigen in den Hotels und bei der Stadtreinigung. Die Textilarbeiter waren im ganzen Land zum Streik aufgerufen, die anderen Branchen nur in der Provinz Barcelona. Von den 400000 spanischen Textilarbeitern sind 70% in Katalonien beschäftigt, der Region im Nordosten Spaniens, deren Hauptstadt Barcelona ist. In einigen Zweigen der Textilindustrie sind die Verhandlungen bereits abgeschlossen, die Gewerkschaften weigern sich aber zu unterschreiben, bis in allen Zweigen der neue Vertrag durchgesetzt ist. In der Metallindustrie fordern die Arbeiter 8500 Peseten (ca. 220 DM), die Kapitalisten wollen nur 2000 Peseten (ca. 52 DM) zahlen und lehnen die Forderungen nach Wiedereinstellung von wegen politischer und gewerkschaftlicher Betätigung entlassenen Arbeitern und nach gewerkschaftlichen Rechten ab. Seit langem hatten die klassenbewußten Gewerkschafter eine Vereinigung der Kampfkraft dieser wichtigen Branchen im Lohnkampf gefordert. 200000 Arbeiter demonstrierten am 18.5. unter dem Gesang der Internationale durch die Innenstadt Barcelonas.

Belgische Stahlarbeiter belagern „Tafelrunde“

1000 Stahlarbeiter aus den wallonischen und flandrischen Stahlbetrieben sind am 20. Mai nach Brüssel gekommen und haben die „Tafelrunde“ belagert, das Spitzengespräch zwischen Stahlkapitalisten, Banken, Regierung und Gewerkschaftsführungen über die Rationalisierung der belgischen Stahlindustrie. Dreimal haben die demonstrierenden Arbeiter die Polizeiketten durchbrochen, bis sie schließlich mit vorgehaltenem Gewehr, Knüppel und Wasserwerfer vor dem Egmont-Palast, wo die „Tafelrunde“ tagte, auseinandergetrieben wurden. – Die sozialistischen und christlichen Gewerkschaftsführer haben sich auf die Entlassung von 6900 bis 8500 Arbeitern bis 1980 festlegen lassen, gegen die „Zusage“ von Milliardensubventionen für die Stahlbetriebe. Schöne Zusage! Es ist die Zusage, die Ausbeutung in den Betrieben drastisch hochzutreiben. Die entlassenen Arbeiter sollen aus Steuermitteln gewisse
Arbeiter sollen aus Steuermitteln gewisse
Entschädigungen erhalten. Die Banken wollen mit weiteren staatlichen Milliarden in den alten Zentren der wallonischen Stahlindustrie über Holdings eine Reihe neuer Industrien aufziehen – aber natürlich nur, wenn das Kapital geschenkt und die Ausbeutung „wettbewerbsfähig“ ist! Vor allem die sozialistischen Gewerkschaftsführer haben diese kapitalistische „Restrukturierung“ zum Hauptziel des Kampfs erklärt. Zwei Tage vor dem 20. Mai haben sie in Lüttich eine „eigene“ Kundgebung abgehalten und dort gegen die Demonstration in Brüssel gehetzt, die das Werk von „Extremisten“ sei.

Marseille: Die Schließung der Terrin-Werften wird bekämpft

Am 19. April verläßt die erste Ratte das sinkende Schiff: Der Generaldirektor der Terrin-Gruppe tritt ab und kündigt damit den Zusammenbruch und die Schließung der größten französischen Schiffsreparaturwerft an. Trotz in den letzten Jahren drastisch gesenkter Löhne, trotz überlanger Arbeitszeit, trotz Millionen staatlicher Subventionen ist den Kapitalisten die Ausbeutung der 4500 Werftarbeiter nicht mehr lohnend genug. 825 Arbeiter sollen aufs erste entlassen werden. Kaum sind die Pläne bekannt, treten die Arbeiter am 26. April in den Streik. Am 27. April – die Geschäftsleitung erklärt sich außerstande, die Löhne für April voll auszuzahlen – besetzen 1000 Arbeiter das Hauptwerk. Bis zum 2. Mai sind 13 Terrin-Betriebe in Marseille besetzt. Die Arbeiter anderer Reparaturwerften verweigern jede Streikbrecherarbeiten. Überhaupt ist die Unterstützung groß, denn durch die Schließung der Terrin-Werften sind weitere 5000 Arbeiter von Zulieferbetrieben direkt betroffen, verstärkt sich der Druck auf die Arbeiter in Marseille und Umgebung gewaltig. 26 Tage dauert der Streik. 26 Tage, in denen die Revisionisten der PCF unermüdlich auf Abbruch des Streiks drängen, weil er die „Atmosphäre“ für Verhandlungen über weitere staatliche Subventionierung beeinträchtige. Am vergangenen Montag beschloß dann eine Betriebsversammlung mehrheitlich die vorläufige Aussetzung des Streiks. Der Kampf gegen die Schließung der Werft geht jedoch weiter: Die Terrin-Arbeiter verweigern alle sofort wieder von ihnen verlangten Überstunden, sowie alle Nacht-, Samstags- und Sonntagsarbeit.

„Heidi" – wie gerufen für die bürgerlichen Politiker aller Couleur

Der Prädikatfilm „Heidi" stellt das einfache, „glückliche" Leben von Heidi in einem verarmten Schweizer Bauerndorf und das luxuriöse, „unglückliche" Leben einer gelähmten Konsultochter Klara in Frankfurt am Main dar. Der Film wurde Anfang der 60iger Jahre gedreht.

In der Schweiz. Ein alter Bauer wohnt mit Heidi abseits vom Dorf ohne Straßenanschluß in einer bescheidenen Almhütte, ohne sanitäre Einrichtungen. Sein naturverbundenes Glück besteht darin, durch eine primitive Landwirtschaft (Handarbeit ohne Maschineneinsatz) sein Dasein zu fristen.

In Frankfurt am Main. Da die Konsultochter gelähmt ist, soll sie natürlich nach Wunsch des alten Vaters eine lebensfrohe Gespielin haben, die zur Erleichterung ihres traurigen Zustands beiträgt. Ausgewählt wird Heidi. Zur Fahrt nach Frankfurt wird sie verführt. Das Konsulhaus strotzt vor Reichtum. Aber sämtlicher Reichtum hilft nicht, die Lähmung zu überwinden, nur Heidi kann das Wunderwerk vollbringen, da sie wohl durch einfaches Leben glücklich ist.

Das wahre Glück auf Erden liegt im einfachen, billigen Leben, das ist die reaktionäre Losung sämtlicher bürgerlichen Parteien, auch der GLU. Die Massen sollen in zunehmender Verelendung ihr Glück sehen, damit die Kapitalistenklasse im Handelskrieg um Weltmarktanteile ungehindert ihre imperialistischen Ziele nach Expansion und Kriegsvorbereitung durchsetzen kann. Bedingung dafür ist der Lohnraub, verschärfte Ausplünderung der Massen durch den bürgerlichen Staat und Unterdrückung der Kämpfe des Proletariats.

Die Kirche mit den Pfaffen als himmlische Würdenträger auf Erden, soll das irdische Jammertal durch den Weg ins glorreiche Jenseits erhellen, die seelischen Nöte lindern.

Dieser reaktionäre Film empfiehlt die christliche Nächstenliebe und Fürsorge zur Linderung und propagiert die Unfähigkeit der arbeitenden Massen, ihre politischen Angelegenheiten in die eigenen Hände zu nehmen, die Bourgeoisherrschaft zu stürzen und planmäßig die gesellschaftliche Produktion nach Gebrauchsgütern aufzunehmen.

Ob mit naturverbundenem Regenschirm oder buntem Schmetterling, die politische Linie des GLU-Programms könnte aus dem reaktionären Heidi-Film entspringen. „Die naturbedingten Grenzen unseres menschlichen Lebens müssen zum Maßstab für unser Handeln werden. Grenzenloses Wachstum und künstlich gesteigerte Bedürfnisse vernichten schon heute Lebensgrundlagen. Verkürzung der Arbeitszeit in Richtung auf die 35-Stunden-Woche (ohne Lohnausgleich), Sparsamkeit fördern mit Stromtarifgestaltung (also Verteuerung, Schmidts Vorschlag ein Tag fernsehfrei), statt teure Altenheimplätze aus Steuergeldern zu finanzieren, sollen die Gelder lieber zur Integration alter Menschen in Familien verwendet werden, ähnlich bei Kinderkrippenplätzen." In Braunschweig ruft der KB/Nord zur Wahl der GLU auf, auch die Arbeiterkämpfer wollen ihren Beitrag „leisten zur Aufhebung der Polarisierung zwischen rechts und links, für eine neue Solidarität, die die Gefahren" erkannt hat.

„Reine Luft, sauberes Wasser, eine gesunde Natur sind Kapital für die Zukunft," meint die FDP. „Unser Niedersachsen, ein schönes Land, urwüchsig, aktiv und heute vor allem sozial," sagen CDU und SPD. Verständnisvoll für die Nöte des Volkes, als Kämpfer für ein soziales und sicheres Niedersachsen – unter diesem demagogischen Mantel versuchen sie, das Volk zu gewinnen für die Interessen der Kapitalisten, deren politische Vertreter sie sind zur Vernichtung der Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse. – (Zelle Altstadtring/GUV – Südostniedersachsen)

Jetzt sollen die Witwen und Witwer rentensaniert werden

„Nicht die kleinste Andeutung einer politischen Absicht oder gar einer Entscheidung" gibt es laut Ehrenberg für eine Besteuerung der Renten nach 1984. Er erläutert, der Gedanke der Rentenbesteuerung käme aus einer Kommission des Arbeits- und Sozialministeriums, die Modellrechnungen für eine Neuordnung der Altersversicherung im Sinne der Gleichberechtigung der Geschlechter erarbeite, des Ausgleichs von Über- und Unterversorgung bei verschiedenen Rentnergruppen.

Bereits im März 1975 hatte das Bundesverfassungsgericht das Ministerium mit einer entsprechenden Neuordnung beauftragt. In der Begründung heißt es:

„Witwerrente erhält der Ehemann nach dem Tod seiner versicherten Ehefrau, wenn die Verstorbene den Unterhalt ihrer Familie *überwiegend* bestritten hatte. Demgegenüber erhält die Witwe des Versicherten Hinterbliebenenrente *ohne* die genannte Voraussetzung. Dieses Urteil gehe davon aus, daß durch die verschiedene Regelung von Witwen- und Witwerrente nur ein verschwindend geringer Prozentsatz von Frauen bevorzugt werde. Inzwischen sei aber der Anteil der abhängig erwerbstätigen verheirateten Frauen an der Gesamtzahl erheblich gestiegen." (Von 7,5% 1950 auf 30% 1973.) Indes „wirke sich der Anstieg der Erwerbsquote auf den Unterhaltsbedarf der Witwe im allgemeinen nicht sogleich, sondern erst mit beträchtlicher zeitlicher Verzögerung aus."

Entsprechend wurde für 1984 die Neuregelung in Auftrag gegeben. Der Arbeits- und Sozialminister Walther Arendt erklärte damals gegenüber dem Bundesverfassungsgericht:

„Es sei die Einführung einer *unbedingten* Witwerrente eine sehr kostspielige, zu Beitragserhöhungen zwingende und nicht allein in Betracht kommende Ersatzlösung. Vielmehr müsse dem Gesetzgeber die Freiheit gelassen werden, *die erschwerenden Voraussetzungen* auf die Witwenrente *zu übertragen* oder eine ganz andere Regelung, etwa im Sinne einer eigenständigen Sicherung der Frau zu treffen."

Damit liegt die Stoßrichtung der Sanierung fest, und sie stützt sich auf Ausarbeitungen des von linken Sozis gegenüber Ehrenberg so hochgehaltenen Arendt. Mit entsprechender „Zielprojektion" hat jetzt die DAG ihr Modell vorgelegt. Die Unterversorgung, das meint die elend niedrigen Witwenrenten von 60%, die noch durch Sozialhilfegelder „ausgeglichen" werden müssen, sollen aufgestockt werden.

Den Frauen soll für die Dauer von drei Jahren Kinderaufzucht eine Rente für Kindererziehung gezahlt werden. Finanziert werden soll diese Rente durch den Bund. Dabei weiß die DAG als Mitglied des Sozialbeirates genau, daß es im 21. Rentenanpassungsgesetz heißt, „daß Bundeszuschüsse nur bei vorherigen Maßnahmen zur Einkommens- und Ausgabenseite" in Frage kommen, d.h. die Beiträge zur Kinderaufzucht aus höheren Beiträgen oder zusammengestrichenen Leistungen finanziert werden müssen. Nach DAG-Modell käme also zur 60prozentigen Witwenrente die Rente für Kindererziehung hinzu. Wir notieren, daß im Effekt *Sozialhilfegelder* bei den Niedrigrenten *eingespart werden* auf Kosten von weiteren Leistungseinschränkungen und/oder Beitragserhöhungen. Weiter notieren wir, daß aus dem Problem der *Unterversorgung* jetzt eins der *Überversorgung* geworden ist, besteht dieses doch im Doppelbezug, der Kumulierung zweier Renten. Dagegen ist die DAG, um „Privilegien auf Kosten der Solidargemeinschaft abzubauen". Man solle von der starren 60%-Regelung abgehen, so daß „das eigene Einkommen des Hinterbliebenen durch Hinterbliebenenrente je nach Bedarfsfall bis zu höchstens 75% des vor dem Tod des Ehepartners vorhandenen Familieneinkommens aufgefüllt wird." Damit wäre zugleich erfüllt, was Arendt schon sah und wie das „Handelsblatt" den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts formulierte, „daß nämlich der Mann seine 100% Rente behält, auch wenn er Witwer wird." Die Witwerrente ist zu hoch, und die Witwenrenten werden tendenziell durch den Anstieg der erwerbstätigen Frauen mit eigenem Rentenanspruch durch Kumulation mit der Witwenrente aus dem Anspruch des Mannes steigen. Das ist das Problem. Im wachsenden Maß wird Rentenbeitrag gezahlt, und der Moment kommt, wo im wachsenden Maß wieder Renten ausgezahlt werden müssen. Das Bundesverfassungsgericht hatte schon darauf hingewiesen, daß eine „Ernährungsabhängigkeit" bestehen müsse für die Zahlung von Hinterbliebenenrente. Das DAG-Modell bietet sich an, hier in Mark und Pfennig die Grenze der „Ernährungsabhängigkeit" staatlicherseits festzulegen und durch die Aufhebung der Kumulation eigener mit Hinterbliebenenrente – mindestens soweit, daß die Grenze der „Ernährungsabhängigkeit" erreicht wird – einen fetten Reibach aus den Kassen zu machen. Für die Festlegung der „Ernährungsabhängigkeit" gibt es ja auch schon längst gestandene Erfahrungen – den Sozialhilfesatz. Darauf soll das Gerede vom Ausgleich der Unter- und Überversorgung bei den Hinterbliebenenrenten hinauslaufen. – (Z-Red.)

Gehhilfen und Essen auf Rädern statt Pflege im Altenheim und Krankenhaus

Die Zahl der alten Menschen, die in Heimen leben müssen, ist von 1969 auf 1971 von 288795 auf 324841 gestiegen. Der Mietwucher trifft gerade die Rentner besonders. Der Anteil der Mieten an der Rente ist von 13,6% im Jahr 1954 auf 19,7% in 1975 gestiegen (12,7% Mietanteil bei mittleren Einkommen der Arbeiter, nach Presseamt der Bundesregierung).

Wir hatten angenommen, daß diese Entwicklung viele alte Menschen erst recht zwingt, die zu teure Wohnung aufzugeben und in ein Heim zu gehen. Die offiziellen Angaben über fehlende Plätze in Altenwohnheimen, Altenheimen und Pflegeheimen zwischen 1960 und 1965 bestätigen das auch; der „Deutsche Städtetag" ging von 8% aller Rentner aus, die einen Heimplatz brauch (gegenüber 4% vorhandenen). In einer Vorlage des Sozialamts Hannover von 1967 für den Rat der Stadt zur „Altenhilfe" heißt es heuchlerisch: „Eine der wichtigsten Aufgaben neuzeitlicher Sozialpolitik ist es, für die älteren Mitbürger moderne Wohn-, Heim- und Pflegeeinrichtungen zu schaffen." In diesem Bericht wird festgestellt, daß bei 3375 vorhandenen Heimplätzen bis 1975 ein Fehlbedarf von 7551 Plätzen besteht.

Die Gemeinheiten der Bourgeoisie hatten wir allerdings unterschätzt bei der „Lösung dieses Problems". Der Bundestag hat am letzten Mittwoch das Krankenhausfinanzierungsgesetz beschlossen, in dem die Streichung von 50000 „nicht belegter" Krankenhausbetten vorgesehen ist. Für die Rentner ist dann da kein Platz mehr. Die Lösung für die fehlenden Altenheimplätze ist inzwischen auch gefunden.

In einer im Auftrag der Rheinland-Pfälzischen Landesregierung durchgeführten Erhebung wird von falschen Ideen bei der Frage der Altenheimplätze gesprochen und statistischem Irrtum, „die Zahl der Voranmeldungen für freiwerdende Altenheimplätze hat sich als völlig ungeeigneter Maßstab erwiesen". Statt der vorher rund 8% Rentner, die einen Heim- oder Pflegeplatz brauchen, wird die Zahl auf „maximal 6%" nach unten korrigiert. Die Beweggründe für solcherlei neue „wissenschaftliche Erkenntnisse" kann man in einem Aufsatz von Jochen Friedrich, Leiter der Heimabteilung im Sozialamt Hannover, finden: „Es hat sich aber gezeigt, daß Bau und Betrieb von Altenheimen sehr teuer sind. Mag es auch gelingen, derartige Projekte zu finanzieren, so steht immerhin doch eines fest: Die hohen Folgekosten, die zu längst unzumutbaren Pflegesätzen geführt haben, ... (die) in immer stärkerem Maße von der Öffentlichen Hand aufgebracht werden müssen, zwingen dazu, neue Wege in der Altenhilfe zu suchen." Als Bestandteil dieses „Neuen Weges" preist der saubere Herr den Bau eines Rehabilitationszentrums für die Alten (GRZ) nach dänischem Vorbild. „Die Krankenhäuser werden entlastet, langfristig werden weniger Heime benötigt." Wie billig dieses „Rehabilitationszentrum" wird, enthält der Finanzierungsplan. Von den 12,5 Mio. (weil alle notwendigen Versorgungseinrichtungen vorhanden sind) wird der Bund 3 Mio. wegen „der richtungsweisenden Konzeption" übernehmen, 6,2 Mio. die Niedersächsische Toto- und Lottostiftung, also die Massen selber, den Rest das Land und die Stadt Hannover. Die Arbeitsweise des GRZ: „Zwar ist eine laufende ärztliche Mitwirkung erforderlich, der Schwerpunkt liegt aber im *sozialen Bereich* und *in einem ausgeklügelten Zusammenwirken vieler Dienste.*" Alle Rentner, die einen Heimplatz suchen, sollen über dieses Zentrum laufen. Ein Stab von Ärzten, Psychologen, Sozialarbeitern und Therapeuten legt dann fest, welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Alten dazu zu kriegen, wieder in ihre vier Wände zu gehen. Es werden ihnen „Greif- und Gehhilfen" verpaßt, ein Hausarzt, Einkaufen und Verkehrserziehung geübt, „Essen auf Rädern" versprochen. Jochen Friedrich vom Sozialamt Hannover kalkuliert 70 bis 80% aller Fälle, die man sich so vom Hals schaffen kann und etwa 41 Tage im Schnitt, die man braucht, um die Alten dazu zu überreden.

Langer Anlauf für einen erneuten großen Steuerbetrug

Gegenwärtig steht die kleinmütige „Kritik" an der gewaltigen Ausplünderung vermittels des Steuersystems und an den wuchernden Spitzfindigkeiten dieses Gebildes – wie vom „Bund der Steuerzahler" und vom Verband der Steuerberater vorgetragen – hoch im Kurs. Ihr Ergebnis war, daß die Bundesregierung eine günstige Situation fand, ihre neuen Steuerraubpläne zu verkünden.

Anfang letzter Woche erklärte Finanzminister Matthöfer auf dem „Deutschen Steuerberaterkongreß", es könne keinen Streit darüber geben, daß „die Progressionswirkung kontinuierlicher als bisher gestaltet werden sollte und Anpassungen an die nominellen Steigerungen der Einkommenspyramide vorgenommen werden müssen". Und einen Tag später schlug Matthöfers freidemokratischer Amtskollege, Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff, in die gleiche Kerbe. Er sprach auf der Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) in Westberlin. Von weiteren Ausgabeprogrammen halte der Minister nichts, berichtete die „Frankfurter Allgemeine" vom 24. Mai. Er „verspricht sich demgegenüber von einer Reform des Einkommenssteuertarifs, über die die Regierung allerdings noch keine Beschlüsse gefaßt habe, größere belebende Wirkungen".

Zweierlei weiß man damit: Erstens steht die Lohnsteuer im Zentrum der Steuerpläne der Regierung, zweitens soll ein durchgehend progressiver Tarif eingeführt werden.

Eine Änderung der Einkommenssteuer bei gleichzeitiger Erhöhung der Mehrwertsteuer hatte auch schon der Sachverständigenrat im November gefordert. Im „Frühjahrsgutachten" haben die fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute die Forderung Ende April erneuert:

„Für eine nachhaltige Besserung der Erwartungen erscheint die Korrektur des Einkommenssteuertarifs von erheblicher Bedeutung. Sie sollte so rasch wie möglich realisiert werden. Vordringlich ist die Beseitigung des Tarifsprungs von der Proportional- und Progressionszone, um bestehende Leistungshemmnisse für Bezieher unterer und mittlerer Einkommen abzubauen."

Für die Berechnung der Lohnsteuer werden zunächst vom steuerpflichtigen Lohn die Freibeträge abgezogen. Es bleibt das zu versteuernde Einkommen. 3300 DM (aufs Jahr gerechnet) hiervon sind steuerfrei. Sodann wird die Teilmenge des Lohnes, die zwischen 3300 und 16000 DM liegt, mit 22% besteuert. Dieser Bereich wird Proportionalzone genannt, denn hier steigt die Steuer im selben Verhältnis (proportional) wie der Lohn. Erhöht sich der Lohn – wegen einer allgemein erkämpften Lohnerhöhung oder durch Überstundenschinderei –, so wird dieser Lohnteil mit demselben Satz besteuert wie der vorige Lohn auch.

Ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 16000 DM beginnt die Progressionszone. Mit Zunahme des Einkommens steigt auch der *Steuersatz*. Die erste Teilmenge des Einkommens über 16000 DM wird mit 30,8% besteuert und bei jeder weiteren Teilmenge wird ein höherer Anteil weggesteuert. Daher ist auch bei einer Erhöhung des Lohnes die Besteuerung des neuen Lohnteils höher als beim alten. Von jeder weiteren Überstunde bleibt netto weniger.

Tarifsprung nennen die Steuereintreiber den Beginn der Progressionszone, wo die Besteuerung des letzten Lohnteils von 22 auf 30,8% springt. Dieser Sprung liegt in Steuerklasse I und IV (die Freibeträge der Lohnsteuertabelle eingerechnet) bei 1700 DM monatlichem Bruttolohn.

Den Bourgeois bringt diese Steuerprogression ständig steigende Lohnsteuermilliarden. Allein um die amtlich zugestandene Preissteigerungsrate auszugleichen, hätte ein Metallarbeiter mit Durchschnittslohn seit 1975, dem Inkrafttreten der „Großen Steuerreform", eine Lohnerhöhung von 230 DM pro Monat haben müssen. Dank Steuerprogression zahlt er für diese 230 DM einen höheren Steuersatz als für den alten Lohn.

Jahr für Jahr sind mehr Lohnabhängige in die Progressionszone geraten. Bei der Einführung des Steuertarifs in der jetzigen Gestalt mit Proportional- und folgender Progressionszone im Jahre 1958 unterlagen nach Angaben der damaligen Regierung etwa 95% aller steuerbelasteten Personen dem Proportionalsteuersatz. 1975 ging der Finanzausschuß des Bundestages von einem solchen Anteil von 65% aus. Und nach Angaben des Finanzministeriums ist der Anteil der Lohnsteuerpflichtigen, die nach dem Proportionalsteuersatz besteuert werden, im vergangenen Jahr von 66 auf 59% gesunken, und bis 1980 sollen es noch 40% sein. Eine bis eineinhalb Millionen Lohnabhängige werden danach pro Jahr in die Progressionsfalle getrieben.

Trotz dieser Räubererfolge ist die Freude der Bourgeois an dieser hinterlistigen Gestaltung des Steuertarifs keinesfalls ungetrübt. Es ist nicht einfach so, daß die Bourgeoispolitiker um so glücklicher wären, je mehr Lohnabhängige in eine möglichst scharfe progressive Besteuerung geraten. Denn grundlegendes Interesse der Kapitalistenklasse ist die größtmögliche Ausbeutung der Arbeiterklasse, und daher ist ihnen die Hauptsache die Senkung des Lohnes. Und erste Bedingung, damit dies nachhaltig gelinge, ist die Spaltung der Arbeiter – und dieser wirkt die progressive Besteuerung bis zu einem gewissen Grade entgegen.

Von den höheren Löhnen wird ein relativ höherer Teil weggesteuert, und also liegen die Nettolöhne der Arbeiter dichter beieinander als die Bruttolöhne, die der Kapitalist zahlen muß. Insbesondere ist der Tarifsprung bei etwa 1700 DM für die Bourgeois-Strategen insofern ungünstig, als er die Facharbeiterlöhne „sprunghaft" den unteren Lohngruppen annähert. Ganz gegen die Absicht seiner hinterhältigen Erfinder fördert so der jetzige Steuertarif die Einheit der Lohnabhängigen. Wir hatten darauf schon bei der Auswertung unserer Steuerberechnungen hingewiesen.

Wenn die Bourgeois-Propagandisten nun von „Beseitigung der Leistungshemmnisse des Steuersystems" reden, so haben sie im Kopf: „Die Hemmnisse des Steuersystems für die Spaltungsmöglichkeiten müssen reduziert werden." Als Vorzug der Proportionalzone nannte der Regierungsentwurf des Jahres 1958: „Gerade wenn es sich um das Aufsteigen in eine höhere Lohnstufe, vor allem aber um Mehrarbeit handelt, können sich günstige psychologische Folgen ergeben." Diese Vorteile zu erhalten, ohne die Vorteile der Progressionsfalle aufzugeben, dies ist die Absicht der jetzt anvisierten Steuerreform. Die richtige Tarifgestaltung hierfür scheint den Bourgeois der durchgehend progressive Tarif mit ständiger Zunahme des Steuersatzes ab 3300 DM Jahreseinkommen zu sein.

Die CDU/CSU hat im Finanzausschuß zu Beginn des Monats die Einführung eines solchen Tarifs ab 1.1.1979 verlangt. Der bayrische Finanzminister Streibl hat letzte Woche ein weiteres Modell nachgereicht. Die Bundesregierung hatte für einen solchen Tarif bereits im Rahmen ihres Tarifberichts Januar 1977 mehrere Modelle ausgeknobelt. Damals noch sprach sie sich „im Augenblick" gegen einen solchen Tarif aus. Jetzt hat Rudolf Augstein diesen eineinhalb Jahre alten Regierungsbericht leicht kürzen und in der vorletzten Ausgabe des „Spiegel" als Artikel, der brandheiße Nachrichten verspricht, abdrucken lassen. Neben den zitierten Äußerungen der Minister Matthöfer und Lambsdorff ist dies ein untrügliches Zeichen, daß die Bundesregierung ein Gesetzgebungsverfahren einleitet, an dessen Ende eine Steuerreform stehen soll, die den großen Betrug von 1975 noch weit in den Schatten stellt. Vom ersten Augenblick an muß man solchen Plänen entgegentreten und die in Gang gesetzte Diskussion nutzen, um die Forderungen der Arbeiterklasse zu stärken. – (Z-Red.)

EG-Milchschlachtprämien erhöht und verlängert

Die kleinen Milchbauern werden vernichtet – der Butterberg wächst

Am 11. Mai hat der EG-Ministerrat beschlossen, die Abschlachtaktion für Milchkühe („Abschlachtprämie") ohne Frist zu verlängern. Die Prämien sollen weiter erhöht werden.

Bis Ende April, dem ursprünglich vorgesehenen Abschluß der Aktion, waren in der BRD 174300 Kühe zum Abschlachten gemeldet. Mehr als ein Drittel davon stammt aus Niedersachsen. Rund 5700 Bauern, die hier bisher Milch produzierten, schaffen ihre Kühe ab. Landwirtschaftsminister Glup lobt, daß Niedersachsen damit „an der Spitze aller Bundesländer und, auf die Fläche und Kuhzahl bezogen, auch in der EG (liegt) ... Es fällt auf, daß zunehmend kleinere Milchkuhbestände angemeldet wurden, die nach den Unterlagen unterdurchschnittliche Milchleistungen aufwiesen." (Land und Garten, 25.5.78)

Die Abschlachtaktion war ursprünglich damit begründet worden, die überschüssige Produktion von Milch, Butter und Magermilchpulver einzuschränken. In Wahrheit sollen durch Vernichtung der Produktionsmittel mehr Klein- und Mittelbauern von ihren Höfen vertrieben werden. Damit einhergehend sollen immer größere spezialisierte Höfe entstehen, die im Konkurrenzkampf zwischen den EG-Staaten bestehen können.

Daten zur Milcherzeugung in Niedersachsen

Zahl der Milchkühe '76	**1,030 Mio.**
Änderung gegen '73	**–0,2%**
Zahl der Milchproduzenten '76	**83500**
Änderung gegen '73	**–15,7%**
Milchproduktion '76 in t	**4,79 Mio.**
Änderung gegen '73	**7,1%**

Der Konzentrationsprozeß in der Milcherzeugung hat in den vergangenen Jahren bereits dazu geführt, daß immer weniger Bauern immer mehr Milch produzieren. Durch Einkreu-
immer weniger Bauern immer mehr Milch produzieren. Durch Einkreu-
zung amerikanischer Rinder wurde die durchschnittliche Milchleistung je Kuh um jährlich rund 100 kg auf 4750 kg gesteigert. Neue Techniken in der Milchproduktion machen die Betreuung von 60 bis 100 Kühen durch einen Mann möglich. Gewaltige Kapitalmassen müssen dafür investiert werden.

Die Abschlachtaktion soll die Enteignung der kleinen selbständigen Produzenten und die Konzentration der Milcherzeugung in Großbetrieben rasch vorantreiben, mit dem Ziel, in der Landwirtschaft die Ausbeutung von Lohnarbeit breit durchzusetzen. Unerträglich ist es der Kapitalistenklasse, zu sehen, daß gerade durch die Produktion von Milch sich viele Kleinbauern noch selbständig halten können. Glup freut sich, daß die Abschlachtprämien in Niedersachsen eine tüchtige Bresche geschlagen haben:

rund 10% des Kuhbestandes von 1076 werden abgeschafft, 5700 Milchproduzenten (knapp 6%) hören auf. Der Minister, selbst Großbauer im Emsland, weiß und sagt auch schon, daß durch Aufstockung von Kühen in anderen Betrieben und weiter steigende Leistungen die Gesamtzahl der Kühe kaum abnehmen wird und die Erzeugung von Milch ansteigen wird.

Die Milchproduktion „soll in bestimmten Regionen konzentriert werden, um dort durch Ansiedlung von Ernährungsindustrien „regional gezielt für eine Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe" zu sorgen und „verstärkt marktgängige Milcherzeugnisse herzustellen." „Vorteile gilt es im Verdrängungswettbewerb für unsere heimische Land- und Ernährungswirtschaft auszunutzen." (Land und Garten, 25.5.)

Regional hat sich die Abschlachtaktion unterschiedlich ausgewirkt, wie die folgende Tabelle an Beispielen zeigt: In den südhannoverschen Ackerbaugebieten, zugleich industriellen Ballungsräumen werden, bis zu 20% aller Kühe abgeschafft. Dort ist bereits in den vergangenen Jahren die Milchproduktion massenhaft aufgegeben worden und das Land bei immer größeren Betrieben konzentriert. In den Grünlandgebieten an der Küste werden dagegen nur 3% der Kühe abgeschafft, insgesamt wird aber die Kuhzahl wie in der Vergangegnheit in weniger Betrieben zunehmen.

Ähnlich die Zahlen der aufgebenden Milchproduzenten: Mit zunehmender Bedeutung des Ackerbaus gibt ein steigender Anteil der Kuhhalter die Milcherzeugung auf; im Norden 4 bis 6%; in den Ackerbaugebieten mehr als 20%.

Die Daten lassen die zunehmende einseitige Ausrichtung der Landwirtschaft in verschiedenen Regionen erkennen. Praktisch ist es so, daß in einigen Landkreisen bald keine einzige Kuh mehr gehalten wird.

Angaben zur Konzentration der Milchproduktion in Niedersachsen und ausgewählten Regionen

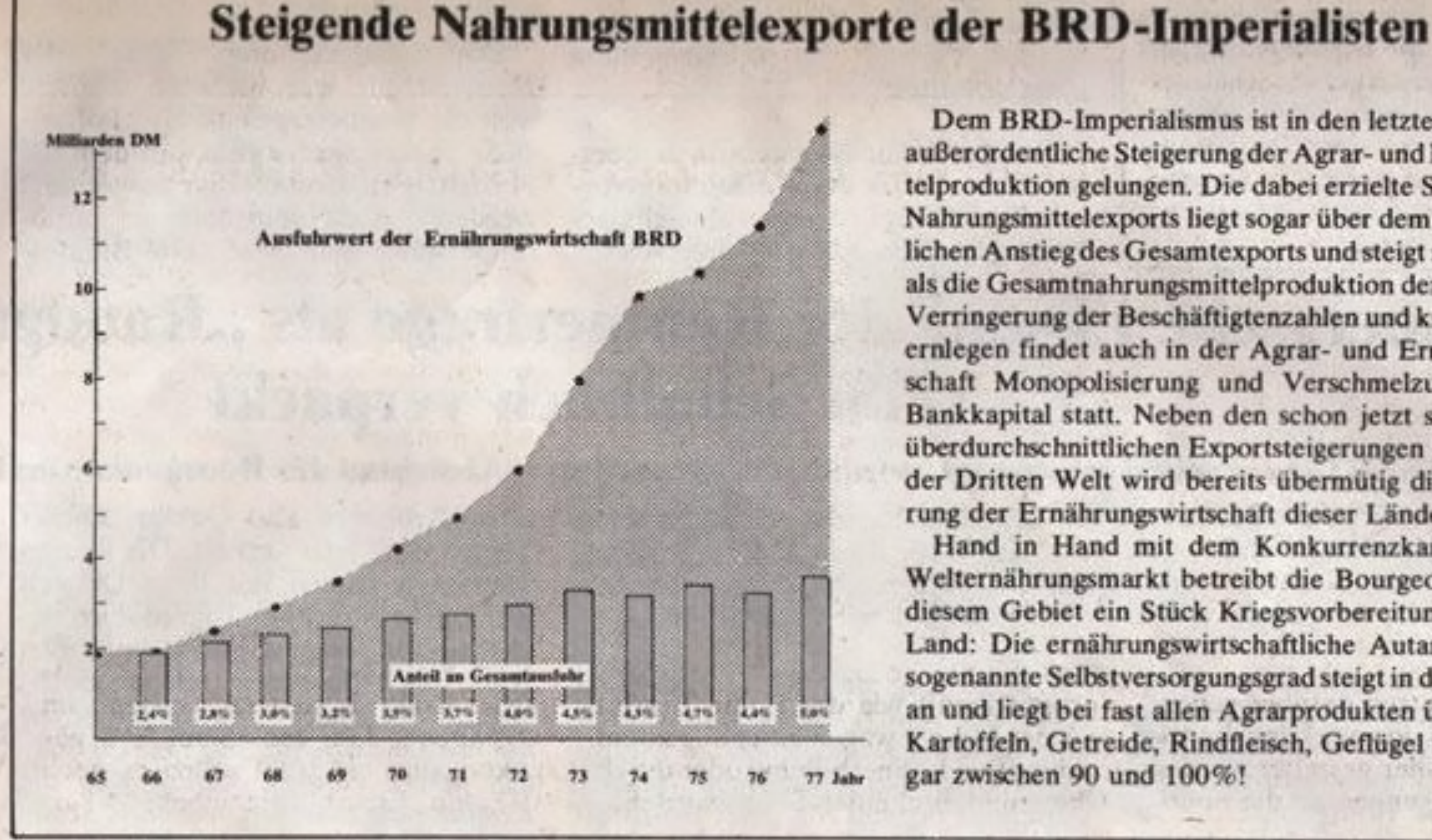
Gebiet (Kreise)	Niedersachsen gesamt	Bremerhaven - Stade	Lüchow-Soltau	Lüneburg-Uelzen	Hildesheim-Helmstedt
vorherrschende Produktion		Grünland-Futterbau	Gemischte Produktion	Ackerbau mit Futterbau	Ackerbaugebiet
Zahl der Kühe '76	1030000	138000	62000	24300	14200
Änderung geg. '69	– 2,2%	15,4%	–13,4%	–20,3%	–36,1%
Zahld. Kuhhalter '76	83500	8900	4100	1600	1000
Änd. geg. '73	–15,7%	–12,8%	–18,8%	–13,5%	– 4,5%
zur Abschlachtung gemeldete Kühe	60000	4400	3400	3200	2800
Änderung geg. '76	– 5,8%	– 3,2%	– 6,4%	–13,2%	–19,6%
abschlachtende Betriebe	5700	400	400	200	200
Änderung geg. '76	– 6,8%	– 4,4%	– 9,1%	–13,4%	–21,0%
durchschn. Kuhzahl/Betrieb	12,3	15,5	12,7	15,2	13,5
durchschn. Kuhzahl/Abschlachtung	10,5	11,3	8,8	15,2	12,7

Die Fähigkeiten der Bauern in verschiedenen Produktionszweigen werden systematisch zerstört. Die einseitige Ausrichtung der Erzeugung auf Ackerbau oder Milch macht die Bewirtschaftung immer riskanter und vertieft die Abhängigkeit der Bauern von Industriekonzernen und Banken.

Auf einer Tagung des Landhandels hat Glup vor kurzem behauptet, „die Landesregierung wolle ... keine vom Staat geförderte Verdrängung betreiben ... Er habe deshalb zunächst dafür gesorgt, daß die knappen Gelder der öffentlichen Hand nicht in zu große Produktionseinheiten fließen, sondern in mittelbäuerliche Bestandsgrößen." (Land und Forst, 27.5.78) Bei Milchvieh versteht er darunter Herden von 50 bis 60 Kühen (von Bauern als Einheit „1 Glup" verspottet). In Grünlandgebieten werden nur Stallbauten von dieser Größe an aufwärts staatlich gefördert. 250000 bis 400000 DM Kredit muß der Bauer dafür aufnehmen. Umgekehrt werden in Ackerbaugebieten Investitionen in die Milchproduktion nicht gefördert.

Die Bourgeoisie geht Schritt für Schritt vor in der Schaffung einer mit Lohnarbeit betriebenen Landwirtschaft. Die Bauern setzen dem beharrlich Widerstand entgegen. Die Verlängerung der Abschlachtaktion ist Ausdruck davon, denn die ursprünglich bereitgestellten Prämien wurden bei weitem nicht ausgenutzt. Deshalb sollen jetzt die Prämien gerade für Bauern mit wenigen Kühen erheblich erhöht werden (um 15 bis 20%, für größere Betriebe nur um 3%). Dennoch werden viele Bauern nicht auf diesen Leim kriechen, weil er ihre Vernichtung unweigerlich herbeiführt.

Steigende Nahrungsmittelexporte der BRD-Imperialisten



Dem BRD-Imperialismus ist in den letzten Jahren eine außerordentliche Steigerung der Agrar- und Nahrungsmittelproduktion gelungen. Die dabei erzielte Steigerung des Nahrungsmittelexports liegt sogar über dem durchschnittlichen Anstieg des Gesamtexports und steigt relativ stärker als die Gesamtnahrungsmittelproduktion der BRD. Unter Verringerung der Beschäftigtenzahlen und kräftigem Bauernlegen findet auch in der Agrar- und Ernährungswirtschaft Monopolisierung und Verschmelzung mit dem Bankkapital statt. Neben den schon jetzt stattfindenden überdurchschnittlichen Exportsteigerungen in die Länder der Dritten Welt wird bereits übermütig die Kapitalisierung der Ernährungswirtschaft dieser Länder geplant.

Hand in Hand mit dem Konkurrenzkampf auf dem Welternährungsmarkt betreibt die Bourgeoisie auch auf diesem Gebiet ein Stück Kriegsvorbereitung im eigenen Land: Die ernährungswirtschaftliche Autarkie oder der sogenannte Selbstversorgungsgrad steigt in der BRD stetig an und liegt bei fast allen Agrarprodukten über 75%, bei Kartoffeln, Getreide, Rindfleisch, Geflügel und Eiern sogar zwischen 90 und 100%!

Wie sich die österreichischen Bourgeois an der Milch gesundstoßen

Am 23. Mai, dem „Weltmilchtag", hat die österreichische Regierung die Milchkontingentierung beschlossen, d.h. die Beschränkung der Milchproduktion. Ziel der Maßnahme ist die weitere Ruinierung der Kleinbauern und „Bereinigung der Agrarstruktur" auf kapitalkräftige Großbetriebe hin. In Zukunft bekommt der Bauer für 97% der abgelieferten Milch 3,51 öS (1 öS entspricht 14 Pfg.), für alles, was darüber hinaus geliefert wird, nur noch 1,53 öS. Dieser Preis liegt bereits unter dem staatlich festgesetzten, denn diesen bekommt der Bauer nie zu sehen, sondern es wird ein „Krisengroschen" von bisher 38, jetzt 20 Groschen von vornherein einbehalten. Dieser „Krisengroschen", der allen Bauern abgepreßt wird, wird von den Molkereien kassiert. Hinter den Molkereien stehen die Banken. Diese haben durch den „Krisengroschen" allein im vergangenen Jahr 670 Mio. öS kassiert.

Die Reduzierung des „Krisengroschens" ist die Reaktion des imperialistischen Staatsapparates auf den Zorn der Bauern gegen die Zwangsabgabe. Diese Reduzierung kann für die Kleinbauern aber nicht zu Buch schlagen, denn durch die gleichzeitig beschlossene Milchkontingentierung wird ihr Einkommen weiter gesenkt: Grundlage für die Berechnung ist die Gesamtmilchanlieferung von 1976. Hat ein Bauer z.B. durch Pflege, zusätzliche Futtermittel, d.h. durch zusätzliche Kosten und damit Verschuldung, und noch mehr Schufterei die Milchleistung seiner Kühe 1978 um 10% gegenüber 1976 gesteigert, bekommt er jetzt für 97% 3,51 öS, für die restlichen 13% nur noch 1,53 öS. Bei einer Jahresmilchlieferung von zehntausend Litern 1976 würde der Bauer nach der alten Regelung insgesamt 36630 öS bekommen, nach der neuen nur noch 36036 öS. Das reicht aber für die Bauern, von denen achtzig Prozent kleine und mittlere Bauern sind, bei weitem zum Leben nicht aus. Besonders hart trifft das die Bauern, die ausschließlich von der Milchwirtschaft leben.

Wir haben mit Bergbauern aus dem Großen Walsertal in Vorarlberg gesprochen. Das Walsertal ist ein Bergtal mit steilen Hängen, die für die Bewirtschaftung einen hohen Arbeitsaufwand erfordern. Im Sommer müssen sie 16 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche, arbeiten. Außer Milchwirtschaft kann auf den steilen Hängen kaum etwas anderes betrieben werden. Mit den fünf Kühen, die sie haben, bringt der Verkauf der Milch im Jahr gerade 30000 öS, das sind 357 DM im Monat. Mit den vier Hektar Boden reicht das Heu zum Füttern nicht aus. Also müssen sie Futtermittel dazukaufen. Weil die Frau von der langjährigen Feldarbeit einen Wirbelsäulenschaden hat, mußte eine Melkmaschine angeschafft werden. Heute würde sie über 20000 öS kosten, vor zwei Jahren hat sie noch 17000 gekostet, vor fünf Jahren 12000. Nimmt man einen Kredit auf, zahlt man zehn Prozent Zinsen. Der Mann muß schaffen gehen, weil das Geld nicht reicht, und die Frau muß den Hauptteil der Arbeit machen: „Mit dem Milchpreis sind die Produktionskosten überhaupt nicht gedeckt. Man bewirtschaftet den Boden, damit er nicht verrottet und weil man es so gewohnt ist. Bei der Milch bleibt nichts übrig."

Hauptträger der Molkereien, von denen es 223 in Österreich gibt, ist die „Genossenschaftliche Zentralbank", der Dachverband der Raiffeisenkassen. An die Massen verkauft wird die Milch zu einem Preis von 8 öS. Aber selbst die 3,33 öS bzw. 3,51 öS pro Liter kriegen die Bauern nicht. Die Molkereien haben zusätzliche Mittel der Plünderung und Schikane. Der Milchpreis ist je nach Region verschieden, in der Südsteiermark bekommen die meisten Bauern z.B. nur 3,06 öS. Hinzu kommen Abzüge, die die Bauern nicht kontrollieren können, z.B. für „leicht verschmutzte Milch je kg 5 Groschen, für stark verschmutzte Milch zehn Groschen, für Milch mit Geruchs- und Geschmacksfehlern 20 Groschen".

Durchschnittlich wurden in den letzten Jahren jährlich 6000 Bauern ruiniert. Allein über den Export haben 1977 die Molkereien einen Profit von über 1 Mrd. öS gemacht. – (Korrespondentenbericht Wien)

OPEC-Sonderfonds unterstützt Wiederaufforstung in Nepal

Am 26. April wurde zwischen der OPEC und dem nepalesischen Finanzminister die Vergabe eines zinslosen Kredits aus dem OPEC-Sonderfonds in Höhe von 3 Millionen Dollar mit einer Laufzeit von 20 Jahren vereinbart. Der Kredit dient zur Finanzierung des Sagarnath-Forstentwicklungsprojekts, mit dem 10000 Hektar Wald mit schnellwachsenden Hölzern (z.B. Teak, Eukalyptus) für den Bedarf der nepalesischen Industrie und der Haushalte aufgeforstet werden sollen. Im Rahmen des Projekts werden auch die industrielle Weiterverarbeitung des Holzes und die Ausbildung von Fachkräften für die Forstwirtschaft gefördert. Nepal ist in seinen Außenhandelseinnahmen überwiegend (zu 80%) vom Export landwirtschaftlicher Produkte abhängig. Die Forstwirtschaft hat dabei einen bedeutenden Anteil. Die reichen Waldbestände, die ein Drittel des Landes bedecken, wurden vom britischen Kolonialismus und von den Imperialisten so schamlos ausgeplündert, daß heute die Bodenzerstörung durch Erosion in den abgeholzten Gebieten weit fortgeschritten ist. In einer Botschaft anläßlich des nepalesischen Neujahrstages am 14. April sagte der nepalesische König: „Indem wir voranschreiten, um qualitative Fortschritte in unserer Landwirtschaft zu erreichen, müssen wir auch wachsende Aufmerksamkeit den Industrien widmen, die zum größtmöglichen Nutzen für das nepalesische Volk angelegt werden sollen."

Spanien: Wahlen zu den Agrar-Kammern

Am 21.5. haben in Spanien Wahlen zu den Agrar-Kammern stattgefunden, die schon im Faschismus den Großgrundbesitzern zur Knebelung der Bauernmassen dienten. Die kleinen und mittleren Bauern lehnen die Kammern ab und haben sie zu Beginn des Jahres in großen Aktionen angegriffen und zum Teil besetzt in ihrem Kampf gegen die Einschnürung und Vernichtung ihrer Existenz durch die Oligarchie. Auf das Anwachsen der Bauernbewegung hat die Zentrumsregierung mit einem Dekret über Wahlen zu den Agrar-Kammern geantwortet. Die Regierung will den Pakt von Moncloa durchsetzen, zu dem sich alle bürgerlichen Parteien einschließlich der Reformisten und Revisionisten eingeschworen haben. Kein Wort über Bodenreform in dem Pakt, für
Revisionisten eingeschworen haben. Kein Wort über Bodenreform in dem Pakt, für
den sich die Revisionisten stark machen. Von den Bauern fordern sie Zurückhaltung bei den Preisen, sonst stiegen die Löhne und damit Dünger, Landmaschinen usw. – den Arbeitern erzählen sie's andersherum. Die Chemiemonopole, im Besitz des ausländischen, darunter auch westdeutschen Kapitals, haben innerhalb von 4 Monaten den Preis für Kunstdünger um 12% erhöht. Die COAG, Dachorganisation der Verbände der Klein- und Mittelbauern, hat die Beteiligung an den Wahlen auf gesamtstaatlicher Ebene abgelehnt, sich aber in einigen Gegenden örtlich beteiligt, um die Agrar-Kammern auch von innen zu bekämpfen. Die Wahlbeteiligung lag bei 35,5%.

„Kunstvolle" Erregung über „Robbenschlächterei"

Seit 1976 kämpft die abgewrackte französische Hure Bardot gegen die „blutrünstigen Robbenschlächter". Der Europarat beschloß nach ihrem Auftritt im März 1978 eine Empfehlung, den Robbenfang für zwei Jahre auszusetzen. Robbenfleisch ist das Hauptnahrungsmittel der grönländischen Volksmassen, seit die EG-Imperialisten nach dem Beitritt Dänemarks die grönländischen Gewässer leerfischen. Grönland, ehemalige dänische Kolonie, jetzt angegliederter Landesteil, das 1979 unabhängig wird, war gegen den Beitritt. Fischfangsonderrechte wurden den grönländischen Fischern verweigert. Seit 1976 wird, von der Europakommission finanziert, auf Grönland Uran gesucht. Die bisher gefundenen 27000 Tonnen sollen ab 1979 abgebaut werden. Um die dafür nötigen billigen Arbeitskräfte zu beschaffen, ruinieren die EG-Imperialisten die selbständigen Existenzbedingungen der grönländischen Volksmassen. Die US-Imperialisten, die in Thule auf vorgeschobenem Posten gegen die sozialimperialistische Supermacht einen Militärstützpunkt betreiben, waren schon früher, auch „künstlerisch", an die Ruinierung der grönländischen Fischer gegangen. Sie hatten ihren versoffenen Sänger Bing Crosby erklären lassen, er könne in Kanada keine Lachse mehr angeln, weil die Grönländer sie schon im Meer abfangen. Daraufhin wurde den grönländischen Fischern die Drosselung des Lachsfangs auferlegt. Auf einem Weltkongreß der Eskimos wurde eine Resolution verabschiedet, in der die Anerkennung ihrer Besitzstände, Eigenständigkeit und die Verbannung jeglicher militärischer Stützpunkte aus ihrem Lebensbereich gefordert wird.

Anerkennung der Patriotischen Front!

Ludwigshafen. Die Resolution des Studentenparlaments der Fachhochschule für Sozialwissenschaften (FHS) Ludwigshafen lautet: „Wir sind der Meinung, daß der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gerecht ist. Wir verurteilen daher aufs schärfste die Beschlagnahmung der gesammelten Gelder für die ZANLA und das Verbot der Sammlung durch das Regierungspäsidium Tübingen. Die Patriotische Front wurde bereits von der OAU und vom UN-Sicherheitsrat als einzig legitime Vertreterin des Volkes von Zimbabwe anerkannt. Dies begrüßen wir ausdrücklich und fordern die Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung." Angenommen mit 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen.

1000 DM für ZANLA-Kompanie gesammelt

Frankfurt. Am Wochenende hat die Fachtagung Medizin der VDS eine Erklärung verabschiedet, in der die Aufhebung des Sammlungsverbots der beschlagnahmten Gelder der ZANU und die sofortige Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung gefordert wird. Alle Fachschaften Medizin der BRD werden aufgefordert, die Sammlung zur Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA zu unterstützen. Trotz Verbot durch die Klinikleitung wurde am letzten Donnerstag von der Aktion zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe ein Propaganda-Stand und ein Bücherbasar gemeinsam durchgeführt. Ca. 30 DM wurden über den Verkauf von gebrauchten medizinischen Lehrbüchern und Spenden gesammelt. Damit hat die Sammlung am Fachbereich 1000 DM erreicht.

Hamburger Mensa-„Kotelett"

Hamburg. Nach Daten der Deutschen Gesellschaft für Ernährung braucht ein 170 cm großer Mensch bei leichter Arbeit 2100 kcal. am Tag, davon müssen 78 g Eiweiß und davon mindestens 38 g tierisches Eiweiß sein. Die Sozialistische Studentengruppe (SSG) hat die Koteletts, die größten zusammenhängenden Fleischstücke, die man in der Mensa erwerben kann, untersucht. Danach besteht ein Kotelett durchschnittlich aus: 25,0% (38,5 g) Panade, 14,2% (21,88 g) Fettrand, 17,1% (26,1 g) Knochen, 41,3% (63,55 g) Fleischanteil bei einem durchschnittlichen Gesamtgewicht von 153,74 g, errechnet aus 10 Koteletts, Wägungsverlust 3,7 g gleich 2,5%. Im Kotelett befinden sich noch 8,26 g tierisches Eiweiß. Mehr Fleisch kann sich ein besitzloser Student nicht leisten (2 DM), und auch die Billigwurst bringt nicht die notwendigen Proteine. Deshalb müssen die Studenten auf die Milchprodukte in der Mensa zurückgreifen, um den Eiweißbedarf zu decken. Ein Viertelliter Milch kostet 0,45 DM, die Dickmilch 0,70 DM, dadurch verteuert sich z.B. das Essen 3 von 2 DM auf 3,15 DM.

wendigen Proteine. Deshalb müssen die Studenten auf die Milchprodukte in der Mensa zurückgreifen, um den Eiweißbedarf zu decken. Ein Viertelliter Milch kostet 0,45 DM, die Dickmilch 0,70 DM, dadurch verteuert sich z.B. das Essen 3 von 2 DM auf 3,15 DM.

GEW-Betriebsgruppe gegen 7. Besoldungserhöhungsgesetz

Wuppertal. Die GEW-Betriebsgruppe des Bezirksseminars für berufsbildende Schulen Wuppertal verabschiedete eine Resolution gegen den Entwurf des 7. Besoldungserhöhungsgesetzes, in der es heißt: „Wir sehen daran den erneuten Versuch, einen Einbruch in das Lohn- und Gehaltsniveau der im öffentlichen Dienst Beschäftigten zu erzielen", „wobei in diesem Fall mit einer geschwächten Kampfkraft der Beamten und Beamtenanwärter aufgrund des Verbots des Beamtenstreiks kalkuliert wird." Die Betriebsgruppe fordert: „Keine Kürzung der Anwärterbezüge, keine Besoldungsrückstufungen und volle und unverzügliche Auszahlung der Tariferhöhung im öffentlichen Dienst an die Beamten und Beamtenanwärter." Der AjLE und der GEW-Stadtvorstand werden aufgefordert, in der Wuppertaler Innenstadt einen Informationsstand durchzuführen.

42 durchgefallen, 25 nicht gewertet

Hamburg. Jura-Professor Berkemann, Richter am Oberverwaltungsgericht und Dr. Dr., hat die Klausur folgendermaßen bewertet - 6:1; 5:41, 4:21, 3:13, 3:5, 2:1, 1:0, nicht bewertet: 25. Für die Nichtbewertung reichte ihm die „Gleiche Gedankenführung", auf wortwörtliche Übereinstimmung habe er gar nicht geachtet. Mit dieser Maßnahme will der Professor das von den Studenten organisierte Hausarbeitenplenum angreifen, das der gemeinsamen Erarbeitung der Fälle und der Einschränkung der Konkurrenz dient. Gegen diesen Angriff wurde in der Übung gefordert:

– Neukorrektur der Fünfen, weil 50% Durchfallquote nicht hingenommen werden kann

– Bewertung der abgegebenen Arbeiten

Die Studentenbewegung in den USA steht vor großen Kämpfen

Seit mehreren Wochen entwickelt sich an den Colleges der USA eine breite Bewegung zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes der Völker im südlichen Afrika. In Demonstrationen, Kundgebungen, mit Agitationszügen, Ausstellungen, Veranstaltungen, auf denen Vertreter der SWAPO, der Patriotischen Front, des ANC und PAC von Azania teilnehmen, mobilisieren die Studenten große Reserven gegen die imperialistische Interventionspolitik der Carter-Regierung. „USA raus aus Südafrika!" „Wir gedenken Steve Bikos!" Solche Parolen bestimmen die Aktionen, die von seiten der Universitätsverwaltungen mit scharfen Unterdrückungsmaßnahmen beantwortet werden. An verschiedenen Universitäten des Landes sind Demonstrationen, Flugblattverteilen und Stände auf dem Universitätsgelände verboten worden. In diesen Kämpfen bilden die Studenten aus den unterdrückten nationalen Minderheiten der USA den Kern: lateinamerikanische, indianische und schwarze Studenten entfalten in ihrer Propaganda die Verbindung zwischen dem Befreiungskampf der unterdrückten Völker im südlichen Afrika mit dem Kampf der unterdrückten Nationalitäten in den USA. Sie haben die Verfilzung der College-Leitungen mit dem Finanzkapital aufgedeckt. In diesen Gremien sitzen Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder der großen Konzerne, die in Südafrika die Auspressung der schwarzen Arbeiter betreiben und mit allen Mitteln das rassistische Siedlerregime unterstützen. Lohngelder der Massen werden in Kapital verwandelt, das sie dort investieren. Dies geschieht entweder direkt in Form der Studiengelder oder indirekt in Form von Stipendien, die die Colleges und zum Teil auch Konzerne selbst vergeben und die aus Steuergeldern über den Staatsapparat rekrutiert werden. Zur Zeit kostet ein Studium allein an reinen Gebühren 4363 Dollar im Jahr (1960: 1528 Dollar), und es ist offensichtlich, daß das aus Arbeiterlohn – bei durchschnittlich 15000 Dollar brutto im Jahr – nicht zu bezahlen ist. Die Vergabe von Stipendien an besitzlose Studenten und die Zulassung zum Studium wird mit einem ausgeklügelten Testverfahren, mit psychologischen, medizinischen und politischen Schnüffeleien verbunden, während die Bourgeois ihren Sprößlingen für 100000 bis 250000 Dollar einen Studienplatz kaufen. Die Colleges, die zum großen Teil „private Stiftungen" des Finanzkapitals sind, werden umgerüstet und ausgerichtet auf eine großangelegte Umwälzung der Hochschulausbildung. Die Rekrutierung des Kadernachwuchses der US-Monopolbourgeoisie aus den besitzlosen Volksmassen erfordert die vollständige ideologische und politische Unterwerfung der Studenten, und das um so mehr, als das Expansions- und Kriegsprogramm des US-Imperialismus jetzt zur vollen Anwendung kommen soll.

Seit 1974 hat an der Harvard Universität eine Kommission gebrütet über der Reform der Curricula (Lehrpläne). Inzwischen hat sie ihren Vorschlag Carter unterbreitet.

In Verbindung mit scharfer Prüfungswillkür soll im sogenannten Grundstudium die Unterwerfung der besitzlosen Studenten organisiert werden, indem das Absolvieren von Kursen in den „schönen Künsten", in Geschichte, Sozialpolitik und Psychologie, für alle verbindlich wird, ehe sie sich überhaupt auf ein bestimmtes Fach konzentrieren können.

Neben der Herausbildung von Grundfertigkeiten eines Bourgeoiskaders ist der Zweck der Lehrplanreform die politische Abspaltung der Studentenbewegung von der Arbeiterbewegung. An der Universität von Iowa zum Beispiel verbreitet ein Professor in solchen Grundkursen seine verrotteten Ideen über Parapsychologie, Hellseherei und Telepathie. Für 1979 insgesamt geplant sind einzelne Maßnahmen der Reform an verschiedenen Hochschulen bereits in der Erprobung. Dort beginnt sich der Widerstand zu formieren, und es sind nicht nur die Studentenmassen, sondern auch die wissenschaftlichen Angestellten reihen sich zunehmend in die Front ein, wie sie auch von seiten der Studenten Unterstützung erhalten in ihren hartnäckigen Streik- und Boykottaktionen gegen die scharfe Rationalisierungs- und Lohnraubpolitik der Regierung. (Z-Red.)

„Die Schülerzeitung soll ein Organ sein, um zu einer Einheit im Kampf zu kommen"

Kampf gegen das Vertriebsverbot von Schülerzeitungen

„Die Schülerzeitung soll ein Organ sein, um das sich die Schüler zusammenschließen, worin offen diskutiert werden soll, um zu einer Einigung im Kampf zu kommen", das schrieb die Schülervertretung des Lette-Vereins (Berufsfachschule) in einem offenen Brief an die Schulleitung, die den Vertrieb der Zeitung „Lette sich wer kann" untersagt hatte, weil in der Zeitung die Resolution der Kundgebung vom 8.10.77 in Bonn gegen die Verbotsdrohungen gegen KBW, KPD und KPD/ML abgedruckt war. Berufen konnte sich der Direktor auf die Ausführungsvorschriften des Senats für die Schülerzeitungen. Dort heißt es: „Wenn eine Schülerzeitschrift in ihrem redaktionellen Teil oder in ihren Anzeigen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet ist, gegen geltendes Recht verstößt oder dazu auffordert, oder wenn sie die Erfüllung des Unterrichts- und Erziehungsauftrages der Schule in anderer schwerwiegender Weise gefährdet, ... ist der Vertrieb der Schülerzeitung nicht gestattet."

Auszug aus der Schülerzeitung

Gegen das Verbot der Schülerzeitung „Lette sich wer kann" richtete sich die Schülervertretung mit einem Offenen Brief, in dem es heißt:

„Wir stellen dazu fest: Es handelt sich bei dem Artikel um eine Resolution, die auf der Kundgebung in Bonn am 8.10., die sich gegen die Verbotsanträge des CDU-Vorstandes gegen kommunistische Organisationen richtet, von annähernd 20000 Menschen beschlossen wurde. Bei dem Vertriebsverbot handelt es sich um einen schweren Angriff auf die Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit an unserer Schule. Die Schülerzeitung soll ein Organ sein, um das sich die Schüler zusammenschließen, worin offen diskutiert werden soll, um zu einer Einigung im Kampf für unsere Rechte zu kommen. Wir fordern Sie auf, das Vertriebsverbot sofort zurückzunehmen."

Besorgt ist die Bourgeoisie darüber, daß diese Waffe der Ausführungsvorschriften stumpf ist gegen die Schülerzeitungen. Dies will der Senat schnell ändern, gab er auf eine Anfrage der CDU bekannt. Er brüstet sich dabei mit der Latte der Verbote, doch wirklich durchsetzen konnte der Senat sich bisher nirgends. Die Zeitung „Hieb 1" der Planck-Berufsschule sei verboten worden, weil in der Zeitung beleidigende Äußerungen wie „Notenterrorist" und Sätze stehen würden wie: „Es gehört schon Gangsterlogik dazu, den gerechten Widerstand der Kollegen gegen die Dressur als Dummheit hinzustellen. Die Kapitalisten können stolz auf ihren (...) sein, solche Knechte von ihnen sind rechte Lehrer nach Kapitalistengeschmack." Inzwischen hat die Klasse, die diesen Artikel in der Schülerzeitung geschrieben hat, sich diesen Lehrer vom Hals geschafft und wurde dabei von vielen unterstützt. Die Zeitung fand eine solche Verbreitung, daß jeder Schüler sie kannte.

Die Schülerzeitung „Sülze" der Herderschule war verboten worden, weil die Bundesrepublik als „Polizeistaat" bezeichnet wurde, „in dem die Polizisten zu Brutalitäten ausgebildet werden". Außerdem hätte es empörenderweise geheißen: „Die Bundesrepublik entwickelt sich zu einer demokratischen ‚Fehlgeburt', die sichtlich geisteskrank, angeschlagen, wild und blind um sich schlägt", soweit der Senat. Die Schüler haben dagegen eine Dokumentation herausgegeben, in der sie schreiben: „Die Redaktion ist nicht gewillt, diese teilweise hinterlistigen und offenen Methoden der Unterdrückung kritischer Meinungen unter dem Deckmantel der Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung hinzunehmen." Die „Sülze" wird weiter herausgegeben.

Fünf weitere Schülerzeitungen hat der Senat verboten, weil zu „strafbaren Handlungen" aufgerufen wurde, wie „Schwarz fahren – Geld sparen", eine Lehrerin als „hysterische Ziege" bezeichnet worden sei, geschildert wurde, wie ein Molotowcocktail gebaut werden kann oder Lehrer allgemein „beleidigt worden seien". Der Senat sieht seine Felle wegschwimmen, selbst mußte er eingestehen, daß er die Verbreitung wirklich nirgends verhindern konnte. Er wolle jetzt härter durchgreifen. Die Schülerbewegung setzt sich dagegen zur Wehr. – (KJB Westberlin)

Ehrenbergsche Lösung der Rentnerfrage als „Randgruppenproblem" im Schulbuch verpackt

Hamburgs Lehrer sollen gezwungen werden, die skrupellosen Absichten der Bourgeoisie im Unterricht zu behandeln

Ehrenbergsche Lösung der Rentnerfrage als „Randgruppenproblem" im Schulbuch verpackt

Hamburgs Lehrer sollen gezwungen werden, die skrupellosen Absichten der Bourgeoisie im Unterricht zu behandeln

In Stade prahlte Ehrenberg auf einer SPD-Wahlveranstaltung, daß kein Mensch gegen sein Rentnertötungsprogramm sei. Es ist gerade anders herum. Für ihr räuberisches Expansionsprogramm braucht die westdeutsche Bourgeoisie unbedingt Milliarden an Geldern aus der Rentenversicherung. Für ihr imperialistisches Programm muß die Bourgeoisie die Jugend gewinnen. An die Jugendlichen kommt sie nur über die Lehrer ran. Die Lehrer an den Gymnasien vertreten aber keineswegs positiv die Ziele des Ehrenberg-Programms an den Schulen. Das hat eine Umfrage an zehn Hamburger Gymnasien ergeben. Ein Sozialkundelehrer meinte: „Renten im Unterricht? Viel zu heißes Eisen. Habe ich noch nie unterrichtet". Ein anderer: „Haariges Thema. Viel zu schwierig. Steht ja Gott sei Dank nicht im Lehrplan." Ein strammer sozialdemokratischer Lehrer wurde ganz weiß im Gesicht, als Schüler ihn nach dem Besuch einer Wahlveranstaltung nach dem Unterschied zwischen CDU und SPD in der Frage der Rentenversicherung fragten. „Rentenpolitik gehört nicht in den Hamburger Bürgerschaftswahlkampf" – so versuchte er sich herauszuwinden.

Die Bourgeoisie ist fest entschlossen, diese Lage zu ändern. An den Haupt- und Realschulen in Hamburg sind die Lehrer bereits ab 1.2.78 verpflichtet, das „soziale Netz" in der BRD als großartige Errungenschaft des westdeutschen Staates zu preisen, und zwar ausdrücklich im Gegensatz zu den Verhältnissen im 19. Jahrhundert. Dieser schärfere Kurs der Indoktrination wird sicher auch demnächst für die Gymnasiallehrer verbindlich. Auf jeden Fall hat die Schulbehörde in Hamburg ihrem Lehrerkorps schon mal ein Sozialkundebuch gegen Schüler der 7.-10. Klassen zur Verfügung gestellt. Es handelt sich um „Lernfeld Gesellschaft", erschienen 1976.

Die Lösung der Rentnerfrage im Sinne der Bourgeoisie wird dort zielstrebig verhandelt unter dem Motto: „Die Alten – eine Randgruppe." Der Abschnitt beginnt mit einer Beschreibung der Klassenverhältnisse: „*Daß das Geschäfts- und Verwaltungszentrum im Mittelpunkt des städtischen Lebens steht, gilt für jede Stadt. Die Menschen, die hier in leitender Position arbeiten, bestimmen mit das Geschick der Stadt. Das tun auch die Eigentümer der Fabrikbetriebe ...*"

Die Bourgeoisie und ihr Anhang haben „Macht und Einfluß". Die, die in den Fabriken arbeiten und die Alten, Häftlinge, Obdachlose – das sind die Randgruppen. Die Randgruppen bestehen aus Arbeitern. Sie haben keinen politischen Einfluß. Auf einem Stadtplan, der eingefügt ist, steht das Altersheim in unmittelbarer Nähe des Friedhofs. Das Barackenlager für Obdachlose in der Friedrich-Engels-Straße liegt neben der Müllkippe. Auch von der Wohnsiedlung für ausländische Arbeiter und dem Zigeunerlager ist es nicht weit bis zur Müllkippe. Das Schulbuch erinnert an „Randgruppen", wie Juden, Zigeuner und Zeugen Jehovas, die im Dritten Reich ermordet wurden. Damit ist die Richtung angegeben, wie mit den Alten umgesprungen werden kann. Es wird beruhigt: „*Ganz gewiß besteht für alte Menschen keine Gefahr, daß sie als unerwünschte Störenfriede in ein Lager gebracht werden. Dennoch scheint es, als ob alte Menschen für junge Leute oft eine unangenehme Erscheinung seien.*"

Von den „jungen Leuten" droht den alten Arbeitern also Gefahr. Dieses Thema wird jetzt vertieft. Die älteren Menschen kämen mit ihrer Umwelt nicht mehr zurecht und daran seien besonders die Jungen schuld, die es den Alten noch besonders schwer machten: „*Wenn immer mehr alte Menschen nur noch mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren können, werden sich die Konfliktfälle zwischen ihnen und Schülern in Bussen und Straßenbahnen vermehren.*" Trotzdem, nicht überall seien die Alten so schlecht wie in der Arbeiterklasse angesehen, behaupten sie: „*Dort wo die Großeltern noch voll über den Familienbesitz verfügen, ... genießen die alten Leute ein gewisses Ansehen.*" Wo doch jeder weiß, daß in Kapitalistenfamilien die ganze Verwandtschaft sehnlichst auf das Ableben des „Erblassers" wartet, um endlich an Geld und Besitz zu kommen. Weil in den Arbeiterfamilien „*die innere Verbundenheit mit den alten Leuten nicht so groß ist, ... so müssen – auch wenn es hart ist – in den meisten Fällen die Alten als die Schwächeren ausweichen.*"

Dieses Vorurteil soll sich bei den Schülern festsetzen. Daß die Mieten für kleine und enge Bruchbuden hoch sind, die Löhne gesenkt werden, die Arbeiter in Schicht- und Nachtarbeit getrieben werden, und so die Arbeiterfamilien zerstört werden – diese Tatsachen sollen mit einem Lügennetz vernebelt werden. Wenn die alten Arbeiter von ihrer Familie „ausgestoßen" sind, empfängt sie endlich der bürgerliche Staat mit offenen Armen und steckt sie ins Altersheim und nimmt ihnen ihre Rente ab, von der sie sowieso nicht halbwegs ordentlich leben konnten. „*Dabei muß bedacht werden, daß alle Menschen ein Recht auf ein sorgenfreies Leben im Alter haben sollen.*" Das schafft ihnen dann Ehrenberg mit Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz und Rentensanierungsprogramm.

Das Schulbuch kommt auf „seelische Probleme" der Alten zu sprechen: Es wird gehetzt auf die alten Arbeiter. Sie könnten wegen ihrer schlechten Schulbildung „ihr Leben nicht voll ausfüllen". „Verzweiflung und Altersfurcht" würden sie „befallen". Da ist doch ein alter Flick besser dran. Ein Leben lang keinen Handschlag gerührt, dafür füllt er dann sein Leben im Alter sinnvoll in Spielcasinos und dergleichen aus.

Die Gier nach den Arbeiterrenten kann am Schluß nicht gebremst werden. Ein alter Arbeiter wird zum für die Bourgeoisie günstigen, weil Geld bringenden „Rentenwegfall", wenn er stirbt. Also bringt man folgendes ins Spiel: „*In manchen primitiven Gesellschaften läßt man alte Menschen verhungern*" oder! „*...man tötet sie*". So gut die Propaganda für Ehrenbergs Euthanasie-Programm in „Randgruppenprobleme" verpackt war, unterm Strich bleibt die skrupellose Absicht der Bourgeoisie, die Rentenfrage radikal in ihrem Sinne zu lösen. Konsequenterweise läßt die Bourgeoisie die Schulbuchschreiber ihre Rentnerbeseitigungspläne der Arbeiterklasse selbst in die Schuhe schieben, und zwar mit folgendem Dreh: „*Was könnte jene Schülerzeitungsredakteure im Jahre 1967 zu dem Vorschlag veranlaßt haben, man solle alle über 60 Jahre alten Mitbürger einschläfern?*" Es wird nicht einfach für den bürgerlichen Staat, die Lehrer zu dieser Propaganda für das Ehrenberg-Programm zu zwingen. – (GUV Hamburg-Unterelbe)

„Dawn Patrol '78"

Die NATO übt im Mittel- und Ägäischen Meer / Die UdSSR übt mit



Auf ihrem für Ende Mai in Washington angesetzten Gipfeltreffen beabsichtigt die in der NATO verbündete Imperialistenbande ein „Langzeitprogramm" für den Krieg um die Neuaufteilung der Welt zu beschließen. Der türkische Ministerpräsident Ecevit hat bereits erklärt, daß er die diesbezügliche Deklaration nicht unterzeichnen wird. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" kommentiert: „Die Erosion des Verteidigungsgefüges auf dem Südostflügel der Allianz macht schnelle Fortschritte." Grund genug für die Supermacht USA und ihre Verbündeten, ihre Kriegsflotten auszusenden. Die Beherrschung des Mittelmeers ist für den Kampf gegen die andere Supermacht ausschlaggebend. Unter dem Codenamen „Open Gate" („Offenes Tor") übten sie vor Gibraltar Anfang Mai mit 11000 Marinesoldaten die Sicherung des Zugangs zum Mittelmeer, um gleich anschließend bis 29. Mai eine „Patrouille im Morgengrauen" („Dawn Patrol 78") ins Mittelmeer und in die Ägäische See zu entsenden.

An diesem Manöver sind Verbände der USA, Großbritanniens, Italiens, Frankreichs, Portugals und der Niederlande beteiligt. Weiter haben sie sich die Schiffsverbände Griechenlands, das 1974 auf Druck der griechischen Massen aus dem militärischen Teil der NATO ausgetreten ist, und der Türkei in ihren Manöverband einverleibt. Wie es in der Ägäis weitergehen soll, haben die NATO-Imperialisten im Oktober 1977 beim Manöver „Display Determination 77" („Zeige Entschlossenheit") vorgeführt: Anlandung US-amerikanischer Marineinfanterie in der Saros-Bucht, unmittelbar nördlich der Dardanellen, also Besetzung türkischen Territoriums und Absperrung des Mittelmeerzugangs für die Sozialimperialisten. (Siehe Bild)

Die UdSSR protestiert, weil die Manöver den „Frieden, die Sicherheit und Entspannung" im Mittelmeerraum gefährdeten. Dieser „Sicherheit" zuliebe haben die Sozialimperialisten im Januar und Februar dieses Jahres ihre Mittelmeer-Eskadra um sechs mit Lenkwaffen ausgerüstete Einheiten verstärkt. Bei den NATO-Manövern rücken sie mit Spähschiffen deren Verbänden nah auf den Pelz.

In einem Artikel der „International Herald Tribune" vom 8. Mai mit dem Untertitel „Seeleute bereit zum Krieg" erklärt Admiral Harry Train, Kommandant der 6. US-Flotte im Mittelmeer: „Zehn Milliarden Barrel Öl werden täglich durch das Mittelmeer transportiert, fünfzig Prozent davon sind für die NATO-Partner der USA bestimmt und werden in Raffinerien in Europa verarbeitet. Das Öl muß dorthin gelangen."

Die Staaten des Mittelmeerraumes und des Nahen Ostens verstärken den Kampf um ihre nationale Unabhängigkeit und ihre Verteidigungsanstrengungen gegen die Aggression der Imperialisten und Sozialimperialisten. Dem britischen Atom-U-Schiff „Dreadnought" verweigerte Ägypten am 27.10.1977 die Durchfahrt durch den Suezkanal. „Auch mehrtägige Versuche auf diplomatischem Weg, die ägyptische Regierung zur Aufgabe ihrer harten Haltung zu bewegen, brachten kein Ergebnis. Die im Indischen Ozean und Fernen Osten geplanten Manöver des britischen Verbandes wurden dadurch erheblich berührt und in ihrem Wert gemindert." (Marine-Rundschau)

Seit dem 10.12.1977 müssen sowjetische Schiffe, die den Suezkanal benutzen wollen, die Gebühren in bar und in britischer, also „harter" Währung vor der Passage bezahlen. Bisher hatten die Sozialimperialisten die Gebühr von den Schulden, in die sie Ägypten getrieben hatten, einfach abgezogen und damit den Kanal sozusagen gratis benutzt.

Ägypten wird seine Marine durch neue Fregatten verstärken, deren Anschaffung durch Saudi-Arabien finanziell unterstützt wird. Kuweit hat jetzt mit dem Aufbau einer modernen Kriegsmarine begonnen. – (Z-Red.)

Zimbabwe – das gesamte Volk führt den bewaffneten Kampf

„Der CDU-Bundestagsabgeordnete Würzbach stellte auf dem Delegiertentag der Landesfrauenvereinigung Schleswig-Holstein provokativ die Frage an die Delegierten, ob nicht Frauen und Mädchen der freiwillige Eintritt in die Bundeswehr gestattet werden sollte. Qualifizierte Dienstposten in der Elektronik, in der Verwaltung, Versorgung und im Nachschub seien möglich." (Kieler Nachrichten, 22.5.)

Die Bourgeoisie lockt mit Qualifikationen, nicht ungeschickt angesichts der Arbeitslosigkeit. Von Freiwilligkeit ist die Rede. Doch da soll man sich nicht täuschen lassen. Die Bourgeoisie rüstet auf den Krieg. Ideologisch und vom „Menschenmaterial" her steht sie schlecht da. „Die Bundeswehr kränkele innerlich", beklagt Würzbach. „Es fehle an Motivation." Da sollen die „Blitzmädels" ran. Man kennt das aus dem Dritten Reich. *Freiwillig* wird das nicht abgehen. Schon heute muß, wer einen Krankenschwesterkurs beim DRK macht, eine Verpflichtung für den Kriegsfall eingehen.

Die Bourgeoisie versucht Reserven zu mobilisieren. Sie wird Zwang dabei anwenden müssen. Die internationale Arbeiterklasse kann die Frauen des Volkes für den Kampf gewinnen. Warum? Die Genossin Teurai Ropa, ZANU-Sekretärin für Frauenfragen, erklärt dazu: „Unser Kampf ist derivativ verbunden mit dem weltweiten Kampf zur Beseitigung des kapitalistischen Systems der Ausbeutung. Wenn Frauen am bewaffneten Kampf teilnehmen, um sich zu befreien, werden sie aufhören, zu erlauben, ausgebeutet zu werden ... Der ideologische Kampf wird Frauen befähigen, ihre Lage zu verstehen und wie sie zu ändern ist." Das Foto beweist, daß die Frauen Zimbabwes diese Aufgabe angepackt haben.



Politessen, nicht nur für Bußgeld

Die Westberliner Polizei klagt seit geraumer Zeit über Nachwuchssorgen. Es fehlt an Kräften, obwohl die Polizeitruppe jetzt schon aus 20000 Mann besteht. Die Polizeiführung will „eine verstärkte polizeiliche Präsenz auf den Straßen" durchsetzen. Zu diesem Zweck wurden zunächst 860 Polizisten
Zweck wurden zunächst 860 Polizisten
in einem Um- und Freisetzungsprogramm (jährliche Kosten 24 Mio. DM) von „der Bewachung von Gebäuden und Festgenommenen, Verwaltungsarbeiten und der Paßkontrolle" abgezogen und in den Streifendienst versetzt. Vor Monaten begann in der Lokalpresse ein Scheingefecht um die Frage, ob Frauen bei der Polizei auch Waffen tragen dürfen. Inzwischen „hat der Senat das Tor für den beruflichen Aufstieg der Frau im Polizeidienst geöffnet." (Berliner Morgenpost) Bislang wurden Frauen bei der Kriminalpolizei und als Politessen eingesetzt. Besonders letztere sind bei den Massen verhaßt, da sie das schmutzige Geschäft der Ausplünderung über Bußgeldzettel ausführen. Oft genug sind Politessen, die, weil unbewaffnet, immer gleich in Scharen auftreten müssen, von wütenden Autofahrern angegriffen und in die Flucht getrieben worden.

Nun „sollen die 175 im Verkehrsüberwachungsdienst tätigen Politessen künftig in den mittleren Polizeidienst eingesetzt und später sogar als Kommissarin Kontaktbereichsbeamte werden können." War das Bußgeldzettelschreiben ohne Waffe schon schwierig, so wäre der Kontaktbereichsdienst unbewaffnet nicht denkbar. Deshalb „sollen weibliche KOB's auf jeden Fall dieselbe Bewaffnung wie ihre männlichen Kollegen erhalten." (Innensenator Ulrich)

Zwei Jahre Ausbildungszeit, 40 Lebensjahre und mindestens 10 Jahre Bewährung bei der Volksunterdrückung als Streifenpolizistin, das sind die Schleusen, die die Politessen passieren müssen, ehe sie für die Bourgeoisie die nötige Verläßlichkeit für den Einsatz im Kontaktbereichsspitzelsystem bieten. – (Bezirk Westberlin)

Berkhan, das „Hilfsorgan des Bundestages" auf Horchposten gegen die Soldatenbewegung

Seit März 1975 ist Karl Wilhelm (Willi) Berkhan Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages. Im Heft „Die Bundeswehr", Herausgeber ist das Bundesministerium für Verteidigung, Informations- und Pressestab, heißt es über die Funktion des Wehrbeauftragten: „Mißständen kann der Wehrbeauftragte jedoch nicht selbst abhelfen oder entsprechende Verfahren einleiten, sondern er muß zunächst den zuständigen Stellen Gelegenheit zur Regelung der Angelegenheit geben. Erst wenn diese Gelegenheit nicht genutzt wird, hat der Wehrbeauftragte das Recht, die Angelegenheit durch alle Instanzen zu bringen."

Bei der Einrichtung des Wehrbeauftragten handelt es sich um einen Horchposten der Bourgeoisie, der sich jährlich ein Bild von der „Stimmung" in der Truppe macht, um rechtzeitig der Bourgeoisie zu melden, wenn etwas gegen die Linie geht. So werden alle Eingaben und Beschwerden an den Wehrbeauftragten dazu benutzt, die Lage in der Soldatenbewegung auszukundschaften.

Berkhan, der unter den Verteidigungsministern Schmidt und Leber parlamentarischer Staatssekretär war, dort Kenntnisse in der Unterdrückung der Soldaten sich aneignen konnte, war also genau der richtige Mann für die Aufgabe des Wehrbeauftragten. Auch der Lebenslauf des Berkhan läßt mehr raus. Hanseat, Maschinenschlosserlehre, Maschinenbauingenieur in der Industrie, 1939 Reichsarbeitsdienst, Flugzeugführer in verschiedenen Kampfgeschwadern, Oberleutnant, jetzt Hauptmann der Reserve. Nach dem Krieg keine Anstellung als Maschinenbauingenieur, kurze Tätigkeit als Kriminalbeamter, bis 1947 berufspädagogisches Institut, danach Gewerbelehrer, nach weiterem „erziehungswissenschaftlichem Studium" an der Universität Hamburg (1953-57) Beförderung zum Studienrat.

Politisch hat Berkhan eine steile Karriere hinter sich. Schon 1929 organisierte er sich in der Sozialistischen Arbeiterjugend und ist seit 1945 ist er Mitglied der SPD geworden. 1949 wurde er Kreisvorsitzender der SPD Hamburg-Nord, 1953-57 war er Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Ab 1957 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und hatte seinen Wahlkreis in Hamburg-Altona (Wahlkreis 13). Während seiner Tätigkeit im Bundestag war er der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und Mitglied der beratenden Versammlung des Europarates und der Westeuropäischen Union. Ein Politiker, wie sein Minister, mit europäischen Interessen. Ab 1969 setzte dann seine Tätigkeit als parlamentarischer Staatssekretär ein, die bis zum März 1977 dauerte, wo er den Posten des Wehrbeauftragten übernahm, um damit aus dem Bundestag auszuscheiden. Er untersteht direkt dem Bundestagspräsidenten und wird als „Hilfsorgan des Bundestages" in dem oben zitierten Heft bezeichnet.

Im Jahresbericht 1976 führte Berkhan schon an, daß „die unterschiedliche rechtliche Bewertung ... von Gewerkschaftsveranstaltungen zum 1. Mai und die hiervon abhängige Beurteilung des Auftretens von Soldaten in Uniform bei solchen Veranstaltungen nach meinen Beobachtungen eine erhebliche Rechtsunsicherheit bewirkt (hat)". Daß es den Soldaten an der nötigen „Motivation" fehle, beklagte Berkhan auch im diesjährigen Jahresbericht, daß sich so viele Soldaten in Uniform an den Mai-Demonstrationen beteiligen. 1976 regte Berkhan an, „den Erlaß des Generalinspekteurs ... zu überdenken und zu prüfen, ob Soldaten das Tragen in Uniform bei Großkundgebungen von Berufsorganisationen nicht generell verboten werden sollte".

Daß es der Bourgeoisie bisher nicht gelungen ist, die Teilnahme von Soldaten in Uniform an 1. Mai-Demonstrationen zu unterdrücken, ist Ausdruck für das Bestreben der Soldaten- und der Arbeiterbewegung, sich gegenseitig zu unterstützen. Auf der Mai-Demonstration in Bremen-Nord sammelten Soldaten in Uniform 150 Unterschriften gegen das Verbot, in Uniform zu demonstrieren, was der Brigadekommandeur schriftlich vor dem 1. Mai den Soldaten verboten hatte. – (SRK-Sprecherrat Nord)

Veranstaltungen zum 30. Jahrestag des zionistischen Staates Israel

Die Veranstaltungen zum 30. Jahrestag der Gründung des zionistischen Staates Israel, die zwischen dem 21. und 27. Mai in Frankfurt, Hamburg, Westberlin, Hannover, Mannheim und Köln stattfanden, hatten mehr als 4700 Teilnehmer. Die Forderungen der Veranstaltungen, die von den Palästina- und Nah-Ost-Komitees, der Informationsstelle Palästina und dem Palästinensischen Studentenverband getragen wurden, waren: Anerkennung der PLO durch die BRD! Für einen unabhängigen, demokratischen Staat Palästina, in dem Juden, Christen und Moslems gleichberechtigt zusammenleben. Gesprochen hat auf den Veranstaltungen Genosse A. Frangie, Vertreter der PLO bei der Arabischen Liga in Bonn. Der von der PLO entsandten Delegation, bestehend aus Genossen Hani al Hassan, Politischer Berater des Vorsitzenden der PLO, Genossen Y. Arafat, Genossen Dr. Abdel Aziz Labadi, Vertreter des palästinensischen Roten Halbmonds, Genossen Sakhr, Vorsitzender des Exekutivkomitees der GUPS, und der Vertreterin der Frauenorganisation der PLO, wurde von der Bundesregierung die Einreise verweigert. In Resolutionen der Veranstaltungen, die gegen die Visaverweigerung protestierten, wurde die Notwendigkeit bekräftigt, für die Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung zu kämpfen.

Zivildienstleistende gleicher Lohn wie Landarbeiter

Die Bourgeoisie plant, wie bekannt, die Zivildienstleistenden zur Zwangsarbeit hinfort nicht nur im „sozialen" Bereich einzusetzen, sondern hat schon angedeutet, daß Arbeit mit dem Spaten auf sie warte. Als „Umweltschützer" sollen die Zivildienstleistenden zunächst in Land- und Forstwirtschaft eingesetzt werden. Zivildienst soll nicht leichter wie Militärdienst sein, vertritt der neue Verteidigungsminister Apel, der es verstanden hat, sich vor beidem zu drücken.

Gegen diese Absichten haben sich Regionalsprecher der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden und der Geschäftsführende Hauptvorstand der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) in Kassel zu einem Gespräch getroffen. Gewerkschaftsvertreter wie Zivildienstleistende sind sich einig in der Ablehnung dieses Einsatzes.

Gegen den Einsatz der Zivildienstleistenden als Lohndrücker und Ersatz für Lohnarbeiter fordern beide „beim Einsatz von Zivildienstleistenden Entschädigungen in Höhe der üblichen Tariflöhne und Gehälter zu zahlen" (Mitteilungsblatt der Landwirtschaftskammer Hannover)

San-Ausstattung mangelhaft
der Landwirtschaftskammer Hannover)

San-Ausstattung mangelhaft

Plön. Während sich auf dem Dachboden und in den Kellern eingemottetes Sanitätsmaterial stapelt (für die „Reservelazarette", die im Kriegsfall eingerichtet werden), fehlt in den San-Bereichen das Nötigste. So hatte die Bettenstation wochenlang kein Blutdruckmeßgerät, was aber dringend benötigt wird, da manchmal Soldaten eingeliefert werden, bei denen eine regelmäßige Kontrolle des Blutdrucks nötig ist. In solchen Fällen muß man sich dann mit privaten Geräten aushelfen oder sie von anderen Teileinheiten organisieren, wo die Geräte aber auch knapp sind und gebraucht werden. Die Ausstattung der San-Helfer-Taschen ist vollkommen unzureichend. Die Sanitäter organisieren sich das notwendige Material, was sie z.B. bei San-Begleitungen brauchen, selbst aus den Ambulanzen, um wenigstens notdürftig eine San-Versorgung sicherzustellen. Ein San-Kraftwagen, der auch als Notfall-Sankra eingesetzt wird, ist defekt. Auf der Strecke Preetz – Plön brachte er es bei einem Unfalleinsatz auf ganze 30 Stundenkilometer. Wochenlang geschah nichts. Die Sanitäter waren darüber empört und ein San-Uffz erklärte gegenüber dem Spieß, daß er sich in Zukunft weigern werde, mit dem Wagen in dem Zustand zu fahren.

Für Oberleutnant Peuthert ist die UNO etwas suspekt

Kassel. Ostpreußenkaserne. Im Rahmen des politischen Unterrichts hat Oberleutnant Peuthert vertreten, daß die BRD ein neutrales Land sei und ihre ökonomische Macht nicht dazu gebrauchen würde, um Weltpolitik zu betreiben. Als ihn ein Soldat darauf hinwies, daß die Bundesregierung Gelder, die für die ZANU gespendet worden waren, habe beschlagnahmen lassen und sich damit gegen einen Beschluß der UNO gestellt habe, die das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Zimbabwe und die Erkämpfung der Unabhängigkeit durch den bewaffneten Befreiungskampf unterstreicht, erwiderte der Oberleutnant: Die UNO sei für ihn sowieso etwas Suspektes, denn da wären zu viele Länder der Dritten Welt drin und die großen Industrieländer hätten zu wenig zu sagen, gemessen an ihren Einwohnern und ihrer ökonomischen Macht.

US-Grenzaggressionen gegen Mexiko

Um mehr als 2000 Mann sollen die als „Grenzpatrouille" bezeichneten US-Truppen an der Grenze nach Mexiko verstärkt werden. Seit die Carter-Regierung die Einwanderungsgesetze massiv verschärft hat, sind in diesem Grenzbereich 93773 Verhaftungen allein im April 1978 erfolgt, vorwiegend an lateinamerikanischen und mexikanischen Arbeitern. Dabei beschränken sich die Polizeitruppen keineswegs auf Straßensperren, Kontrollpunkte auf Autobahnen und eigens für Verhaftungen eingerichtete Polizeistationen, sie deportieren diese Arbeiter, nachdem sie sie zuvor oft tagelang einsperren, und verletzen die mexikanische Grenze. Mit einer üblen chauvinistischen Kampagne versucht die Carter-Regierung, die Spaltung zwischen den mexikanischen und den amerikanischen Arbeitern zu verschärfen, um dem Drang des Kapitals nach Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse in den USA den Weg zu ebnen. Die eingewanderten Arbeiter, die ohnehin den elendsten Bedingungen, dem niedrigsten Lohn und der offenen staatlichen Willkür ausgesetzt sind, sollen in eine wahre Sklavenarmee verwandelt werden. Gleichzeitig ist die zunehmende Erschließung der Erdöl-, Erdgas- und Uranvorkommen in Mexiko ein gewaltiger Stachel für die imperialistische Konkurrenz der beiden Supermächte. So haben die Sozialimperialisten jetzt über die Lieferung von Erdöl und Uran an die Sowjetunion verhandelt und sogar den Verkauf mexikanischer Erdölquellen an Kuba vorgeschlagen.

UdSSR: Neues Kreditnetz nach Afghanistan ausgeworfen

Die sozialimperialistische Supermacht zieht mit fünf neuen Verträgen das Netz noch engmaschiger, um Afghanistan abhängig zu machen und auszuplündern. Drei Vereinbarungen betreffen frühere Abkommen, durch die Afghanistan bereits mit 300 Mio. Rubel verschuldet ist. „Tilgung durch Erzeugnisse des Landes"
„Tilgung durch Erzeugnisse des Landes"
ist die Raubmethode der Supermacht: da diese zu Billigstpreisen geliefert werden müssen, wird die Schuldenlast nennenswert nicht verringert und das Land zur ständig steigenden Ablieferung seiner Produktion erpresst. Die beiden anderen Vereinbarungen betreffen neue Lieferungen für Bewässerungsprojekte und eine Kupfererzaufbereitungsanlage. Die Bewässerungsprojekte sind für die Baumwollproduktion im Norden des Landes, wo die UdSSR „zusätzliche gewaltige Ländereien" ausbeuten will. Afghanistan als Baumwollplantage, das zu Billigstpreisen liefern muß und wo die UdSSR das Monopol besitzt, darauf arbeiten die Neuen Zaren schon länger hin. Im Februar 1975 wurde ein Abkommen geschlossen, das „auf zehn bis zwölf Jahre berechnet (ist)". Infolge dieses Abkommens verdreifachte sich das Außenhandelsbilanzdefizit Afghanistans gegenüber der UdSSR von 1974 auf 1975 schlagartig. Schon 1977 hatte es die Supermacht soweit gebracht, daß sie im Abkommen vom Februar '77 Zahlungsaufschub und die Verlängerung der Rückzahlung bis ins Jahr 1995 diktierte.

Türkei erhöht für UdSSR Aluminiumprofilpreis

Mit der Erhöhung des Preises für Aluminiumprofile aus Seydisehir von 2.10 US-Dollar auf 2.80 US-Dollar pro Kilo führt die Türkei einen Schlag gegen den Sozialimperialismus. 1974 erzielten die Sozialimperialisten durch die Ausbeutung des Aluminiums in der Türkei durch Einkauf zu Niedrigst- und Verkauf zu Höchstpreisen einen Nettogesamtprofit von 27,5 Mio. bis 32,5 Mio. Dollar. Nun sind eben für die Produkte des Werks, das von den Sozialimperialisten aufgestellt wurde, die Preise erhöht worden. Staaten der Dritten Welt im Nahen und Mittleren Osten sowie Guinea bereiten weitere Schläge gegen die UdSSR vor, die sie bisher über die Bauxitförderung und Aluminiumproduktion ausplündert. Iran will den Arakschmelzofen mit einer Jahresleistung von 50000 t auf 120.000 t bis 1980 ausbauen und hat dazu mit der indischen Aluminiumgesellschaft einen Vertrag zur Belieferung von 140000 t Aluminium pro Jahr geschlossen. Im Juli 1977 wurde von den arabischen Staaten in Bagdad ein umfassender Plan für die weitere Zusammenarbeit ausgearbeitet, der noch dieses Jahr verabschiedet werden soll. Abu Dhabi, Dubai, Qatar, Kuwait, Irak, Syrien, Libyen und Algerien planen, eigene Aluminiumschmelzöfen aufzubauen. Da keine Bauxitreserven in größerem Ausmaß vorhanden sind, werden Ersatzmetalle für Bauxit erforscht. Ägypten, Irak, Kuwait, Libyen, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate haben mit Guinea ein Abkommen über ein gemeinsames Unternehmen über 1 Mrd. US-Dollar zur gegenseitigen Nutzung von Bauxit und Aluminium gegründet.

Britische Bergarbeiter gegen „Produktivitätsabkommen"

Interview mit einem Bergarbeiter / Streik und Überstundenboykott gegen Schinderei

Das britische staatliche Bergbaumonopol National Coal Board (Nationale Kohle-Direktorium) hat alles andere als die erhoffte Ruhe in den Bergwerken nach der Durchsetzung der Produktivitäts-Schemata Ende letzten Jahres und Anfang dieses Jahres gebracht. Für eine Woche traten in der vorletzten Woche 36 Rettungsarbeiter in Yorkshire in den Streik, unterstützt durch dreitägige Vollstreiks in mehreren Gruben für ihre Forderung nach anderer Einstufung in der Bonus-Skala. In der nächsten Woche wird wahrscheinlich eine Urabstimmung über die Unterstützung aller Bergarbeiter in Yorkshire für die Forderung der Rettungsarbeiter stattfinden. In vielen Bergwerken im ganzen Land finden kurze Streiks, Warnstreiks und Überstundenboykotts gegen die hohen Zielvorgaben statt, die die Kapitalisten für das Produktivitätsschema ausgeben. Die britischen Bergarbeiter sammeln sich zum Gegenschlag gegen die Ergebnisse der Niederlage, die ihnen die Kapitalistenklasse mit der Einführung dieser Abkommen zur Verschärfung der Ausbeutung aufzwingen konnte.

Im Februar bereits, bei Abschluß solcher Abkommen in zwei Drittel aller Gruben, jubelte Sir Derek Ezra, oberster Ausbeuter von National Coal Board, inzwischen sei die durchschnittliche Produktion pro Mann bereits um 50 Kilogramm pro Tag auf 2,3 Tonnen gesteigert worden. Er rechne mit „weiteren Wohltaten, wenn der Rest abgeschlossen hat". Insgesamt wollen die Kapitalisten einen 10% höheren Ausstoß durchsetzen, und das mit wesentlich verringerter Belegschaft – im Februar waren bereits 2200 Arbeiter weniger in der Industrie beschäftigt als 1977.

Welche „Wohltaten" das System für die Bergarbeiter bereithält, zeigt unser Interview mit einem Bergarbeiter. Einige ergänzende Zahlen: In den ersten 12 Wochen des Jahres stieg die Zahl der tödlichen Unfälle gegenüber 1977 von 1 auf 12, die der schweren Verletzungen von 99 auf 136, wobei die Zahl der Todesfälle fast den Stand von 1975 wieder erreicht hat (15), die Zahl der Schwerverletzten erheblich darüber liegt.

Möglich war die Durchsetzung des „Produktivitätsabkommens" gegen die kampfstarken Bergarbeiter nur durch ein großes Spaltungsmanöver der Gewerkschaftssozialdemokratie. Nach Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses und einer Urabstimmung *gegen* jedwede Art von Produktivitätsabkommen erlaubte die Führung *bezirklich* abgeschlossene Abkommen. Verbunden mit dem Umfall im Lohnkampf auf ein 10%-Angebot (und die Bergarbeiter wußten, daß ihre Führung nichts anderes im Sinn hatte) schuf sie so die Bedingungen dafür, daß ein Teil der Bergarbeiter – ein kleiner Teil zunächst – in bezirklichen Urabstimmungen für solche Abschlüsse votierte und damit die Arbeiter der größeren Bezirke unter scharfen Konkurrenzdruck gesetzt wurden. Schließlich stimmten auch sie wie in Schottland, Wales und Yorkshire, die bis zuletzt die Abkommen bekämpft hatten, in Urabstimmungen zu.

Die Produktivitäts-Intensitäts-Schemata enthalten die vielfältigsten Spaltungsmöglichkeiten. In ein- und demselben Bezirk reicht die Skala der wöchentlichen Prämien von 0,35 Pence (1,40 DM) bis 85,85 Pfund (343 DM). Die verschiedenen Bezirke mit unterschiedlichen natürlichen Bedingungen im Kohleabbau werden von den Kapitalisten gegeneinander ausgespielt. Die Bergarbeiter arbeiten daran, die Einheit in der Gewerkschaft auf Grundlage der Ablehnung der Produktivitätsabkommen und der Forderung nach einem höheren festen Grundwochenlohn herzustellen. – (Korrespondentenbericht London)

Unterhaltskosten der Königin jetzt 2,55 Mio. Pfund

2,55 Millionen Pfund, über zehn Millionen Mark, kassiert Elisabeth II. im laufenden Finanzjahr aus den Taschen der Massen, 147 Millionen Mark mehr als im letzten Jahr. Davon werden Prinzen und Prinzessinnen, ein Hofstaat und die diversen Annehmlichkeiten des königlichen Luxuslebens gezahlt. Die Einzelheiten der „Civil List", wie die Festlegung ihrer Zuwendungen aus der Staatskasse heißt, wurden in der letzten Woche veröffentlicht. Der Premierminister, der zusammen mit anderen hohen Staatsbeamten die Summe alljährlich mit der Königin aushandelt, habe Wert auf eine Steigerung der Gesamtsumme unter 10 Prozent gelegt, erfährt man. 10% war die Lohnleitlinie der Regierung, mit der die Bourgeoisie die weitere Verelendung der Arbeiterklasse voranbrachte. Prinzessin Anne erhält trotzdem jetzt 60000 Pfund statt bisher 50000. Die Preise für die Pferdezucht sind erheblich gestiegen, wie auch der Unterhalt des Mark Phillips (Beruf: Gatte der Prinzessin). Außerdem kostet das königliche Balg Geld. Was sind da 10000 Pfund mehr? Prinz Charles hat Zahlung aus Steuergeldern nicht nötig. Er erhielt ein Herzogtum, aus dessen Landgütern er die Hälfte des jährlichen Profits von 220000 Pfund (880000 Mark) steuerfrei bezieht.

Wozu unterhält die britische Bourgeoisie das, was da auf dem Rücken der Massen schmarotzt? Als Touristenattraktion? Auch. Aber der Nutzen für die Imperialisten ist viel größer. Die Feiern zum 25jährigen Regierungsjubiläum Elisabeths im letzten Jahr waren mitten in heftigen Klassenauseinandersetzungen als eine einzige chauvinistische Verbrüderung „der Nation" angelegt. In den Notstandsgesetzen der britischen Bourgeoisie spielt die Monarchie eine bedeutende Rolle bei der Errichtung der zügellosen Willkürherrschaft der Imperialisten. Und die Königin ist Staatsoberhaupt verschiedener Commonwealth-Länder, z.B. Australiens, dessen Regierung 1975 in ihrem Namen durch die britischen Imperialisten abgesetzt wurde. Und wie elegant läßt sich der Anspruch der Besatzungsmacht auf Westberlin durch die mitgebrachte Staatskarosse und die Parade der eigenen Truppen vor ihrem Oberbefehlshaber demonstrieren. All das wäre mit einem schlichten Ministerpräsidenten nicht möglich, der könnte auch nicht wie der Nichtstuer Charles, Prinz von Wales, nach Brasilien fahren und dort neben Sambatanzen und Urwaldexpedition „aggressivere Verkaufsmethoden" der britischen Monopole ankündigen.

Imperialistische Expansionspropaganda und chauvinistisches Gift sind die Handelswaren, mit denen die königlichen Hoheiten im Geschäft bleiben.

Das folgende Interview haben wir mit einem Arbeiter der Woolley Colliery in Barnsley/Südyorkshire geführt. Er hat mit 15 in der Grube angefangen und arbeitet dort jetzt seit 16 Jahren.

Wann ging die Sache mit dem Produktivitätsschema los?

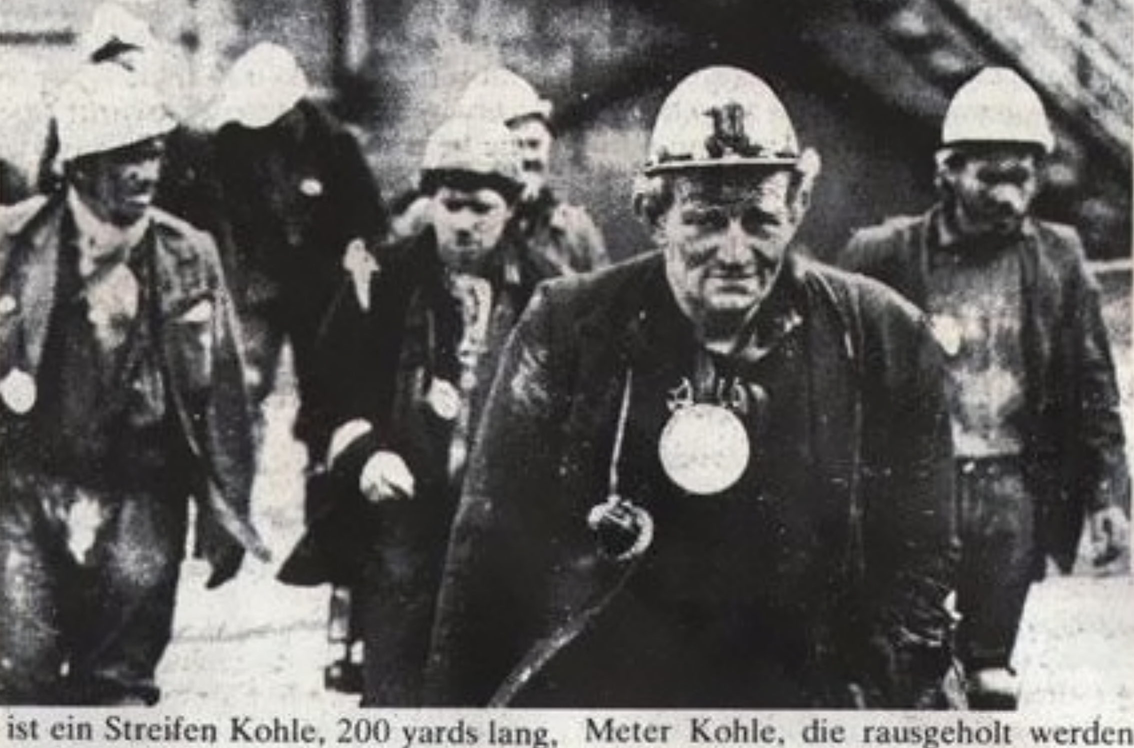
Sie brachten es im letzten November auf. Die Bergarbeiter wollten eine Lohnerhöhung auf 135 Pfund (in der Woche, 520 DM brutto, d. Red.) für Faceworker, also die Arbeiter, die unter Tage die Kohle abbauen, und wir wollten diese 135 Pfund als festen Wochenlohn. Das National Coal Board sagte: Nein, meine Herren, und die Regierung sagte: Nein, sagten sie, das sei unmöglich. 10% und so weiter, aber sie versprachen, daß wir mindestens weitere 23 Pfund in der Woche verdienen würden mit Intensitäts-Schemata. Gut, dann haben sie eine Abstimmung darüber veranstaltet, die meisten von uns stimmten mit Nein, weil wir es nicht wollten. Aber dann wurde mehr und mehr Druck gemacht, Druck von der Gewerkschaft, Druck vom National Coal Board, und so haben sie es durchgekriegt. Und mit dem Versprechen, daß wir 23 Pfund mehr verdienen würden, extra, und daß dies bis zu 50, 60 Pfund sich steigern könnte. Aber was sie nicht berücksichtigt haben, sind die schlechten Bedingungen unter Tage in einer Grube wie der hier. Ich glaube, das meiste, was wir überhaupt durch dieses Intensitätsschema verdient haben, waren 10 Pfund. Gut, darum haben wir einen Überstundenstreik begonnen und führen ihn, bis sich da was geändert hat. Wir wollen diese Vorgabe runterbringen, auf die gleiche Stufe wie die Bergwerke in Nottingham, die bessere Bedingungen haben.

Was hat ein Bergarbeiter vor der Einführung des Intensitäts-Schemas verdient?

Ein normaler Wochenlohn für 5 Tage war 70 Pfund (280 DM brutto), ohne Überstunden. Das war netto ungefähr 45, 46 Pfund (180 – 184 DM). Normalerweise geht aber eine Samstags- und Sonntagsschicht rein. Meistens gehst du in der einen Woche am Samstag oder am Sonntag, in der nächsten Woche vielleicht am Samstag und Sonntag, das hängt davon ab. Ich hatte mit Überstunden so um die 100 Pfund in der Woche (400 DM), netto waren das vielleicht 60 Pfund (240 DM). Und die Sache mit den Intensitäts-Bonussen, das war die Antwort auf unsere Forderung nach 135 Pfund Grundlohn, ohne Überstunden.

Wie funktioniert das Schema genau?

Grundsätzlich ist es so, daß sie ein Ziel in Shears angeben. Ein Shear, das



ist ein Streifen Kohle, 200 yards lang, das sind 180 Meter. Es funktioniert so: im Abstand von 180 Metern werden zwei Stollen vorgetrieben, parallel zueinander. Zwischen den Stollen ist das Flöz. Vor dem Flöz, also zwischen den Stollen, fährt der Shearer hin und her, auf Schienen. Mit einer Scheibe und einer Trommel wird die Kohle gelöst und dann über ein Band in einen der Stollen gebracht. Und der Streifen, den der Shearer bei der Fahrt von einem Stollen zum anderen mitnimmt, das ist ein Shear. Und das ist die Basis der Berechnung, wie oft das Ding hin und her fährt, wieviele Shears wir machen.

Hinter der Maschine kriecht dann ein Mann, der sie bedient. Er muß kriechen, weil das Flöz hier nur 30 inch (75 cm) dick ist. Dann sind andere Leute an der Maschine, insgesamt fünf, zwei davon bauen die hydraulischen Streben ein, wenn der Shearer vorbei ist. In den beiden Stollen sind jeweils drei oder vier, die die Stollen mit Presslufthämmern vorantreiben, immer etwas vor dem Shear, damit er angesetzt werden kann. Und andere Arbeiter räumen den Fels und das taube Gestein in die Hohlräume, die abgebaut sind.

18 bis 19 Leute an einer Maschine, das ist eine komplette Einheit. Mit diesem Intensitäts-Schema geht das so: Wenn du 18 Mann an einem Flöz hast und die Bedingungen sind übel und du forderst einen weiteren Mann an, dann kriegst du zwar den Extramann, mußt aber 80 Meter extra schaffen, um seinen Lohn rauszukriegen. Und das kommt zu dem Vorgabeziel dazu. Und so arbeitest du lieber unterbemannt, besser, du bist gezwungen, unterbemannt zu arbeiten, weil du das andere nicht schaffst.

Wieviel sollt ihr schaffen, um die 23 Pfund extra zu kriegen?

Zweieinviertel Shears, das sind 400 Meter Kohle, die rausgeholt werden müssen. Vorher hatten wir im Durchschnitt eineinhalb, das sind 270 Meter. Jetzt machen wir sogar noch weniger, weil die Bedingungen noch schlimmer sind als vorher, und wir sind unterbemannt. Deshalb haben wir den Überstundenstreik angesetzt und führen ihn, bis wir anderthalb Shears kriegen, das, was wir vorher gemacht haben.

Was bekommt ihr als Bonus im Augenblick für diese anderthalb Shears?

So gut wie nichts. Diese Woche kam es auf 4 Pfund, 4 Pfund vor Steuern. Vier Pfund. So, haben wir gesagt: Das machen wir nicht mehr mit.

Wie sieht es damit in den anderen Bergwerken aus?

Es hängt davon ab, welche Art von Bergwerk es ist. In unserem Bergwerk ist die Kohle ungefähr 30 inch dick, in der Gegend um Nottingham ist sie sechs Fuß dick (1,8 Meter), das macht die Arbeit einfacher. Da hat es Durchschnittszahlen von 30, 40 Pfund in der Woche gegeben, das können wir nicht erreichen. Und alle Schemas werden nach sechs Monaten überprüft, und das bedeutet folgendes: Im Augenblick haben sie 30 und 40 Pfund, und nach sechs Monaten wird das National Coal Board sagen: „Ihr verdient zuviel" und es runterbringen. Ich denke, die ganze Sache ist ein großer Dreck. Wir wollen einen festen Wochenlohn, nichts anderes.

Wie konnten sich National Coal Board und Regierung durchsetzen bei der Einführung des Schemas?

Der Bergarbeiter hat überhaupt kein Interesse daran. Für mich steht fest, daß es unsere Führer in der Gewerkschaft, die Spitzenleute, waren, die es wollten, der TUC (der Gewerkschaftsdachverband, Red.) hatte eine Menge damit zu tun. Wir wollten es nicht, aber der TUC und die Spitzenleute der Gewerkschaft sagten uns: Nehmt die 10% und ihr kriegt diesen Bonus, was gar nicht funktionieren konnte. Es war die Gewerkschaftsführung und die Regierung, an einem Ende. Wir hatten das früher schon mal, ein solches Intensitäts-Schema, es wurde Contract-Work, Vertragsarbeit genannt. Du wurdest nach dem bezahlt, was du gearbeitet hattest. Wir haben es zu Fall gebracht, wir wollten es nicht.

Wann war das?

1974. Es war sogar noch ein besseres Schema als dies jetzt, du wurdest per Tonne bezahlt. Wir haben es zu Fall gebracht, weil es zu gefährlich war, weil es schlechte Arbeitsbedingungen gebracht hat. 1974 war ein großer Streik von acht Wochen in der ganzen Kohleindustrie. Vorher hatten wir nur 35 Pfund gekriegt, als Resultat des Streiks mußten sie die Grundlöhne auf 60 Pfund erhöhen, und das Contract-System wurde abgeschafft. Aber seitdem haben wir uns von diesen 60 Pfund nicht wegbewegt, tatsächlich haben wir weniger, weil es 5%- und 4%- und 8%- und 10%-Abschlüsse gab.

Bei diesem Schema jetzt machen wir den Überstundenstreik. Wir haben zwei Tage voll gestreikt und hatten dann eine Vollversammlung, mit Gewerkschaftsführern usw. Gut, sagten wir, wir arbeiten wieder, aber nur auf der Basis Arbeit nach Vorschrift und Überstundenboykott. Und ich denke, wir gewinnen diese Schlacht. Wir bringen entweder die Vorgabe runter oder kriegen mehr Leute. Sie kriegen jetzt mehr Arbeit, aber du wirst tatsächlich nicht gezahlt dafür, und nach sechs Monaten, falls du zuviel verdienst, drücken sie dich. Es ist mehr Arbeit für weniger Geld.

Welche Möglichkeiten siehst du, das Schema ganz zu Fall zu bringen?

Es sind die Arbeiter, die es nicht wollen. Auf der nächsten Gewerkschaftskonferenz brauchen wir eine Abstimmung darüber, aber eine faire Abstimmung. Denn in Wirklichkeit waren bei den Abstimmungen mehr Arbeiter dagegen als dafür. Aber sie zählten nicht die Stimmen, sondern die Bezirke. In Yorkshire sind 65.000 Bergarbeiter. Und wir haben nur drei Bezirke. Das wurde auf den Konferenzen als drei gezählt. Solche Gegenden wie Kent, wo es 2.000 Bergarbeiter gibt, die aber vier Bezirke haben, wurden mit vier Stimmen gezählt.

Was ich den deutschen Bergarbeitern raten kann, ist, niemals ein Intensitäts-Schema wie dies zu akzeptieren. Ich würde es immer niederstimmen und einen anständigen Grundlohn fordern.

Afrikanische Staaten gegen dauernde Verletzung ihres Luftraumes

Die „Luftbrücke" der Sozialimperialisten nach Äthiopien

Große Besorgnis ruft die direkte militärische Einmischung der Warschauer-Pakt-Staaten und Kubas in die inneren Probleme Afrikas bei vielen afrikanischen Staaten hervor, wie Ugandas Präsident Idi Amin kürzlich in einem Gespräch mit dem stellvertretenden sudanesischen Außenminister Francis Deng betonte. Das „Problem Eritreas" sei sehr ernst zu nehmen und könne mit Leichtigkeit zu einer Spaltung in Afrika führen. Die Beteiligung externer Kräfte wie z.B. der kubanischen Soldaten und die sowjetische Unterstützung für Äthiopien mache die Situation sehr kompliziert und gefährlich.



Mit diesen Großraumtransportern AN-22 fliegen die Warschauer-Pakt-Staaten und Kuba unter der Führung der Sozialimperialisten tagtäglich Waffen und Munition nach Addis Abeba. Auf ihren Flügen verletzen die russischen Militärflugzeuge unablässig den Luftraum mehrerer unabhängiger Länder.

Nach Angaben von Radio Mogadischu ist der „Warschauer Pakt völlig, sowohl militärisch wie auch politisch, in die Angelegenheiten des Horns von Afrika verwickelt." Die größten Kontingente stellen neben Kuba und den Sozialimperialisten Einheiten der „Nationalen Volksarmee" der Deutschen Demokratischen Republik. Im Juli 1977 kam es schon zur Verdichtung der sowjetischen Luftbrücke nach Addis Abeba, während ein kubanisches Kontingent von etwa 500 Mann seine Tätigkeit aufnahm. Mitte September trafen unter anderem die ersten Transporte moderner Kampfflugzeuge aus der Sowjetunion ein. Ende Dezember nahmen dann die Waffenlieferungen der Sozialimperialisten nach Addis Abeba, darunter T-62-Panzer, sprunghaft zu. Auch die Zahl der kubanischen „Militärberater", die mittels einer Luftbrücke nach Äthiopien gelangten, stieg auf einige Tausend. Die Waffenlieferungen der Sozialimperialisten beliefen sich bis Jahresende auf einen Gegenwert von etwa einer Milliarde Dollar. Truppen aus der DDR seien verantwortlich für das Fernmeldewesen, die Radartechnik und das Informationswesen. Die Sozialimperialisten für die Luftwaffe und die Panzer, erklärte der somalische Informationsminister auf einer Pressekonferenz in Peking. Er fuhr fort und erklärte, „die Sowjetunion benutze Afrika, um Europa einzuschließen."

Die sowjetischen Waffenlieferungen in das nördliche Afrika oder das Horn von Afrika laufen zumeist von sächsischen Stützpunkten oder den Militärbasen im Gebiet von Kiew. Für diesen gewaltigen Waffentransport haben die Sozialimperialisten eine gigantische Luftbrücke aufgebaut. Sie kann ohne Übertreibung als eine der größten militärischen Lufttransportoperationen bezeichnet werden. Im Dezember letzten Jahres besuchten der russische Verteidigungsminister und der russische Luftwaffenkommandant Addis Abeba. Es ist anzunehmen, daß die beiden Vertreter der sozialimperialistischen Supermacht die direkten Vorbereitungen zur Durchführung der Luftbrücke trafen.

Die russischen Militärflugzeuge verletzen auf ihren Flügen nach und von Addis Abeba den Luftraum mehrerer unabhängiger Staaten und geben diesen während ihrer Flüge laufend falsche Informationen.

Mit ungleichen Verträgen haben sie verschiedene Länder zu Luftfahrtabkommen gezwungen. Zuletzt schlossen sie am 19. März dieses Jahres ein „Abkommen über den Luftverkehr zwischen der UdSSR und Kuweit" ab, das beiden das Recht einräumt, jeweils „zwei Flüge in der Woche zwischen der UdSSR und Kuweit sowie *darüber hinaus* durchzuführen". Der Türkei gegenüber berufen sie sich auf das türkisch-sowjetische Luftverkehrsabkommen von 1969, mit dem die Sozialimperialisten Überflugrechte (mit Passagier- und Frachtflugzeugen) erlangten und welches das Abkommen von Montreux von 1963 über die Benutzung des Wasserweges am Bosporus ergänzte. Bedingung dabei ist, daß die Flüge 24 Stunden vorher angemeldet und über festgelegte Korridore abgewickelt werden müssen. Außerdem dürfen die Flugzeuge *keine* fest montierten Waffen oder Aufklärungsgeräte an Bord haben. Wie die „Österreichische Militärische Zeitschrift" richtig bemerkt, sind „diese Bedingungen auch bei Militärflugzeugen herstellbar".



Mitglieder der Volksbefreiungsarmee von Eritrea, entschlossen, ihr Land zu verteidigen und die Errungenschaften ihrer Revolution zu sichern.

Um ihre imperialistischen Expansionspläne militärisch abzusichern, sind die Sozialimperialisten fieberhaft bemüht, Flugbasen und Überflugrechte zu schaffen. Der sowjetische Luftmarschall Boris Bugajew äußerte sich Anfang letzten Jahres triumphierend zum Ausbau der Zivilluftfahrt und Lufttransporte. Die Gesamtlänge der sowjetischen internationalen Linien sei auf das Anderthalbfache gestiegen und der Umfang der Transporte auf das 1,6fache.

Mit dem Abschluß des Luftverkehrsabkommens mit Kuweit können die Sozialimperialisten direkt von Kiew aus über das Schwarze Meer, die Türkei, den Irak, Kuweit und den Persischen Golf nach Addis Abeba fliegen und ihre wütende Soldateska versorgen.

Die sozialimperialistische Invasion am Horn von Afrika stößt auf den erbitterten Widerstand der afrikanischen Völker. Aus vielen Ländern Afrikas, so betonte Präsident Idi Amin, habe er die Information erhalten, „daß sie jedes Überfliegen ihres Luftraumes durch kubanische Flugzeuge unterbinden werden". – (Z-Red.)

Palästina: Stationen des Wegs in die Flüchtlingslager

1920 wird Palästina nach dem Zusammenbruch des osmanischen Reiches als Kriegsbeute britisches Mandatsgebiet. Die britischen Imperialisten fördern die Kolonisation durch die Zionisten, um sich einen festen Brückenkopf in dem strategisch wichtigen Gebiet in der Nähe des Suez-Kanals und im Herzen der arabischen Nation zu schaffen.

1920 – 1936 kommen 280000 jüdische Kolonialisten nach Palästina. Von 24000 im Jahr 1882 war die Zahl der Juden durch die Kolonisation bis 1914 bereits auf 85000 angestiegen. Ihr Anteil an der Bevölkerung stieg von 10% im Jahr 1919 auf 30% im Jahr 1936. Die Zionisten kauften Land von Großgrundbesitzern, meistens von solchen, die außerhalb Palästinas lebten. So kauften sie mit imperialistischem Kapital zwischen 1921 und 1925 22 Dörfer im Esdraelon-Tal von dem in Beirut lebenden christlichen Grundbesitzer Sursoq. 1750 Bauernfamilien wurden landlos gemacht und in die Städte gezwungen. Systematisch wurde der britische Kolonialstaatsapparat mit Zionisten besetzt, die Organisationen der Zionisten zahlten z.B. Lohnzuschüsse an Zionisten, die in die Polizei und Verwaltung eintraten.

1936 – 1939 führt das palästinensische Volk große Aufstände durch, die 1936 mit einem Generalstreik beginnen und 1937 zur bewaffneten Erhebung führen. Die britische Regierung muß angesichts der Kämpfe 1939 erklären: „Es ist nicht Teil ihrer (der Regierung) Politik, daß Palästina ein jüdischer Staat werden soll." Die Einwanderung werde auf 750000 weitere jüdische Einwanderer in fünf Jahren beschränkt, danach solle ein unabhängiger palästinensischer Staat ausgerufen werden. – Trotz der Landkäufe gelang es den Zionisten bis 1946 nur, 7% des Landes unter ihre Kontrolle zu bekommen (1917: 2%).

1947 beschließt die damals unter Kontrolle der US-Imperialisten stehende UNO, der die britischen Imperialisten „das Palästinaproblem übertragen" hatten, die Teilung Palästinas in einen zionistischen und einen arabischen Staat.

1948, kurz vor dem Rückzug der britischen Truppen und mit ihrer Duldung, verüben die zionistischen Terrortruppen, die seit 1939 vom britischen General Wingate ausgebildet wurden, eine Reihe
Wingate ausgebildet wurden, eine Reihe
von feigen Überfällen zur „Säuberung" des Landes von den Besitzern und Bewohnern, den palästinensischen Massen. Am **9. April** überfallen sie das Dorf Deir Yassin und bringen 250 Palästinenser um. Die wenigen Überlebenden verfrachten sie nackt auf Lastwagen und fahren sie im Triumph durch die jüdischen Viertel Jerusalems. Anführer der ausführenden Terrorgruppe Irgun war Begin, derzeitiger Premierminister. Am 22. April überfallen sie das Dorf Nassriddin, bringen mit Maschinengewehren und Handgranaten die gesamte Bevölkerung um. Neben den unzähligen Terroranschlägen kommt es um die Städte zu regelrechten Schlachten zwischen den Zionisten und den palästinensischen Massen. Insgesamt verlassen als Ergebnis des Terrors und neuer Drohungen 300000 Palästinenser zwischen dem 9. April und dem 15. Mai 1948 ihr Land. Am 15. Mai kommen arabische Truppen aus Ägypten und Syrien zu Hilfe. Die Zionisten müssen sich zurückziehen. Die US-Imperialisten setzen in der UNO eine Waffenstillstandsresolution für vier Wochen durch. In der Zeit rüsten sie die Zionisten weiter auf, unter anderem erhalten sie Flugzeuge mit US-„Freiwilligen" als Piloten. Die Zionisten können daraufhin wieder vorgehen, weitere 150000 Palästinenser fliehen vor ihnen. Während des folgenden zweiten Waffenstillstands und Abzugs der arabischen Truppen müssen weitere 175000 ihr Land verlassen.

1948 – 1967. Durch dauernde Überfälle des Zionistenregimes, der Agentur des US-Imperialismus, werden ganze Dörfer entlang den Grenzen des Kolonialstaates entvölkert, die Bewohner umgebracht oder zu Flüchtlingen gemacht. **1965** nimmt der bewaffnete Kampf mit den ersten Guerillaaktionen der Al Fatah einen neuen Aufschwung.

1967 führen die Zionisten einen neuen Raubkrieg und vertreiben mit der Besetzung der Westbank, der Golan-Höhen und der Sinai-Halbinsel erneut 459000 Palästinenser, 249000 von ihnen zum zweiten Mal.

Nach 1967 setzen die Zionisten die Politik der Landvertreibung in den besetzten Gebieten fort, holen sich aber immer öfter blutende Köpfe am Widerstand der palästinensischen Volksmassen. Im Krieg der arabischen Nation gegen den US-imperialistischen Brückenkopf 1973 stecken die Zionisten eine Niederlage ein. – (Z-Red.)

Das Siedlungsprojekt der Regierung Begin

Seit der Gründung des Siedlerstaates Israel 1948 bis heute führten die Zionisten fünf Aggressionskriege gegen das palästinensische Volk und die arabischen Staaten. Seither halten sie das Land Palästina, die syrischen Golanhöhen und die ägyptische Sinai-Halbinsel besetzt.

Gegen den Widerstand der palästinensischen Volksmassen in den besetzten Gebieten, gegen die Beschlüsse der UNO-Vollversammlung und gegen die Forderungen der Länder der Dritten Welt treiben die Zionisten die „Besiedlung" in den besetzten Gebieten voran. Allein im Jahre 1977 haben sie 163000 Dunum (1 Dun gleich 7,5 Ar) Land der palästinensischen Bauern geraubt. Die folgende Aufstellung, die sich lediglich auf offizielle Angaben der israelischen Zeitung „Haaretz" bezieht, zeigt das Ausmaß der „Besiedlungsaktionen" der Regierung Begin:

1550 Siedler in den Siedlungen der Gush Emunim südlich Jerusalem
1700 in Kirjat-Arba in Khalil
1500 in den Siedlungen entlang des Jordans
2600 in Rafah
1100 auf der Sinai-Halbinsel
90000 in den Neubausiedlungen um Jerusalem.

In diesem Jahr betreiben die zionistischen Besatzer besonders den Ausbau weiterer Siedlungsprojekte in den Gebieten westlich des Jordans, um die „Grenzen zu sichern", aber auch auf den Golanhöhen, im Gazastreifen und auf dem Sinai. Im Januar 1978 legte Sharon, Vorsitzender des Siedlungsausschusses der Knesset, den Plan für drei neue Siedlungen in „Judäa und Samaria", wie die Zionisten das besetzte Gebiet westlich des Jordans bezeichnen, vor, die innerhalb von drei Monaten fertiggestellt werden sollten. Im Februar 1978 wurde der Plan für die Errichtung von 14 neuen Siedlungen als „Sicherheits-Pufferzone" entlang des Jordans beschlossen. Zur gleichen Zeit veröffentlichte die „Jewish Agency" (die Organisation der Zionisten, die bereits seit der Gründung Israels die Einwanderung organisiert) ihren Plan, in den nächsten fünf Jahren 57 Siedlungsbauprojekte in „Judäa, Samaria, der Region Rafah auf dem Sinai, auf den Golanhöhen und in Galiläa" fertigzustellen. Im April 1978 beschloß die Regierungskommission für Siedlungsangelegenheiten 14 Genossenschaften verbunden mit der Errichtung von Industrieprojekten in Galiläa, Segev, Talamun, Wadi-Arba und im Negev auf der Sinai-Halbinsel.

Allein im Jahre 1977/78 beschlagnahmten die zionistischen Besatzer im Gebiet von Galiläa 80000 Dunum Land der palästinensischen Bauern. Mit der Begründung, die Beduinen aus dem Negev könnten keine Besitzurkunden vorweisen, beschlagnahmten sie dort 28000 Dunum Land für Industrieprojekte. Als „Gefahr für die öffentliche Sicherheit" wurden die Gebäude der Bauern zerstört, ihr Vieh getötet und die palästinensischen Bauern von ihrem Land vertrieben. „Könnten sie gültige Besitzurkunden vorweisen, dann könnten sie auch Entschädigung für das Land erhalten", so begründete Begin den Landraub an den Bauern in der Wüste Negev.

Die Negev-Bewohner protestierten gegen diesen Landraub der Besatzer. In vielen Dörfern fanden Demonstrationen gegen die Besatzung statt, wurden Polizei- und Militärstationen der Zionisten angegriffen. In Dimona versammelten sich über 500 Araber gegen die Beschlagnahmung ihres Landes.

Während des Überfalls der Zionisten auf den Südlibanon steigerten die palästinensischen Volksmassen in den besetzten Gebieten ihre Kämpfe gegen die Besatzer. In allen Teilen des Westufers, im Gazastreifen, auf den Golanhöhen und auf dem Sinai kommt es zum Generalstreik. In Khan Younes im Gazastreifen verbrennen die demonstrierenden Bewohner die Polizeistation der Zionisten. In Nablus finden die größten Demonstrationen seit dem Aufstand von 1974 statt. Auch in Israel wächst die Unterstützung des Kampfes des palästinensischen Volkes. Unser Bild zeigt eine Demonstration während des Zionistenüberfalls in Israel.

Am 30. März, dem „Tag des Bodens", verurteilten die versammelten palästinensischen Bauern in Nazareth diesen Landraub, forderten die Einstellung der Verfolgungen der Bewohner des Negev, die sofortige Zurückgabe alles geraubten Landes und die Abschaffung der Besitzsteuer auf den Boden der Bauern, die durch die Besatzermacht in den besetzten Gebieten seit 1967 erhoben wird.

Im Gebiet von Kirjat-Arba im Jordantal befahl das Verteidigungsministerium der Zionisten, den gesamten Boden, der im Besitz von Palästinensern ist, einzuzäunen, und verbot ihnen jegliche Bautätigkeit auf ihrem Land, denn dies Gebiet sei von der „Regierungskommission für Siedlungsangelegenheiten" vorgesehen für 887 Wohneinheiten für „neue Siedler".

Gegen die Annexion der besetzten Gebiete, die Vertreibung der palästinensischen Bauern und die Errichtung von Wehrdörfern entlang des Jordantals haben die Widerstandsaktionen der palästinensischen Volksmassen einen Aufschwung genommen. Immer wieder werden die Siedlungen angegriffen, die errichteten Wohnsilos zerstört und die Siedler vertrieben. In vielen der errichteten Siedlungen „stehen die Wohnungen noch leer", andere werden von den „Siedlern wieder verlassen", beklagen die zionistischen Baukapitalisten die Erfolglosigkeit der Siedlungsaktionen. Die Siedler fordern mehr Militärschutz gegen den Kampf des palästinensischen Volkes. In der Siedlung Kirjat-Arba am Westufer des Jordans drohten am 11.4. die Siedler, die Siedlung auch weiterhin zu verlassen, wenn ihre „Sicherheit nicht garantiert sei" und die zerstörten Einrichtungen nicht wieder repariert würden. Im Sinai, wo die zionistischen Baukapitalisten einen wahren Bauboom verzeichnen, klagen die Zionisten andererseits über die immer größer werdenden Schwierigkeiten bei der „Besiedlung" des geraubten Landes.

Die palästinensischen Volksmassen hingegen verstärken ihre Anstrengungen, ihre nationale Einheit in den besetzten Gebieten gegen die Besatzermacht zu festigen. Wirtschaftliche Projekte, die vollständig in palästinensischem Besitz sind, treiben sie voran, bauen die Landwirtschaft auf, bauen Straßen- und Stromnetze zwischen palästinensischen Dörfern und Städten aus. Palästinensische Lehrer und Studenten errichten Ausbildungszentren für die Jugend. In Jerusalem haben die palästinensischen Arbeiter mit dem Wiederaufbau ihrer Gewerkschaften begonnen, die 1967 von den Besatzern zerschlagen worden waren. – (Z-Red.)

Peru: Kämpfe gegen Folgen des IWF-Programms

In Peru, dessen Verschuldung in Höhe von 4,2 Milliarden Dollar die US-Imperialisten auszunutzen versuchen, um das Land über ökonomische und politische Erpressung in die Knie zu zwingen, nehmen die Kämpfe der Volksmassen weiter zu. An ihrem massiven Widerstand ist die Durchsetzung des Erpressungsprogramms des Internationalen Währungsfonds (IWF) gescheitert. Der IWF, den die US-Imperialisten zu ihren Zwecken einsetzen, knüpft unverschämte Bedingungen an die Vergabe eines Kredits an Peru und betreibt seit über einem Jahr beständige Einmischung in die Politik der Regierung Bermudez. Monat für Monat stehen Arbeiter einzelner Branchen, Bauern und andere Lohnabhängige im Streik gegen Maßnahmen der Regierung, die dem Druck des IWF nachgibt. Präsident Bermudez hat am 12. Mai eine Regierungsumbildung bekanntgegeben. Ausgewechselt wurden die Minister für Wirtschaft, Finanzen, Inneres und Industrie. Am selben Tag wurden Maßnahmen wie Steuer- und Gebührenerhöhungen, Nichtbezahlung von Überstunden im öffentlichen Dienst, Besteuerung von Im- und Exporten der nationalen Industrie und Abwertung des Sol bekanntgegeben. Am Sonntag, den 14.5. wurden folgende Preiserhöhungen festgelegt: Gas und Benzin 75%, Speiseöl und Mehl 100%, Milch 40%, Transportmitteltarife 60%. Das peruanische Volk beantwortet diese Maßnahmen mit Streiks und Demonstrationen. Neben Lima liegen die Zentren der Massenkämpfe in den Anden: Cusco, Arequipa, Puno. Im ganzen Land kam es zu Straßenschlachten mit der Polizei, Barrikaden wurden errichtet. Die Regierung konnte die Kämpfe nicht unter Kontrolle bringen. Am 22./23.5. fand in ganz Peru ein Generalstreik statt, zu dem die Gewerkschaften aufgerufen hatten. Die Regierung verhängte den Ausnahmezustand und verbot alle fortschrittlichen und revolutionären Zeitungen. Als Befriedungspolitik sagte sie für Anfang Juni allgemeine Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung zu, ein Manöver, wie schon einmal im Jahr zuvor. Für Montag, den 29. Mai, haben die Gewerkschaften und revolutionären Organisationen zum unbefristeten Generalstreik aufgerufen.

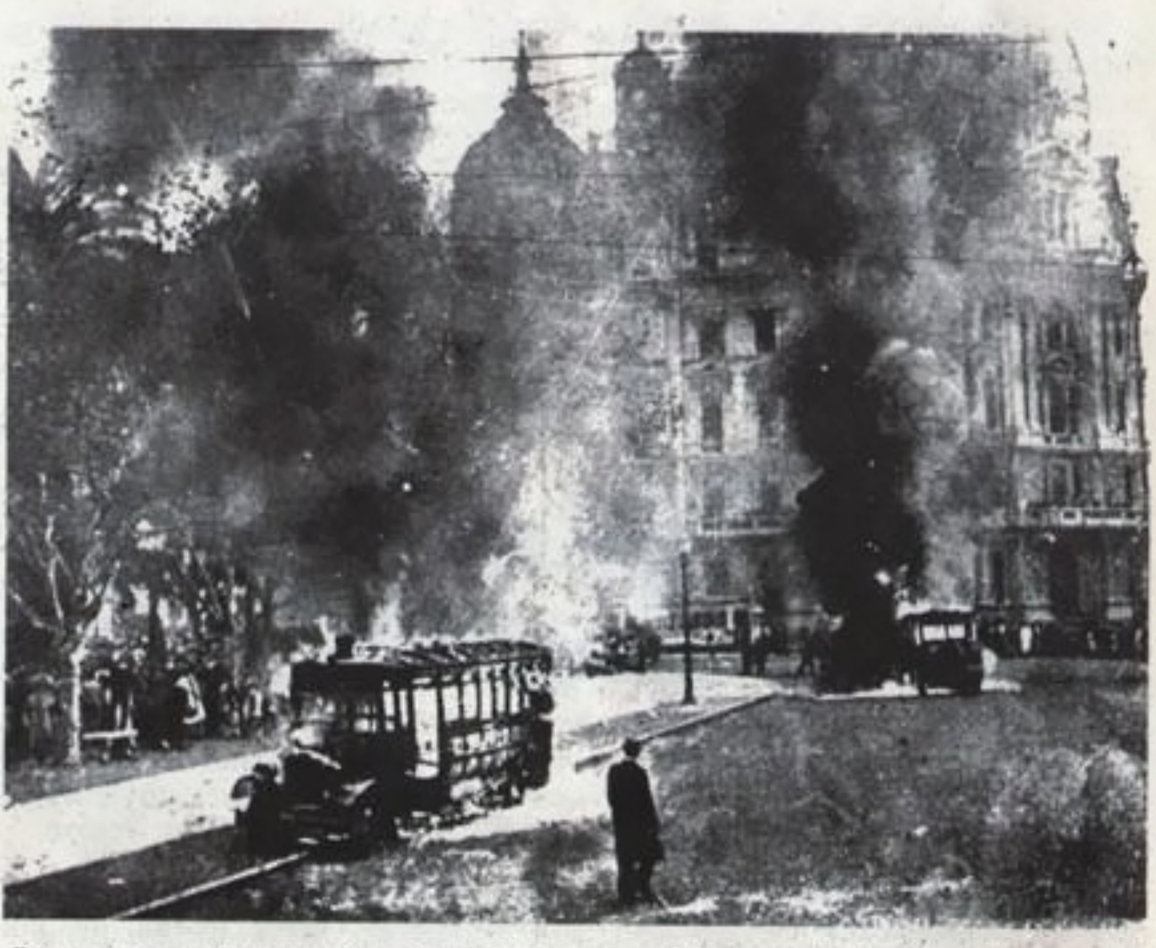
Fußball ja

Fußball ja . . .

Die Volksmassen in Argentinien können sich seit Wochen des weltweiten „Mitleids" kaum noch erwehren. Mit der Fußballweltmeisterschaft traten sie auf den Plan: Pfaffen, „Linke", Amnesty International-Häupter, Bundestagsabgeordnete, Jusos und eifrige Schriftsteller der Hamburger Magazine „Spiegel" und „Arbeiterkampf", alle sind sie für Fußball, aber alle sind sie gegen Folter, gegen Folter in Argentinien, versteht sich. Unter dem Motto „Fußball ja, Folter nein" gibt es jetzt allerorts WM-Preisausschreiben der Jusos, wo man raten kann, wieviele Deutsche in Argentinien verschleppt sind, und der „Arbeiterkampf" macht aus lauter Solidarität sogar Fußballspiele.

Dienen soll diese Kampagne nach Auskunft der Initiatoren der Durchsetzung der „Menschenrechte" in Argentinien. Die Herren des Deutschen Bundestages zeigen großes Verständnis für die „demokratischen Bestrebungen" der westeuropäischen Linken. Ernst Waltemathe, MdB, stellvertretendes Mitglied des Sportausschusses, erklärt: „Nach unseren Begriffen von Demokratie und Menschenrechten war schon 1974 Argentinien kein mustergültiges Land." Offensichtlich erwartet der Herr bei kommenden Gelegenheiten eine etwas frühzeitigere Unterstützung der Politik der Bundesregierung von der westeuropäischen „Linken". Es gibt ja noch so viele „undemokratische" Länder. Sicher fallen da noch Kampagnen für „unsere Begriffe von Demokratie und Menschenrechte" ab. Vorderhand muß erst einmal dafür gesorgt werden, daß „unsere Jungs" den undemokratischen Zuständen anderswo nicht zum Opfer fallen. GSG 9 marschiert. Sie wird der ständige Begleiter des Weltmeisters. Wer soll da noch was gegen sagen, man kennt ja die Zustände in Argentinien. Vielleicht, daß die Herren Jusos noch etwas unternehmen gegen die völlig unverständliche, ja geradezu ungehörige Maßnahme der argentinischen Regierung, den GSG 9-Schützen die Bewaffnung zu untersagen. Sicher lassen sich die Jusos und der Rest der „Linken" nicht lange bitten. Schließlich sind sie ja für Fußball, und was ist eine Fußballweltmeisterschaft mit einem Weltmeister, der durch die undemokratischen Zustände beim Gastgeber in seiner Leistung beeinträchtigt ist? Die Erfahrung lehrt: Wo die GSG 9 ist, ist Mogadischu-Wischnewski nicht weit. Das ist zwar noch nicht die geforderte Internationale Untersuchungskommission, aber immerhin doch schon etwas, oder was meinen die Herren von der linken Szene?

Argentinien, „die Perle des britischen Empire", macht den US-Imperialisten schwer zu schaffen



Der von national und antiimperialistisch gesinnten Offizieren durchgeführte Staatsstreich vom 4. Juni 1943 hatte die Unterstützung des argentinischen Volkes, das sich gegen den immer stärker werdenden Druck des US-Imperialismus, der die Nachfolge des britischen Imperialismus in Argentinien antreten wollte, zur Wehr setzte. Unser Bild zeigt die Spuren dieser Volkskämpfe auf dem Platz des Mai in Buenos Aires.

Begeistert nannten die britischen Kolonialisten im letzten Jahrhundert Argentinien „die Perle des britischen Empire". Diese Perle haben sie anderthalb Jahrhunderte lang geplündert, unterdrückt und in politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit gehalten. Sie tun es heute noch, mußten aber spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg ihre Vormachtstellung an den US-Imperialismus abgeben.

Der erste Versuch der britischen Regierung, sich in Argentinien, am Rio de la Plata festzusetzen, schlug fehl. Die Kreolen, Nachkömmlinge der spanischen Einwanderer und die herrschende Oberschicht mit Grundbesitz und Handelshäusern in Buenos Aires, hatten nicht die Absicht, den spanischen Kolonialherren gegen einen neuen auszutauschen. Sie schlugen die britischen Angriffe auf Buenos Aires und Montevideo in den Jahren 1806 und 1807 zurück und erkämpften sich 1816 gegen Spanien die Unabhängigkeit. Die Briten ließen sich nicht von dem Ziel des „Öffnens der Türe" zu Argentinien abbringen, besetzten 1833 die zu Argentinien gehörenden Falklandinseln als strategischen Brükkenkopf für weitere Maßnahmen und erzwangen zusammen mit der französischen Marine 1845 nach einer Schiffsblockade der argentinischen Häfen das Recht, den La Plata aufwärts mit ihren Schiffen fahren zu können.

Die gerissenen britischen Freihändler nutzten die Widersprüche in Argentinien auf Grund des Bürgerkrieges, im wesentlichen eine Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Großgrundbesitzerklasse und den Kaufleuten von Buenos Aires und erreichten in den sechziger Jahren Konzessionen für den Eisenbahnbau, die ihnen 40 Jahre lang einen siebenprozentigen Profit garantierten sowie Steuererleichterungen und die Gratisabgabe von 3 Meilen Land auf jeder Seite der Bahntrasse. Der Bahnbau bekam durch die Raffgier der britischen Imperialisten ein wahnwitziges



Kundgebung der argentinischen Arbeiterklasse am 1. Mai 1952 in Buenos Aires

Tempo. Bis zum Ersten Weltkrieg waren mehr als 31 000 Kilometer Bahnlinie gebaut, die wie ein Spinnennetz die Region von Buenos Aires umspannte. Mit jedem Kilometer Bahnlinie wuchs die Menge des nach England exportierten Weizens, von Mais, Wolle und besonders von Rindfleisch. Es wuchs auch die Abhängigkeit Argentiniens vom britischen Imperialismus, der das gesamte Transportwesen kontrollierte. Mit jedem Bahnkilometer wuchs aber auch die Arbeiterklasse, die diese Bahn baute, die den Transport durchführte, die Lokomotiven reparierte, die das Fleisch in den aufschießenden Fabriken verarbeitete. Und es wuchs die Gier der Großgrundbesitzer nach Ausdehnung ihres Besitzes auf Kosten der kleinen Bauern und der Indios. In den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts kam es zu mehreren großen Aufständen gegen den kreolischen Feudaladel, als dieser die Masse der Bauern enteignete und zur Arbeit auf den Latifundien zwang. Gegen die Indios wurden regelrechte Ausrottungsfeldzüge durchgeführt, als diese sich den Großgrundbesitzern widersetzten.

Die Arbeiter waren zu einem Teil landlos gewordene Bauern, zum anderen Einwanderer aus Europa, vor allem aus Italien, Spanien, Frankreich und Deutschland, und sie brachten mit ins Land die Kampftradition der Arbeiterklasse ihrer Länder, aber auch die politischen und ideologischen Spaltungen der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern. Trotz dieser Spaltungen hatte die Arbeiterklasse sich aber schnell auf eine Forderung geeinigt: die Nationalisierung der Eisenbahnen, eine Forderung, die auch von großen Teilen der argentinischen Mittelklassen und der Bourgeoisie erhoben wurde. Die Stimmung des argentinischen Volkes gegen die britischen Imperialisten beschreibt am 5. Juni 1891 der „Buenos Aires Standard": „Es war englisches Gold, das Südamerika – besonders Buenos Aires – half, das spanische Joch abzuschütteln. Nichtsdestoweniger ist jetzt die bloße Erwähnung englischen Goldes, wie wenn man einem Stier ein rotes Tuch vorhält."

Die revolutionären Erhebungen der russischen Arbeiterklasse gegen die zaristische Terrorherrschaft 1905 fanden im argentinischen Proletariat einen großen Widerhall. In diese Zeit fallen seine ersten Aktionen, allein 1906 und 1907 400 Streiks, an denen 250 000 Arbeiter beteiligt waren. 1912 erreichte diese Streikwelle ihren Höhepunkt, während gleichzeitig im ganzen Land große Bauernerhebungen stattfanden. Die Arbeiter und Bauern erkämpften das Wahlrecht für Männer und verhalfen 1916 der kleinbürgerlichen Radikalen Partei zum Wahlsieg. Zu diesem Zeitpunkt betrugen die Auslandsschulden Argentiniens 3,3 Milliarden Goldpesos, rund 10mal so viel wie der Wert der in einem Jahr exportierten Waren.

Die Arbeiter bei der von den Briten kontrollierten Eisenbahn entwickelten sich zur Vorhut im Kampf des argentinischen Volkes gegen den Imperialismus. 1917/18 wollten die Alliierten unbedingt den Fleischtransport in den Hafen von Buenos Aires sicherstellen, aber die Arbeiter besetzten Telegrafenämter, jagten Brücken in die Luft, zerstörten Lokomotiven und hielten Truppentransporte auf. Die Briten schäumten vor Wut, als die argentinische Regierung weder Polizei noch Militär gegen die streikenden Eisenbahner einsetzte. Der Verlust für die britischen Imperialisten durch die Aktionen der Arbeiterklasse gegen britisches Eigentum läßt sich statistisch nachweisen: 1917 betrug der Wert des britischen Kapitals in Argentinien 1,95 Milliarden Goldpesos, 1920 noch 1,825 Milliarden.

Nun versuchten die US-Imperialisten, ihre starke Stellung nach dem Ersten Weltkrieg für die Expansion nach Lateinamerika zu nutzen. Ihre Kapitalinvestitionen in Argentinien stiegen bis 1931 auf 807 Millionen Goldpesos. Sie bauten parallel und in ausdrücklicher Konkurrenz zur britischen Eisenbahn Straßen, um sich einen Absatzmarkt für Automobile zu schaffen. Mitte der zwanziger Jahre wurde bereits 50% des argentinischen Außenhandels mit den USA abgewickelt. Dann begannen sie Eisenbahnen aufzukaufen und brachten 42% der Eisenbahnlinien in ihren Besitz. Die Briten reagierten: 1929 zwangen sie die argentinische Regierung zu zusätzlichem Import von britischen Industriegütern im Wert von
Regierung zu zusätzlichem Import von britischen Industriegütern im Wert von
8,7 Millionen Pfund und dazu, auf den wenigen staatlich kontrollierten Eisenbahnlinien nur noch britische Güter zu transportieren; außerdem sollte Argentinien Kunstseide direkt bei britischen Firmen kaufen, ohne sich das günstigste Angebot auf dem Weltmarkt einzuholen. Diese Maßnahmen brachten noch einmal einen kräftigen Vorsprung gegenüber dem US-Imperialismus, aber mit dem Zweiten Weltkrieg hatte das britische Empire seine Hegemonie in Argentinien endgültig ausgespielt.

Argentinien verteidigt während des Zweiten Weltkrieges hartnäckig seine Souveränität. 1940 fordern die USA argentinische Häfen als Marinebasen und freie Passage in argentinischen Gewässern. Die Antwort der Regierung war eindeutig: „Wahre inneramerikanische Zusammenarbeit ist eine ständige Aufgabe und sollte den Handel und die Kultur umfassen; diese Staaten werden dann Fortschritte machen und in der Lage sein, für ihre nationale Verteidigung so große Mittel bereitzuhalten, daß keine Macht der Welt in die Versuchung kommen würde, das Risiko einer Aggression gegen den amerikanischen Kontinent einzugehen." Die USA aber wollten Waffen nur liefern, wenn sie dafür das Recht auf jederzeitige Intervention erhielten. Dies war der Kern der Verhandlungen auf den Konferenzen amerikanischer Staaten 1940 in Havanna und 1942 in Rio de Janeiro. Es sollte eine „ökonomische Mobilisierung" des Kontinents für den Krieg unter Vorherrschaft der USA stattfinden. Nach dem Putsch national gesinnter Offiziere in Argentinien 1943, zu denen auch der spätere Präsident Peron gehörte, schrieb US-Außenminister Hull: „Da Argentinien ... klar gezeigt hat, daß die Streitmacht Argentiniens unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht eingesetzt wird, um die Sicherheit der Neuen Welt zu verbessern, dazu gehören auch die Interessen der Vereinigten Staaten, würde es für den Präsidenten der Vereinigten Staaten unmöglich sein, einem Abkommen zur Lieferung von Waffen und Muniton an Argentinien ... zuzustimmen." US-Schiffe durften keine argentinischen Häfen mehr anlaufen, die USA erkannten die argentinische Regierung nicht an. Dazu meinte Peron, für Argentinien sei es egal, ob die Achsenmächte oder die Alliierten den Krieg gewinnen, die nationalen Ziele Argentiniens seien in jedem Fall nur über die nationale Kontrolle aller Bereiche, eine starke Streitmacht und eine geschickte Diplomatie zu erreichen. Was Peron formulierte, war das Programm der nationalen Bourgeoisie, die sich vom imperialistischen Einfluß lösen wollte. „Das internationale Kapital ist ein Instrument der Ausbeutung, das vaterländische Kapital hingegen dient dem Wohlstand", brachte Peron seine Position 1946 auf den Punkt. Auf dieser Grundlage organisierte er den Versuch, die Arbeiterklasse für das Programm der nationalen Bourgeoisie zu gewinnen, mit Lohnerhöhungen, 13. Monatsgehalt, bezahltem Urlaub, Mindestlohn für Landarbeiter, Wahl von Betriebsräten, Mitbestimmung, Renten- und Invalidenversicherung, Kündigungsschutz, Mietstopp, staat-
Renten- und Invalidenversicherung, Kündigungsschutz, Mietstopp, staat-
lich gefördertem einheitlichem Gewerkschaftsverband CGT. 1948 kaufte die argentinische Regierung die britische Eisenbahn. Wenige Tage nach seinem großen Wahlsieg 1946 nahm Peron diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion auf. Er bezeichnet den „Marschall-Plan" als „US-Dumping" auf dem Getreide- und Fleischmarkt und weigerte sich, die Preise für argentinischen Weizen zu senken, weil die Preise für US-Maschinen sich nahezu verdoppelt hatten.

Seit dem Sturz Perons durch eine US-hörige Offiziersclique 1955 geht in Imperialistenkreisen das Wort um von der „Entperonisierung der Arbeiter", mit anderen Worten, auf Teufel komm raus die Kampfmoral der argentinischen Arbeiterklasse für nationale Befreiung und Unabhängigkeit, gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu brechen. Das ist dem US-Imperialismus bis heute nicht gelungen.

Große Hoffnungen hatte die Arbeiterklasse auf das Comeback von Peron 1973 gesetzt, aber unter dem Eindruck des Kampfes der Arbeiterklasse gingen die herrschende Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer schnell daran, das Bündnis mit dem Imperialismus zu suchen. Am 24. März 1976 putschten US-hörige Generale. Wirtschaftsminister de Hoz ist Präsident des zweitgrößten argentinischen Stahlunternehmens, an dem der US-Konzern United Steel 30% Anteil hält, außerdem argentinischer Vertreter der US-Gruppen Morgan und Baring Brothers und Präsident weiterer vom US-Kapital kontrollierter Firmen: Petrosur S.A. (Morgan-Gruppe), Panamerican Airways Argentina, Western Telegraph (ITT). Diese typische Brut des US-Imperialismus drückt den Reallohn innerhalb von 2 Jahren auf die Hälfte, läßt Killerkommandos hervorragende Kämpfer gegen den Imperialismus abknallen und öffnet das Land dem internationalen Finanzkapital. Die westdeutschen Finanzhaie sind ganz vorne mit dabei. In der Rangliste der Gläubigerländer von 1976 nehmen sie nach den USA (3 Milliarden Dollar) mit 1,2 Milliarden den zweiten Platz ein. Trotz brutaler Unterdrükkung durch die Agenten der Imperialisten ist die Arbeiterklasse keineswegs geschlagen. In den großen Betrieben hat sie im letzten Jahr Lohnerhöhungen erkämpft, die über der Jahresinflationsrate lagen, zum Teil in wochenlangen Streiks. – (Z-Red.)

Kubas „lateinafrikanische Pflichterfüllung" stößt auf keine Gegenliebe

„Die Autorität Kubas in der Welt ist in den letzten Jahren wie nie zuvor gestiegen. Seine konsequente antiimperialistische internationalistische Politik findet starke Zustimmung bei allen Fortschrittskräften der Welt. In der Bewegung der Nichtpaktgebundenen ist Kuba unbestritten führend. Nächstes Jahr soll in Havanna die fällige Gipfelkonferenz dieser Bewegung stattfinden ... Auch unter den afrikanischen Völkern, die gegen Imperialismus und Rassismus kämpfen, ist das Ansehen Kubas groß" beschreibt die außenpolitische Zeitschrift der Sozialimperialisten, die „Neue Zeit", im April 1978 unter dem Titel „Afrika und der Anti-Kuba-Rummel" die „wachsende Autorität" Kubas unter den Ländern der Dritten Welt. So hätten sie es gern. Umgekehrt wird ein Schuh draus.

Vom 15. bis 20. Mai fand in Havanna eine Tagung des Koordinationsbüros der blockfreien Staaten statt. Auf ihr wurde die Außenministerkonferenz der blockfreien Staaten im Juli in Belgrad und die im nächsten Jahr ebenfalls in Havanna stattfindende Gipfelkonferenz vorbereitet. Die Delegierten berieten über die Situation in den aktuellen Zentren der Weltrevolution und über die bestmögliche Unterstützung der um ihre Befreiung vom Imperialismus, Kolonialismus und jeglicher Form der Fremdherrschaft kämpfenden Völker. Die Sozialimperialisten hatten erhofft, auf dieser Konferenz ihre Weltherrschaftsbestrebungen über das „führende" Kuba auch noch schriftlich gutheißen zu lassen. Diese Rechnung ging nicht auf. Die Konferenz verabschiedete ein Schlußdokument, in dem sie ausdrücklich betont, daß „Streitigkeiten und Konflikte zwischen blockfreien Ländern friedlich" und ohne jegliche fremde Einmischung zu lösen sind. Es wurde betont, daß es gilt, die UNO zu stärken und zu einem noch wirksameren Instrument im Kampf gegen den Imperialismus zu machen, die Resolution der 32. UNO-Generalversammlung über die Einrichtung des Indischen Ozeans als Zone des Friedens zu verwirklichen, die Forderung der Mittelmeerländer nach Abzug aller fremden Flotten aus dem Mittelmeer zu unterstützen und hervorgehoben, „daß die Abschaffung aller fremden militärischen Stützpunkte insbesondere auf kolonialen und nichtselbstverwalteten Territorien notwendig ist." Die Konferenz fordert „zur Wachsamkeit wegen der Pressionen von außen auf sowie der Versuche, die Trennung innerhalb der Bewegung oder Ablenkung von den Grundrichtungen dieser Bewegung im Kampf gegen den Imperialismus und alle Formen der ausländischen Vorherrschaft hervorzurufen." (Tanjug, 22.5.)

Zähneknirschend mußte der Vertreter Kubas, das sich als „lateinafrikanischer Staat" bezeichnet und seine Intervention in Afrika als „brüderliche Pflichterfüllung" gegenüber den afrikanischen Völkern preist, diesem Kommuniqué zustimmen, um das schon arg angekratzte Gesicht nicht gänzlich zu verlieren.

Die kubanischen Söldnertruppen der sozialimperialistischen Supermacht sind bei den Völkern der Welt verhaßt; ihre Versuche, in allen Teilen Afrikas Widersprüche unter den Völkern zu schüren, die Befreiungsbewegungen niederzuwerfen, sich überall einzumischen und festzusetzen, werden erkannt und bekämpft. Botswanas Präsident Khama erklärte am 24. Mai: „Wer erst einmal Außenstehende hineinläßt, läßt damit auch Interessen hinein, die nicht notwendigerweise mit den eigenen übereinstimmen müssen" und forderte den sofortigen Abzug aller kubanischen Truppen aus Afrika.

Seit kurzem ist der Botschafter Kubas aus Äthiopien verschwunden und mit ihm eine Anzahl kubanischer „Berater". Die Ausweisung wurde von der kubanischen Regierung selbstverständlich dementiert. Noch im März hatte der äthiopische Präsident Mengistu den Einsatz sowjetischer und kubanischer Truppen am Horn von Afrika gepriesen: „Abgesehen von der vorbehaltlosen politischen, moralischen und materiellen Hilfe, die wir von der UdSSR bekommen, stehen die anderen sozialistischen Länder, fortschrittliche Kräfte und alle fried- und freiheitsliebenden Afrikaner; die Kubaner, die dafür bekannt sind, daß sie überall und zu jeder Zeit in echten Kämpfen und um der Prinzipien willen ihr Blut vergießen, auf der Seite der Verteidigungskräfte des äthiopischen Volkes an der Front." Die Prinzipien, nach denen die kubanischen Söldnertruppen in der Region tausende von Menschen niedergemetzelt haben, sind die der sozialimperialistischen Supermacht, in ihrem Streben nach der Weltherrschaft sich die Vorherrschaft über Afrika zu sichern. Ihre Aussichten auf Erfolg werden dünner. Der von den Sozialimperialisten geschürte Konflikt zwischen Äthiopien und Somalia zeitigte nicht die Wirkung, die sie sich erhofft hatten. Auch der von ihnen inszenierte Putsch in Somalia wurde zurückgeschlagen. Die großangelegte Offensive gegen das um seine nationale Befreiung kämpfende eritreische Volk ist seit Wochen im Stocken und die eritreischen Volksmassen schleifen die Festungen Asmara und Massaua, in denen die Söldnertruppen der Sozialimperialisten eingeschlossen sind.

Vertretung der Kontinente im Koordinierungsausschuß
Afrika 12
Asien 8
Amerika 4
Europa 1

Belgrad (1) 1961 — Kairo (2) 1964 — Brioni (Treffen v. Nasser, Nehru u. Tito 1956) — Algier (4) 1973 — Lusaka (3) 1970 — Colombo (5) 1976 — Colombo (1954) — Bogor (1954) — Bandung (Erste polit. Afro-Asiat. Konf., 1955)

= Mitglieder der Organisation (dazu die PLO)
★ = Vorbereitende Konferenzen
✸ = Gipfelkonferenzen
● = Als Beobachter ohne Stimmrecht an der 5. Konferenz teilgenommen (dazu 10 Befreiungsbewegungen)
○ = Als Gäste zur 5. Konferenz eingeladen

Seit der ersten Gipfelkonferenz im September 1961 in Belgrad ist die „Bewegung der Blockfreien" von 25 Mitgliedsländern auf 86 (fünfte Gipfelkonferenz 1976 in Colombo) angewachsen. Die Blockfreien-Bewegung ist ein wirtschaftlicher und politischer Zusammenschluß von Ländern der Dritten Welt gegen die imperialistischen Bündnisse. Seit der Außenministerkonferenz 1975 wird die Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung erhoben. Sie fordern die Beseitigung von Kolonialismus, Neokolonialismus, die Beendigung imperialistischer Aggression und die Unterstützung des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker. Im Schlußkommuniqué der Tagung des Koordinationsbüros wird die „Interne Lösung" in Zimbabwe verurteilt und die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes der Völker Zimbabwes, Namibias und Azanias bekräftigt.

Das angolanische Volk setzt den bewaffneten Befreiungskampf gegen die kubanischen und sowjetischen Invasionstruppen fort, die sich unter dem Deckmantel der „brüderlichen Hilfe" mit 15000 Söldnern eingeschlichen und im Land festgesetzt und seit 1975 ihre Söldnerarmee auf 25000 Mann ausgebaut haben. Die angolanische Befreiungsorganisation UNITA erklärt: „In Angola, in den Reihen des Volkes, ist die Situation klar: Die Kubaner, die Russen und die anderen Abenteurer aus Osteuropa sind heute die einheitliche fremde Kraft, die dem Willen des Volkes entgegensteht ... Unser Kampf richtet sich gegen die fremden Besatzer ... Unsere Zielscheibe sind die Kubaner und Russen ... Die Kubaner und Russen werden Angola nicht verlassen ohne einige tiefe Narben, die für immer ihren sozialimperialistischen und neokolonialistischen Charakter demaskieren. Der historische Prozeß der Befreiung unseres Volkes ist unwiderruflich." Die Moral der Söldnertruppen verschlechtert sich rapide. Die Desertionen nehmen von Tag zu Tag zu, begleitet von Revolten und Aufständen. Zwischen 7000 und 8000 kubanische Söldner wurden bisher von den um ihre Befreiung kämpfenden angolanischen Volksmassen getötet. Die verwundeten Kubaner werden in Hospitäler in der Sowjetunion und in anderen Ländern Osteuropas transportiert, statt sie nach Kuba zurückzuschicken, um die Wut und den Haß der kubanischen Volksmassen gegen ihre Entwürdigung durch die Sozialimperialisten nicht noch weiter zu entfachen.

Die Sowjetrevisionisten sind seit der Befreiung des kubanischen Volkes vom US-Imperialismus zielstrebig darangegangen, sich Kuba zu unterwerfen und sich so einen direkten Stützpunkt im unmittelbaren Machtbereich der USA zu erobern. Sie haben das Land systematisch am Aufbau der nationalen Wirtschaft gehindert und es zu ihrer Zuckerrohrplantage degradiert. Im Februar 1960 schlossen sie mit Kuba das erste Warenverkehrsabkommen. Als die US-Imperialisten die Blockade über Kuba verhängten, sahen sie ihre Stunde gekommen. „Angesichts der Verringerung der USA-Importquote für kubanischen Zucker Anfang Juli 1960 erbot sich die Sowjetunion, sämtlichen Zucker aus dem revolutionären Kuba zu kaufen, dessen Einfuhr die USA ablehnten. Von diesem Zeitpunkt an ist die Sowjetunion ein zuverlässiger Käufer der kubanischen Hauptexportware, sie bot feste Preise, die die des Weltmarktes übertreffen."(Außenhandel der SU, 8/76) Kuba, seit 1972 Mitglied des RGW, muß jährlich 4,5 Mio t Zucker in die anderen RGW-Staaten, vor allem in die Sowjetunion, liefern. Die Zuckerproduktion betrug 1976/77 gerade 5,5 Mio t. Der den Weltmarktpreis „übertreffende" Festpreis, der Kuba von den Sozialimperialisten aufgenötigt wurde, lag 1974 z.B. bei 20 Cent pro Pfund, während das Pfund Zucker auf dem Weltmarkt für 66 Cent gehandelt wurde. Durch vorgeschriebene Abliefermengen zu festen Preisen verhindern die Sozialimperialisten weitgehend den selbständigen Handel Kubas mit anderen Ländern. Kuba verfügt praktisch über keine Devisenreserven und ist gezwungen, sich den „Aufbau" der nationalen Wirtschaft von der UdSSR vorschreiben zu lassen. Der sieht so aus, daß zur rationelleren Zuckerrohrernte als „hervorragendes Beispiel der Hilfe durch die Sowjetunion" ein Landmaschinenkombinat errichtet wurde, in dem ab 1980 jährlich 600 Zuckerrohrvollerntemaschinen produziert werden sollen. Der Aufbau der eigenständigen Industrie wird hingegen vollständig unterdrückt. Kuba verfügt z.B. über keine eigenen Energiequellen und ist auf die Lieferung durch die UdSSR angewiesen.

Am Jahresende 1977 war Kuba mit 4,8 Mrd. Dollar bei der Sowjetunion verschuldet. Die Tilgung der Kredite wurde vor kurzem bis 1986 gestundet. Eine Bedingung hierfür ist die Entsendung kubanischer Truppen nach Afrika, um hier das schmutzige Geschäft für die Sozialimperialisten zu erledigen. Um genügend Nachwuchs für die Söldnertruppen bemühen sich die Sozialimperialisten schon, z.B. durch die mittels Zuckerrohrvollerntemaschinen freigesetzten Landarbeiter. Überhaupt seien auf Kuba zu viele Menschen. Die DDR-Zeitung „horizont" bemerkt: „Seit 1958 wuchs die Bevölkerung von 6,7 auf fast 10 Millionen Einwohner ... Doch Kuba ist eine Insel, Boden kam nicht hinzu." Also ist es nur legitim, die überschüssigen Menschen der gewissermaßen *natürlichen* Ausdehnung der *Festland*macht UdSSR zur Verfügung zu stellen. Mag sein, daß Breschnew dem Castro „unter Brüdern" bei sauberer Ausführung des Schmutzgeschäftes der Niederwerfung der afrikanischen Volksmassen die eine oder andere Insel vor Afrika versprochen hat.

Im Juli beginnen in Havanna die XI. Weltjugendspiele. Sie finden alle fünf Jahre unter dem Motto „Für Frieden und Völkerfreundschaft" statt. Die revisionistischen Parteien rühren für dieses Spektakel kräftig die Werbetrommel. Durchschnittlich nahmen bisher an diesen Veranstaltungen zwischen 20000 und 25000 Jugendliche teil. Vor wenigen Monaten wurden 17000 Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 17 Jahren aus Angola zur „Arbeitserziehung" nach Kuba deportiert. Auf den Zuckerrohrplantagen soll ihnen die richtige Arbeitsmoral anerzogen werden. Auch das unter dem Motto „Frieden und Völkerfreundschaft". Sicher werden die Sozialimperialisten und ihre Verbündeten die Weltjugendspiele nutzen wollen, die anwesenden Jugendlichen zu entsprechenden Arbeitseinsätzen zu „motivieren" und lauthals ihre „Friedensliebe" in die Welt posaunen. Seit den letzten Weltjugendspielen 1973 in Berlin haben sich alle Widersprüche in der Welt gewaltig verschärft. Mit Sicherheit werden die auf den Weltjugendspielen in Havanna versammelten Jugendlichen die Gelegenheit nützen, um zu beraten, wie der Herrschaft von Imperialismus und Sozialimperialismus ein Ende gesetzt wird. – (Z-Red.)



Somalia hat im Sommer 1977 die sowjetischen und kubanischen „Berater" des Landes verwiesen. Das Bild zeigt den Abtransport der kubanischen „Berater". Die Sozialimperialisten entfesselten zwischen Somalia und Äthiopien den Konflikt um die Region Ogaden. Anläßlich eines Besuches des jugoslawischen Außenministers Minic im März in Äthiopien und Somalia bekräftigten beide Präsidenten den von der OAU gefaßten Beschluß, daß die afrikanischen Staaten ihre Konflikte ohne fremde Einmischung auf friedlichem Wege lösen sollen. Die somalischen Volksmassen erhoben auf vielen Demonstrationen die Forderung nach sofortigem Abzug der kubanischen und sowjetischen Invasionstruppen.

Deutschland, Deutschland über alles!

In Kreisen der KPD wird gegenwärtig eine Instrumentalfassung des Deutschlandliedes geübt, und es ist auch schon zu ersten Aufführungen gekommen. Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt, so lauten die bescheidenen Gebietsansprüche, die von der KPD mit Flöten und Schalmeien kammermusikmäßig vorgetragen werden. Auf so schmalem Boden werden sich auf die Dauer deutsche Interessen nur unzureichend vertreten lassen.

Kläglich und beschämend sei das Auftreten der Linken anläßlich des Breschnewbesuches gewesen. Die KPD konstatiert bornierte Haltung und Unfähigkeit, die politischen Aufgaben zu analysieren. Erschreckend sei auch und gerade die Haltung des KBW. „Die Zeitung dieser Organisation, die sich bei der Einschätzung der internationalen Lage auf die Theorie von der Dreiteilung der Welt beruft, wußte zu melden, daß es allen Imperialisten, einschließlich dem westdeutschen und den sowjetischen auf Expansion ankomme, im Falle Westdeutschlands auf ‚Expansion nach Osten', ‚großdeutsche Pläne' mit ‚Westberlin als Stützpunkt'." Wenn einer Deutschland Deutschland über alles gröhlt, hat das noch nie geheißen, daß er wenigstens die deutsche Grammatik beherrscht. Aber was erschreckt die KPD? Das Daherreden über allgemeine Gesetzmäßigkeiten, mit dem die Wirklichkeit völlig verfehlt werde? Eher erschreckt die KPD, daß man auf Grundlage der Kenntnis der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus Dinge bereits in ihrer Entstehung analysieren kann, die der gesunde Menschenverstand für unmöglich hält. Der KPD haben wir bereits vor Jahren den Übergang ins deutschnationale Lager vorausgesagt. In der Epoche des Imperialismus geht der Opportunismus in Sozialchauvinismus über. Das ist eine allgemeine Gesetzmäßigkeit. Da die Bourgeoisie imperialistisch ist, läuft die Versöhnung mit der Bourgeoisie auf die Übernahme imperialistischer Anschauungen hinaus. Der Opportunismus der KPD ist notorisch. Unvermeidlich verwandeln sich die Semler und Horlemann in Chauvinisten.

Die Ansprüche des Deutschlandliedes sind bescheiden gegenüber dem, was die KPD als deutsche Interessen entdeckt hat. „Das Abschiedskommuniqué des Besuchs folgt in allen Einzelheiten sowjetischen Sprachregelungen und vermeidet, auch nur an einigen wesentlichen Punkten wie der deutschen Frage, der Sicherheit in Mitteleuropa, der Politik der Sowjetunion in Afrika und den Flanken Europas deutsche Interessen zu formulieren und Widerspruch anzumelden." Von der Etsch bis an den Belt, das ist diesen Neudeutschen zuwenig. Wahrscheinlich beschränken sie sich auf eine Instrumentalfassung des Deutschlandliedes, weil sie noch dabei sind, einen zeitgerechten Text zu dichten. Von Spitzbergen bis zum Kap wollen sie deutsche Interessen formuliert haben. Ist es nicht klar, daß diese großdeutschen Musikanten über solch vaterlandslose Gesellen erschreckt sind, wie sie sich im KBW organisiert haben?

Beim Breschnewbesuch hat die KPD noch einmal Pech gehabt. Zwar konnte sie mit Pjotr Grigorenko bereits den gleichen Referenten anbieten wie die Junge Union, aber zu einer Aktionseinheit hat es nicht gelangt. Von seiten der KPD sind alle Hindernisse beiseite geräumt, die etwa in vagen Erinnerungen an den Marxismus-Leninismus als Wissenschaft des internationalen Proletariats bestehen könnten. All das hat die KPD über Bord geworfen. Wo die deutschen Interessen intoniert werden, haben die Interessen der Arbeiterklasse ihr Recht verloren. Deutschland, Deutschland über alles! Wir warten auf die Neufassung des Textes der Hymne. Von Nord nach Süd ist der Bereich der deutschen Interessen schon abgesteckt. Wie weit aber reichen sie von West nach Ost? Von der Maas bis an die Memel? Es dürfte zu wenig sein. –

In die Ostsee nicht nur der Fische wegen – ein Exempel

Fischer Draasch ist wieder da. Zurück aus der polnischen Gefangenschaft – die Reporter berichten, als sei es der letzte Kriegsheimkehrer als Ostpreußen noch Ostpreußen war – sozusagen. Und als ginge es nicht um einen Fischer, der völlig zu recht in fremden Hoheitsgewässern beim unerlaubten Fischen geschnappt worden ist. Es heißt, Fischer Draasch sei 2,5 Seemeilen innerhalb der polnischen Gewässer erwischt worden und, weil er gerade geschlafen habe, hätte er nichts mehr unternehmen können. Tatsächlich zeigt die Karte, daß er die Wahl hatte, von schwedischen, russischen oder polnischen Booten aufgebracht zu werden.

Das stört die bürgerlichen Schreiberlinge aber nicht. Die versäumen es nicht, die ostpreußische Herkunft des Fischers hervorzuheben und erläutern dreist, der Fischer sei vor ostpreußischer Küste aufgebracht worden, also auf einer Fahrt heim ins Reich oder was. Die Sache sei von den Polen aus ein abgekartetes Spiel gewesen und das Verfahren ein Kasperltheater. Die Verletzung der Rechte ist aber kein Kasperltheater, auch wenn man so zu tun versucht und dem Fischer Trostpflaster verabreicht. Die polnischen Küstenschutzboote zur Sicherung ihrer Fischgründe hätten mit Fleiß den Deutschen und gerade auf einen Deutschen gelauert, um ein Exempel zu statuieren.

Jetzt hat die Bundesregierung nicht nur die Geldstrafe von nicht weniger als 30000 DM übernommen, nein, auch die Netze für 25000 DM, die von Polen zur Sicherheit einbehalten wurden, sollen dem Fischer ersetzt werden. Es sei lediglich noch ungeklärt, ob vom Bund oder vom Land.

Wer hier wohl das Exempel statuiert.

Von den Kutterfischern, die eine pauschale Entgeltung für erlittenen Manöverschaden der NATO und Bundesmarine fordern, verlangt man, daß sie jedes Gramm Fisch, das ihnen dadurch verloren ist, im Detail nachweisen und dann ist nicht sicher, ob sie den vollen Umfang des beantragten Verlustes oder überhaupt etwas ersetzt erhalten.

In dem Streit um die Fischereizonen sind die Kutterfischer auch nichts anderes als Manövriermasse für die Interessen der westdeutschen Imperialisten, die nicht nur Hunger auf Ost-Seefisch-Profit aus dem Osten der Ostsee haben. Jetzt wollen sie die Ölvorkommen in der Ostsee für sich ausbeuten. Derzeit wird eine riesige Bohrinsel angeschleppt. Alles spiele sich innerhalb der 3-Meilen-Zone ab. Die Öllager sollen sich etwa 12 Meilen in die Ostsee erstrecken. Wie leicht kann man sich da um einiges verschätzen und wieder in andere Hoheitsgewässer geraten, das muß man vorher ausprobiert haben, im Exempel. –(N-Red.)

Bei Arbeiterkindern „ein weiter Bereich von Lernstörung"

Willkür per Verordnung – neue niedersächsische Verwaltungsvorschrift zur Durchsetzung der Sonderschulpflicht

„. . . so wurde ich, wie auch andere Heimkinder, nach Beendigung der zweiten Klasse für die Sonderschule vorgeschlagen und getestet. (. . .) Ich meine, daß ich, wie auch viele meiner früheren Mitschüler, nicht auf die Sonderschule gehörte. (. . .) Es muß eine Schule her, auf der alle Schüler eine einheitliche Ausbildung erhalten und bei Schwierigkeiten im Lernen wie im Verhalten nicht auf eine Sonderschule abgeschoben werden. Deshalb meine ich, daß die Sonderschule abgeschafft werden muß!" Diesen Bericht „Erfahrungen einer Sonderschülerin" veröffentlichte der Kreisverband Hildesheim der GEW zum Thema Sonderschule, Ende 1977.

1976 gab es in Niedersachsen 41 378 Sonderschüler in der Kategorie, die die Bourgeoisie „Lernbehinderte" getauft hatte. 1960 waren es 12553 gewesen. Während die Zahl der Schüler zwischen sechs und 15 Jahren von 1961 bis 1976 von 12,3% Anteil an der Bevölkerung auf 14,6% angestiegen ist, haben die Schulbehörden in Niedersachsen eine Steigerung der Sonderschulbedürftigkeit um mehr als das Dreifache feststellen lassen. Ihre Sonderschulen haben sie von 107 Schulen 1960 auf 211, Stand 1976, ausgebaut. Das entspricht in etwa dem Bundesdurchschnitt.

Zum 12. Dezember 1977 hat das Kultusministerium Niedersachsen eine neue Verwaltungsvorschrift erlassen zur „besseren" Durchführung der „Verordnung über Aufnahme und Überweisung in die Sonderschule und über Sonderunterricht". Die Verordnung ist vom Juli '77. Sie berücksichtigt die Empfehlungen, die die Kultusministerkonferenz zur Zeit für alle Sonderschultypen im Bundesgebiet erarbeiten läßt. Es ist das Ziel der Verordnung und der dazu gehörigen Verwaltungsvorschrift, „das Aufnahme- und Umschulverfahren *noch perfekter, noch unangreifbarer* zu machen . . . ", heißt es in einer Erläuterung im nichtamtlichen Teil des Schulverwaltungsgesetzblattes Nr. 2/78. Darin wird als *eine* Grundlage die Definition, was als „lernbehindert" anzusehen ist, geändert. Alles, was bislang halbwegs als objektiver Erkennungsfaktor von der Schulgewalt zur Überzeugung der Eltern, daß sie einen Dummkopf zum Kind haben, noch hochgehalten wurde, wird fallengelassen. So ist es z.B. nicht mehr notwendig, ein ärztliches Gutachten anzufordern oder einen Intelligenztest zu machen. Ersatz ist: „Dabei soll die Beobachtung über einen längeren Zeitraum hinweg die sonstige Diagnose ergänzen." Die Entscheidung, ob ein Kind lernbehindert ist, wird deshalb ganz in das Ermessen des Schulrates gestellt. Um hier Fehlentscheidungen zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß künftig stärker Gebrauch gemacht werden soll von der Früherfassung, d.h. Einschulung direkt in die Sonderschule. Dies soll bei der Einschulung „erkannt" werden. Man will sich auch auf Spitzeldienste aus Kindergärten und Vorschulen stützen. Dazu sollen die dort tätigen Kräfte „genügend sensibilisiert" werden.

Voraussetzung der Anwendung dieser Vorschriften ist die vollständige Entrechtung der Eltern. Weigern sie sich z.B. ihr Kind gleich in die Sonderschule einweisen zu lassen, dann soll sofort nach der Einschulung das entsprechende Verfahren auf Umschulung eingeleitet werden. „In diesem Fall entfällt die Benachrichtigung und Anhörung des Erziehungsberechtigten." Da mit dem Schulgesetz, das unter Herrn von Oertzen von der SPD im Lande fabriziert wurde, ausdrücklich die Sonderschulpflicht eingeführt wurde und dabei auch die Bestrafung durch Geldbußen als „neu" hinzukam, haben die Eltern keine Möglichkeit des Einspruchs.

Damit sich Eltern und Lehrer nicht zusammentun sollen gegen die Schulgewalt des bürgerlichen Staates werden dann, um die Sache abzurunden, die Lehrer in die Mangel genommen: „Verantwortlich bleibt in erster Linie der Klassenlehrer. (. . .) Er handelt pflichtwidrig, wenn er es unterläßt, Kinder, die erhebliche Lerndefizite trotz *besonderer Förderung* aufweisen, für die Überprüfung auf Sonderschulbedürftigkeit vorzuschlagen. Die Schulbehörden sind gehalten, solchen Versäumnissen nachzugehen." Nebenbei: Die Bourgeoisie hat es schon immer verstanden, ihre Gemeinheiten in wohltönende Worte zu kleiden, so spricht sie beim Abschieben klassenbewußter Kinder, die sich nicht der Schulgewalt beugen wollen, immer vom *Fördern* der Kinder. Damit die Deppen der Reichen nicht unter diese Mühlen geraten, gibt es für sie eine Befreiung von der Sonderschulpflicht. Sie brauchen lediglich ein ärztliches Gutachten, daß sie nicht schulfähig sind und den Nachweis eines Hauslehrers vorzuweisen.

Die massive Ausdehnung und Verschärfung der Sonderschulpflicht ist die Reaktion auf den wachsenden Protest und Kampf der Schüler, der betroffenen Eltern und der Lehrer gegen die Sonderschule. Die reformistische Formel, die zu Verbesserung und Ausbau der Sonderschulen auffordert, sowie zum Abbau der „Vorurteile" gegen Sonderschulabgänger, wird zunehmend ersetzt durch die richtige Forderung nach Abschaffung der Sonderschulen.

Z.B. von den Schülern der Sonderschule „Erich-Kästner" in Kiel. Dort dürfen die Schüler nicht mal ihre Bücher mit nach Hause nehmen. Sie würden sie sowieso nur kaputt machen, heißt es. Bis vor kurzem sind die Schüler regelmäßig geschlagen worden; bis eine Klasse sich geschlossen dagegen wehrte: Als die Lehrerin wieder einmal zuschlug, standen alle auf und riefen gemeinsam: „Sie haben kein Recht uns zu schlagen!" Die Schüler haben dann einen offenen Brief geschrieben, in dem es unter anderem heißt: „Sie (die Lehrerin) behandelt uns wie Tiere und beleidigt unsere Eltern. Wir sollen uns in der Schule unterordnen, damit wir später in der Fabrik als billige und willige Hilfsarbeiter dienen. Wir wollen aber einen Beruf erlernen. Dafür brauchen wir mindestens den Hauptschulabschluß. Deshalb fordern wir, daß die Sonderschulen abgeschafft werden. Wir brauchen sie nicht!"

An der Sonderschule Heidstükken/Hamburg steht z.B. in den ersten beiden Schuljahren im Vordergrund der Erziehung „soziales Training". Nach der „Kraftschen Gebärdenmethode" lernen die Kinder Lallen und eine Zeichensprache; Lesen und Schreiben wird nicht gelehrt.

Die Mehrheit der Lehrer an dieser Schule hat letzten Winter auf einer Gesamtlehrerkonferenz in Anwesenheit des Oberschulrates einen Beschluß gefaßt, in dem sie sich gegen die „Verbesserungen" der Sonderschulen wendet und stattdessen die Abschaffung der Sonderschulen fordert. Die Arbeiterbewegung kann diese Forderung im Kampf gegen den bürgerlichen Staat und für die Rechte auf Erziehung ihrer Kinder in *ihrem* Interesse durchsetzen. – (N-Red.)



350 Schüler, Eltern und Lehrer aus dem Kreis Pinneberg in Schleswig-Holstein demonstrierten am Freitag, dem 26.5. in Wedel gegen den Schulgesetzentwurf der Landesregierung. Auch die GEW hatte zu dieser Demonstration aufgerufen.

Einen Tag später, am Samstag, fand in Rendsburg eine von der Landesregierung inszenierte Klassensprecherversammlung zum Schulgesetzentwurf statt. Dort wurde der Beschluß der Landesschüler-Konferenz vom letzten Wochenende bekräftigt nach landesweitem Schulstreik Ende Juni unter den Forderungen: Weg mit dem Schulgesetzentwurf! Weg mit dem viergliedrigen Schulsystem und dem Zensurensystem! Für ein allgemeinpolitisches Mandat der SV und freie politische Betätigung in der Schule.

Nur wenige Bauern haben ihr Land an die DWK verkauft

In der letzten Woche haben sich Albrecht, Lambsdorff, Maihofer, Groß und der niedersächsische Landesbischof zum Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben geäußert. Dies, kurz nachdem das Ultimatum abgelaufen ist, daß die DWK den Bauern um Gorleben gestellt hatte, ihr Land zu verkaufen. Andernfalls sollten sie enteignet werden.

Die DWK und die Regierung hat sich nicht durchsetzen können. Der große Teil der Bauern, die sich nach Bekanntwerden des Plans, die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben zu bauen, im Grundeigentümer-Verein zusammengeschlossen haben, hat nicht verkauft. Sie haben erreicht, daß das Ultimatum bis zum 11. Juni verlängert werden mußte. Bis dahin haben auch die Bauern, die jetzt verkauft haben, die Möglichkeit, vom Verkauf zurückzutreten.

Bei dem Land, das verkauft wurde, handelt es sich um Splitterparzellen, die weniger als ein Drittel der Fläche ausmachen, die die DWK braucht. Die Bauern wurden zum Verkauf getrieben, weil das Bauernlegen des Finanzkapitals und der Regierung ihnen keine Existenz mehr ließ. Der erste Bauer, der verkaufte, verhinderte damit eine Zwangsversteigerung durch die Bank.

Vor diesem Hintergrund sind die Äußerungen der bürgerlichen Politiker auch zu verstehen. Albrecht hat darauf hingewiesen, daß hochradioaktive Stoffe nicht in der Asse gelagert werden können, Maihofer unterstrich, für die Atommülldeponie würden „geradezu vorbildliche Katastrophenschutzplanungen" getroffen. Neue Standorte für Bundesgrenzschutzeinheiten würden nicht eingerichtet. Groß will die Polizei in dem Raum verstärken. Ohne größere Auseinandersetzung werden sie sich nicht durchsetzen können. Darauf richten sie sich ein.

Teilgenehmigung für Kernkraftwerk Esenshamm

Niedersächsisches Sozialministerium will das Urteil voll ausschöpfen

Mit der Bekanntmachung vom 18.5.78 hat der niedersächsische Sozialminister die 1. Teilgenehmigung zum Betrieb des Kernkraftwerks Unterweser Esenshamm erteilt. Diese Teilgenehmigung sieht vor: 1. Das Nulleistungsprüf- und Versuchsprogramm, 2. Das Leistungsprüf- und Versuchsprogramm bis zu einer thermischen Belastung von 100 Prozent und 3. den anschließenden kommerziellen Probebetrieb, danach 4. den Leistungsbetrieb bis zum ersten Brennelementwechsel und die Vorbereitung des Leistungsbetriebes.

„Teilerfolg vor Gericht: Nachträgliche Änderung der Baugenehmigung ungültig!" berichten die Bürgerinitiativen in ihrem „Prozess-Kurier Esenshamm Nr. 9". Zu ungeschickt war nach Meinung des Verwaltungsgerichts Oldenburg die niedersächsische Landesregierung bei ihren Absichten vorgegangen, das Kernkraftwerk Esenshamm endlich den Profitinteressen zuzuführen. Die Änderung der ersten Teilgenehmigung sah vor, die Bestimmung „durch ein Kühlsystem in Verbindung mit Kühltürmen oder ein gleichwirksames System" die maximale Temperatur des Weserwassers von „im Normalfall unterhalb 26 Grad" und einer Aufwärmspanne „weniger als 3 Grad Celsius" zu ändern in die Bestimmung „. . . durch ein Kühlsystem in Verbindung mit Kühltürmen oder gleichwirksamer Mittel". Wobei die Kraftwerksunion mit Hilfe der niedersächsischen Landesregierung unter dem „Mittel" verstand, „sich für den Anfang mit dem ‚Abschaltkonzept' zu begnügen, das darin besteht, das Kernkraftwerk Esenshamm teilweise oder völlig abzuschalten, wenn Messungen eine Wassertemperatur der Weser von 26 Grad oder mehr ergeben" (Weser-Kurier vom 2.8.77).

„Blamiert hat sich in der Sache auch der Bremer Senat . . . Er fiel auf den Trick der Niedersachsen herein, erkannte die Änderung an und zog seine Klage zurück, weil bis 1982 die Kühltürme garantiert wurden." (Prozeß-Kurier) Doch schon ein „Telefongespräch" hatte ausgereicht, um den Bremer Senat zu überzeugen, daß Bremens „Wirtschaftskraft" nicht berührt würde. „Neue Ergebnisse" hätten sogar erbracht, daß die 26-Grad-Marke ohne weiteres einzuhalten sei, da die „tatsächlichen Wassertemperaturen im Bereich Esenshamm noch um 2,4 Grad unter jenen theoretisch errechneten Werten lägen, auf die sich die Bremer Landesregierung bisher gestützt habe". Albrecht sagte Wärmelastplan und Kühltürme zu: „. . . so sollen diese neuen Temperaturmessungen während der ersten beiden Betriebsjahre" des Atommeilers vorgenommen werden, was bedeutet, daß im Falle zwischenzeitlicher Betriebsstillegungen das Meßprogramm durchaus mehr als zwei Kalenderjahre in Anspruch nehmen kann. Weitere zwölf Monate veranschlagt die NWK für das Genehmigungsverfahren und zwei bis drei Jahre für die Bauzeit der Kühleinrichtungen . . . Darüberhinaus gilt es nicht als ausgeschlossen, daß die NWK nach Abschluß des Meßprogramms „völlig neue Fakten" vorlegt, um damit die Überflüssigkeit der 60-80 Millionen DM teuren Türme zu beweisen. (Weser-Kurier, 10./11.12.77)

Mit der Mitteilung der Genehmigung für die Teilinbetriebnahme „platzte" der niedersächsische Sozialminister mitten in die neuerliche „Beweiserhebung" zur Fortsetzung der Prozesse gegen die Genehmigung des Kernkraftwerkes Esenshamm.

Eilig hat es die Landesregierung unter Albrecht. Umso eiliger, als der große Chemiekonzern ICI für den 30. Mai, gerade noch rechtzeitig zu den Landtagswahlen, seine Unterschrift unter den Vertrag Wilhelmshaven in Aussicht gestellt hat. „ICI-Milliardenprojekt hängt vom Kernkraftwerk Esenshamm ab", schrieb der „Weser-Kurier" vom 18.8.77 und zitierte den niedersächsischen Wirtschaftsminister Küpker, daß „eine Vertragsunterzeichnung mit ICI . . . erst erfolgen (könne), wenn die Zusage über eine sichere Stromversorgung vorliege. Im Endausbau soll das petrochemische Werk der ICI in Wilhelmshaven bis zu 25 Prozent der Leistung des KKW Esenshamm abnehmen." – (N-Red.)

Kernkraftwerke in der BRD



Hauptauftragnehmer KWU

Von 37 Kernkraftwerken, in Betrieb bzw. geplant, ist die KWU bei 18 im Geschäft